



XIV. Legislaturperiode

XIV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 103

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 103

.....
vom 12.7.2011

.....
del 12/7/2011

Präsident
Vizepräsidentin

Mauro Minniti
DDr.ⁱⁿ Julia Unterberger

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 103

vom 12.7.2011

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Fragestunde	Seite 1
Begehrensantrag Nr. 19/11 vom 3.6.2011, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Egger, Mair, Stocker S. und Tinkhauser, betreffend Mutterschaft als Dienstzeit in Kollektivverträgen anrechnen (Fortsetzung)	Seite 24
Beschlussantrag Nr. 254/10 vom 11.10.2010, eingebracht vom Abgeordneten Minniti, betreffend experimentelle Behandlung der Multiplen Sklerose.	Seite 25
Beschlussantrag Nr. 309/11 vom 18.4.2011, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend Elektrosmog durch Mobilfunkantennen auf öffentlichen Gebäuden – Aufklärung der Anwohner über die Folgen von Elektrosmog	Seite 28
Beschlussantrag Nr. 327/11 vom 24.5.2011, eingebracht von den Abgeordneten Heiss und Dello Sbarba, betreffend Kampf dem Biker-Terror: Neuer Lärmschutz auf Südtirols Bergstraßen!	Seite 35
Beschlussantrag Nr. 330/11 vom 7.6.2011, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend Wegschilder aus Holz	Seite 41
Beschlussantrag Nr. 337/11 vom 27.6.2011, eingebracht von den Abgeordneten Klotz und Knoll, betreffend Formulare und Vordrucke: Einhaltung der Zweisprachigkeit	Seite 47
Beschlussantrag Nr. 221/10 vom 1.6.2010, eingebracht von den Abgeordneten Stocker S., Egger, Leitner, Mair und Tinkhauser, betreffend öffentliche Institutionen/Werbemaßnahmen des Landes dürfen nicht in englischer Sprache	

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. X

del 12/7/2011

Indice

Interrogazioni su temi di attualità	pag. 1
Voto n. 19/11 del 3.6.2011, presentata dai consiglieri Leitner, Egger, Mair, Stocker S. e Tinkhauser, riguardante riconoscimento nei contratti collettivi del periodo di maternità come periodo di lavoro (continuazione).	pag. 24
Mozione n. 254/10 dell'11.10.2010, presentata dal consigliere Minniti, riguardante sperimentazione contro la sclerosi multipla	pag. 26
Mozione n. 309/11 del 18.4.2011, presentata dal consigliere Seppi, riguardante elettrosmog creato da antenne su coperture di palazzi pubblici. Creare le condizione per rassicurare i residenti sugli effetti dell'elettrosmog	pag. 28
Mozione n. 327/11 del 24.5.2011, presentata dai consiglieri Heiss e Dello Sbarba, riguardante lotta ai centauri: sulle strade di montagna dell'Alto Adige serve una nuova tutela dell'inquinamento acustico.	pag. 34
Mozione n. 330/11 del 7.6.2011, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante cartelli segnaletica di montagna in legno	pag. 41
Mozione n. 337/11 del 27.6.2011, presentata dai consiglieri Klotz e Knoll, riguardante moduli e prestampati: rispetto del bilinguismo	pag. 47
Mozione n. 221/10 dell'1.6.2010, presentata dai consiglieri Stocker S., Egger, Leitner, Mair e Tinkhauser, riguardante no a nomi di testi in inglese per istituzioni pubbliche e pubblicità della Provincia autonoma di Bolzano (continuazione).	pag. 49

betitelt/verfasst sein" (Fortsetzung)Seite 49

Beschlussantrag Nr. 178/09 vom 10.12.2009, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend Überprüfung der Meldeamt- und Wohnsitzangaben der Bürger, die in Südtiroler Gemeinden wohnhaft sind Seite 51

Beschlussantrag Nr. 217/10 vom 4.5.2010, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba und Heiss, betreffend 'Die dreisprachige Universität verdient sich den Zweisprachigkeitsnachweis'
.....Seite 56

Mozione n. 178/09 dell'10.12.2009, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante controllo anagrafico e residenziale sui cittadini dimoranti nei comuni della provincia di Bolzanopag. 51

Mozione n. 217/10 del 4.5.2010, presentata dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss, riguardante l'università trilingue merita il patentinopag. 56

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Mauro Minniti**Ore 10.04 Uhr***Namensaufruf - appello nominale*

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno il processo verbale della seduta precedente è messo a disposizione delle consigliere e dei consiglieri provinciali in forma cartacea. Su di esso possono essere presentate, per iscritto, richieste di rettifica alla Presidenza entro la fine della seduta. Qualora non dovesse pervenire alcuna richiesta di rettifica, il processo verbale si intende approvato.

Copie del processo verbale sono a disposizione delle consigliere e dei consiglieri presso le collaboratrici e i collaboratori addetti alla stesura del processo verbale stesso (ultimo banco).

Per la seduta odierna si sono giustificati la consigliera Stocker e l'assessore Bizzo.

Punto 1) dell'ordine del giorno: **"Interrogazioni su temi di attualità"**.

Punkt 1 der Tagesordnung: **"Aktuelle Fragestunde"**.

L'interrogazione n. 1/07/11 non può essere trattata, causa l'assenza giustificata dell'assessore Bizzo. Verrà fornita risposta scritta entro i prossimi cinque giorni.

L'esame dell'interrogazione n. 3/07/11 viene temporaneamente rinviato in attesa dell'arrivo dell'assessore Mussner.

L'interrogazione n. 5/07/11 non può essere trattata, causa l'assenza giustificata dell'assessore Bizzo. Verrà fornita risposta scritta entro i prossimi cinque giorni.

L'esame dell'interrogazione n. 7/07/11 viene temporaneamente sospeso in attesa dell'arrivo dell'assessore Berger.

Passiamo all'**interrogazione n. 16/07/11** del 4.7.2011, presentata dai consiglieri Klotz e Knoll, riguardante l'accordo di Milano – passaggio di servizi pubblici. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Gemäß Mailänder Abkommen soll das Land öffentliche Dienste übernehmen und finanzieren, welche vom Staat nicht mehr getragen werden können. Seit längerem wird von der bevorstehenden Übernahme des Rai- Senders Bozen und der Post gesprochen.

- Wie weit sind entsprechende Pläne bzw. Vorarbeiten gediehen, was ist konkret vorgesehen und was hat sich bisher getan?
- Liegt das Geld bereit, wenn ja, um welche Summe handelt es sich?
- Was soll damit geschehen, wenn es nicht für die Übernahme genannter Dienste verwendet werden kann?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Die Verhandlungen mit der RAI laufen kontinuierlich, nur ist es nicht so leicht, sie zu überzeugen, dass sie unseren Wünschen nachkommt. Sie wissen, dass wir nicht nur irgendwelche Buchhalter spielen möchten, dass heißt, dass wir die Geldmittel, die für den Übergang der Kompetenzen aufgrund des Mailänder Abkommens vorgesehen sind, einfach übernehmen und zahlen. Das bedeutet, dass wir an die Stelle des Staates treten und der RAI die Stunden zahlen, die für die deutsche und ladinische Volksgruppe notwendig sind. Sie wissen, dass wir auch die Zeit für die italienische Volksgruppe entsprechend anheben und intern eine neue Organisation machen möchten. Wir möchten natürlich auch, ohne die Pressefreiheit in irgendeiner Form zu tangieren, in der Organisation der RAI Bozen etwas mitreden. Hier haben wir noch keine Einigung gefunden. Erst vor einigen Wochen hat bei mir eine Aussprache mit den zuständigen Verantwortlichen in Rom stattgefunden. Ich muss allerdings sagen, dass bei dieser Gelegenheit keine endgültige Einigung getroffen wurde. Man ist unseren Wünschen entgegengekommen und hat gesagt, dass man dazu Stellung nehmen würde. Bis heute haben wir aber keine Antwort bekommen.

Es ist so, dass die Geldmittel natürlich nicht in Erhäusung gehen. Wir haben die Geldmittel bereits am Ende des letzten Jahres gebunden, das heißt, wir haben sie verpflichtet, ohne spezifisch zu sagen, in welcher Form wir sie ausgeben. Wir haben sie verpflichtet, damit sie nicht in Erhäusung gehen und können sie natürlich auch für

andere Zwecke verwenden. Zur Zeit laufen die Verhandlungen mit der Post und auch in Bezug auf die Zukunft des Musikonservatoriums. Wir können die Geldmittel also auch andersseitig verwenden.

Ich muss sagen, dass bei der RAI gewisse Schwierigkeiten bestehen, die wahrscheinlich nur auf höchster politischer Ebene gelöst werden können. Von Seiten des Staates sind für das Jahr 2010 15.393.135 Euro überwiesen worden. Zur Zeit zahlt natürlich das Ministerratspräsidium. Das Geld ist von unserer Seite vorgesehen, aber wir werden es nur dann zahlen bzw. zur Verfügung stellen, wenn vorher ein Abkommen getroffen wird. Wann dies der Fall sein wird, kann ich nicht sagen. Wie gesagt, die Verhandlungen sind am Laufen, aber ich kann noch nicht sagen, wann wir soweit sein werden, dass wir sagen können, jetzt treten wir an die Stelle des Staates.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Der Landeshauptmann hat gesagt, dass es nach wie vor Schwierigkeiten geben und es nur durch eine Einigung oder Intervention auf höchster politischer Ebene gelingen würde. Zusätzliche Frage: Welcher Art soll das sein? Es war einmal die Rede davon, dass man dazu eine eigene Durchführungsbestimmung erlassen müsse, wonach die 6er bzw. 12er Kommission damit befasst werden müsste, was dann wiederum nur über den Ministerrat geht. Was zeichnet sich derzeit ab? Welche Maßnahme auf höchster politischer Ebene könnte hier als erste greifen, vielleicht auch was die Post anbelangt, denn hier gibt es inzwischen unglaubliche Zustände?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sie wissen besser als ich, dass Minister Tremonti auf allen Ebenen Geld sucht und wir sagen, dass wir bereit wären, diesen Betrag zu übernehmen, damit die Summe von bis zu 18 Millionen Euro für den Minister bereit steht.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Nur für die RAI?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Nur für die RAI. Dann wären weitere Geldmittel, nämlich bis zu 30 Millionen Euro für die Post vorgesehen, aber ich kann Ihnen nicht sagen, ob das Abkommen getroffen wird oder nicht. Auf jeden Fall sind wir nicht bereit, einfach zu sagen, wir zahlen, und zwar nur deshalb, damit Geld da ist. Wir möchten dann, dass auch Kompetenzen und Mitspracherechte übertragen werden, sei es was die Post als auch die RAI anbelangt. Ich kann Ihnen aber nicht sagen, ob wir zu einer Einigung kommen. In beiden Fällen wird es wahrscheinlich eine Durchführungsbestimmung brauchen.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 3/07/11 del 4.7.2011, presentata dai consiglieri Heiss e Dello Sbarba, riguardante scarso utilizzo della nuova circonvallazione ovest di Bressanone: proposte di miglioramento in vista? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Am 16. 4. 2011 wurde der erste Abschnitt der Westumfahrung (WU) Brixen-Vahrn von Bx-Süd bis zur Pustertalerstraße eröffnet. Das ca. 130 Mio. teure Straßenbauprojekt ist zwar technisch gelungen und erfreulich geräuscharm, zeigt aber bisher unerwartet schwache Auslastung. Nun haben offizielle Zählungen der Gemeinde die bereits Ende April 2011 vorgelegten Schätzungen der Unterfertigten voll bestätigt. Damals schätzten wir die Entlastung auf bestenfalls 5000 bis 7000 Fz. täglich auf der WU; nach offiziellen Zählungen verkehren auf der WU ca. 5500 Fz. und entlasten die Staatsstraße somit nur um ca. 15%. Die erhoffte Entlastung der Staatsstraße um 10-11.000 Fz. liegt also vorerst in weiter Ferne. Sollen Brixens Bürger an der SS 12 entlastet werden, so muss neben der inzwischen aktivierten, zum Rückbau entschlossenen Gemeinde auch das Land zu Verlagerungsinitiativen greifen, auch um die teure Investition zu rechtfertigen.

Daher richten wir folgende Fragen an die Südtiroler Landesregierung:

- Wie ließe sich die Auslastung der Westumfahrung durch zusätzliche, vorausweisende Beschilderung in Vahrn und im Süden steigern?
- Könnten Autofahrer nicht durch wirkungsvolle Kommunikation á la „Drive Safe – Drive West“ zur Wahl der Westumfahrung veranlasst werden?

MUSSNER (Landesrat für Bauten, ladinische Schule und Kultur und Vermögensverwaltung – SVP): Was die Umfahrungsstraße Brixen anbelangt, muss man sagen, dass ein erstes Teilstück der Westumfahrung in Brixen realisiert worden ist. Die anderen fehlenden Teile, nämlich der Mittelanschluss und Vahrn, werden demnächst angegangen. Sobald die ganze Straße gebaut ist, können wir die Daten vergleichen. Es war schon eini-

germaßen komisch, dass man die Daten vom April, wo am wenigsten Verkehr zu verzeichnen ist, mit jenen vom August, wo es den meisten Verkehr gibt, verglichen hat. Deshalb sind es nicht die Auslastungen, wie wir sie uns eigentlich gewünscht hätten. Ich bin mir ganz sicher, dass dies ganz anders wird bzw. bereits jetzt sieht man, dass es anders ist. Die Umfahrungsstraße wird gebraucht. Sobald die Gemeinde die Rückstufung der jetzigen Staatsstraße und morgigen Gemeindestraße gemacht haben wird, wird eine Verbesserung eintreten bzw. wir sind jetzt am Anfang.

Wir sind auch interveniert, was die Beschilderung anbelangt, und zwar was die Nord- und Süd-Ein- und Ausfahrt anbelangt. Man muss sagen, dass die Hinweisschilder auch manches gebracht haben. Am Anfang sind wir es als Fahrer gewöhnt, in eine Trassierung zu fahren. Dann werden wir uns eventuellen Änderungen anpassen.

Wir möchten keine teuren und provisorischen Maßnahmen setzen, um zu vermeiden, dass dies so ist, auch weil wir der Meinung sind, dass sich dies sicherlich ändern wird, aber wir werden eine totale Umfahrung haben. Ich bin überzeugt, dass wir die Daten, die prognostiziert worden sind, auch erreichen werden, und man wird sehen, dass die Umfahrungsstraße die Stadt Brixen entlastet. Ich habe es mir persönlich angeschaut und mit den Leuten gesprochen. Die Leute sind bereits jetzt mit dieser Umfahrungsstraße sehr zufrieden, weil sie sagen, dass man jetzt manchmal auch durch Brixen fahren kann bzw. in der Früh fahren die Pendler in acht Minuten von Vahrn in die Industriezone. Früher haben sie 45 bis 55 Minuten gebraucht. Deshalb muss man sagen, dass es sehr gut geht, aber es wird sicher noch besser, wenn alles fertig gestellt sein wird.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Danke, Landesrat Mussner, für die Auskunft. Natürlich ist es so, wie Sie es gesagt haben. Wir sind davon überzeugt, dass die Westumfahrung einen Fortschritt gebracht hat. Sie ist auch technisch sehr gut gelungen; das möchte ich jederzeit unter Beweis stellen. Das sagen auch die Anrainer, die gefürchtet haben, sie würden an einer lauten Verkehrshölle leben. Das ist nicht der Fall, denn sie leben leise. Sie werden zwar vielleicht ein wenig vergiftet, aber sie werden auf jeden Fall leise vergiftet. Das muss man auch sagen. Diese Möglichkeit ist jetzt jedenfalls gegeben, keine Frage, aber was ich schon bemerke, Landesrat Mussner, ist, dass die Westumfahrung schlecht ausgelastet ist. Das ist effektiv ein Problem. Die Auslastung ist auch in Hinblick auf die Prognosen schlecht. Wir haben Prognosen gehabt, die davon gesprochen haben, dass, auch wenn der Mittelanschluss und Vahrn noch nicht fertig sind, wir 10.000 Autos weniger haben. Jetzt sind es praktisch 6.000 Autos, die täglich drüber fahren, und das ist doch sehr schwach. Warum fahren diese Autos nicht über die Westumfahrung? Weil sich viele Autofahrer sagen, dass, nachdem jetzt die Westumfahrung gebaut ist, die Staatsstraße entlastet ist, sodass man jetzt über die Staatsstraße fahren könne. Wir haben dort viel schönere Verhältnisse. Wir sehen uns Brixen an, werden dort auch gesehen und es ist unterhaltsamer, als durch den Tunnel zu fahren. Der Tunnel bietet die Möglichkeit, in drei Minuten von Vahrn nach Brixen Süd zu kommen. Das habe ich selbst mehrfach getestet. Ich habe aber auch gesehen, dass sehr viele Autofahrer – ich habe sie in den letzten Tagen oft verfolgt – durchgehend von Brixen Süd nach Vahrn fahren, ohne die Westumfahrung zu benutzen, und das ist eigentlich das Problem. Deshalb unser Vorschlag in dem Sinne, die Autofahrer, vielleicht durch eine Beschilderung, schon zu erziehen, hier durchzufahren, und zwar mit einem Schild, auf dem Folgendes stehen könnte "In zwei Minuten durch Brixen - nutzen Sie das", dass zumindest das Land in dieser Hinsicht auch tätig wird. Die Gemeinde muss ihre Hausaufgaben machen, da haben Sie Recht, Landesrat Mussner. Sie muss rückbauen, sie muss Shared Space machen, aber es wäre wichtig für das Land, wenn hier Signale gesetzt würden, damit sich diese schweineteure Umfahrung besser auslastet.

Eine Frage, die Sie dann vielleicht privat beantworten können: Wie sieht es mit den Aufräumarbeiten entlang der Westumfahrung aus? Dort steht immer noch der Panzerübungsplatz, wie er bei der Einweihung zurückgeblieben ist. Wie sieht es mit dem Rondell im Süden aus? Dort ist nach wie vor das Ganze ... Aber darauf können Sie mir dann im Gespräch antworten.

PRESIDENTE: Le interrogazioni n. 17/07/11 e n. 26/07/11 non possono essere trattati, causa l'assenza giustificata dell'assessore Bizzo. Verrà fornita risposta scritta entro i prossimi cinque giorni.

Passiamo all'interrogazione n. 2/11/07 del 4.7.2011, presentata dal consigliere Urzi, riguardante consulenze e collaborazioni esterne. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertè): Solo martedì 28 giugno il Consiglio provinciale, seguendo le indicazioni del presidente Durnwalder, ha respinto una mozione di FLI che richiedeva la predisposizione di un rigido regolamento per la restrizione dei criteri di autorizzazione di consulenze e collaborazioni esterne e la riduzione degli importi adeguandoli ai parametri nazionali (la Provincia ha ridotto per il 2011 gli importi del 20% rispetto al 2010 quando l'indicazione nazionale era per una riduzione dell'80%). Due giorni più tardi, giovedì 30 giugno, la Corte dei Conti rilevava come "la spesa per collaborazioni esterne non appare in linea con le disposizioni nazionali in tema di tendenziale riduzione degli oneri complessivamente sostenuti per tali incarichi". I giudici contabili al riguardo hanno parlato anche di "profili di carenza informativa relativi alla modalità di pubblicazione sul sito web della Provincia degli stessi incarichi di collaborazione e consulenza" richiedendo peraltro il "rispetto dell'obbligo di comunicazione annuale al dipartimento della funzione pubblica degli incarichi autorizzati dalla Provincia agli stessi propri dipendenti.

Circa poi la spesa per collaborazioni eterne, è stato rilevato come la Provincia abbia comunicato alla Corte la sola entità dei pagamenti alle persone fisiche e non alle persone giuridiche. Non pervenuti nemmeno i dati sui servizi externalizzati e attinenti alle opere pubbliche. Evidenza che richiama appunto la necessità di un regolamento interno.

Tutto ciò premesso si interroga il presidente della Giunta provinciale e/o l'assessore competente per sapere, se non intenda procedere e con quali tempi alla effettiva riduzione degli esborsi per consulenze e collaborazioni esterne ed alla redazione di un nuovo regolamento atto a soddisfare le esigenze richiamate dalla Corte dei Conti.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Lieber Kollege Urzi! Sie können noch so viel reden und noch so viel versuchen, um irgendetwas ausfindig zu machen. Der Bericht von Seiten des Rechnungshofes ist sehr positiv und ich bin damit voll und ganz einverstanden. Sie werden auch die Zusammenfassung lesen können, in der steht, dass auf der einen Seite die Verwaltung in Ordnung ist. Auf der anderen Seite machen sie Hinweise, und das ist ihre Aufgabe, indem sie sagen, dass bei Beauftragungen in der Sanität usw. das eine oder andere noch gespart werden könnte. Vergleichen Sie einmal diese Berichte mit jenen, die in Italien und auch im Ausland abgegeben werden. Dann werden Sie sagen, dass dies eigentlich sehr gut ist.

Was die EU usw. anbelangt, wissen Sie, dass sie uns diesbezüglich sogar ein Lob ausgesprochen hat, dass wir nicht nur 100, sondern 107 Prozent ausgegeben haben, das heißt, dass wir das Geld zur Gänze ausgegeben haben und sogar noch Geld aus anderen Regionen nach Südtirol gebracht haben. Es stimmt, dass wir 105.105.000 Euro zurückgeben mussten, aber Sie haben bei dieser Gelegenheit auch gesagt, dass es relativ wenig sei, nachdem andere wesentlich mehr zurückgeben mussten, weil es nie möglich ist, alles zu 100 Prozent auszugeben, denn schließlich und endlich handelt es sich um Hunderte von Millionen.

Sie wissen ganz genau – das hat der Rechnungshof mit Recht gesagt -, dass zwischen unseren Richtlinien und jenen des Staates ein Unterschied besteht. Wir haben halt auch eine Zuständigkeit und wesentlich mehr Zuständigkeiten wie in anderen Gebieten. Ich glaube schon, dass, wenn Zweifel bestehen, es richtig ist, dass man rechtzeitig entsprechende Gutachten, entsprechende Studien macht, anstatt dass man hergeht und aufs Geratewohl irgendwie weitergeht. Man kann auch nicht alles mit internen Beamten machen, denn man muss auch externe Fachleute heranziehen. Ich glaube aber, dass es im Interesse der Bürger ist, wenn man sich rechtzeitig von Fachleuten beraten lässt.

Trotz allem bin ich aber der Meinung, dass wir Einsparungen tätigen sollen. Wir haben ein eigenes Gesetz und wir haben unser Gesetz einzuhalten, welches vorsieht, dass wir 20 Prozent einsparen müssen. Das haben wir sehr ernst genommen. Es sind zwei Rundschreiben von Seiten der Generaldirektion an alle Mitarbeiter, an alle Ämter dahingehend übermittelt worden, dass sie 20 Prozent einsparen und die Liquidierungen diesbezüglich nicht machen müssen, damit die entsprechenden Einsparungen getätigt werden. Wir werden weiterhin dafür Sorge tragen, dass diese Einsparungen in all jenen Bereichen, was Beauftragungen, Weiterbildung, Fortbildung, Veröffentlichungen, Werbemaßnahmen anbelangt, auch wirklich getätigt werden. Ich glaube, es ist richtig, dass das, was wir machen und vereinbaren, auch eingehalten wird. Wir haben aufgrund der Gesetze 20 Prozent und diese werden wir auch einsparen. Wenn Sie wollen, dann habe ich hier beide Rundschreiben, die in diesem Zusammenhang an alle Mitarbeiter übermittelt wurden.

URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): Replico. Non sono state fornite risposte ad alcune delle domande che sono state poste, e ad alcuni rilevi che sono stati evidenziati dalla Corte dei Conti. Ne prendo atto. Sicuramente il presidente Durnwalder ricorda come la Provincia di Bolzano abbia maggiori competenze rispetto ad altri territori, c'è una specialità evidente, abbiamo anche molti più dipendenti rispetto ad altri territori, visto che il rapporto è diverso, e all'interno dell'amministrazione provinciale esistono straordinarie risorse di professionalità, di competenze alle quali la Corte dei Conti dice che noi dobbiamo attingere per poter risparmiare, quello che ancora con sufficienza non viene fatto. È vero, lo ricorda il presidente Durnwalder, che abbiamo indicato un risparmio del 20%. Altrove il risparmio ha raggiunto punte dell'80%, allora i parametri si sono ribaltati. L'Alto Adige rivendica una specialità anche in termini di spesa, vuole spendere di più, e questo è confermato anche dalle lettere che Lei ci ha citato. Credo che noi abbiamo un bisogno di assumere consapevolezza di questo obbligo che è in primo luogo di ordine morale, di rispetto nei confronti delle risorse che sono dei cittadini che vengono prestate all'amministrazione pubblica perché se ne faccia un buon uso. Questo discende da una regolamentazione che evidentemente ancora è incapace di garantire una ulteriore riduzione.

Concludo ricordando un dato: abbiamo una spesa annua di circa 9 milioni e 200 mila euro di consulenze esterne. È una spesa enorme, e credo che qualunque cittadino questo lo possa comprendere. Se poi andassimo ad indagare i criteri che vengono seguiti per la determinazione e l'erogazione di queste consulenze, avremmo molto altro di cui discutere, credo che se ne debba prendere atto.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 4/07/11 del 4.7.2011, presentata dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss, riguardante A22: chi ha deciso di portare la 3a corsia "dinamica" fino a Bolzano sud? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Chiunque transiti sull'A22 ha notato un cantiere sull'autostrada fino a Bolzano sud. Viene eliminata la barriera spartitraffico e viene allargata la corsia di emergenza. Sono lavori identici a quelli fatti nei tratti più a sud per realizzare la famosa 3a corsia "dinamica". Dunque, la società autostradale sta realizzando la 3a corsia dinamica fino a Bolzano sud. Tuttavia, le uniche decisioni ufficiali finora conosciute prevedevano finora che tale corsia "dinamica" si fermasse ad Egna.

Si chiede di sapere:

1. Chi e quando ha deciso che i lavori per la 3a corsia "dinamica" continuassero fino a Bolzano sud?
2. La Giunta Provinciale ne era informata?
3. Se sì, ha dato il suo assenso o comunque un suo parere?
4. Se no, com'è possibile che non fosse informata visto che la Provincia detiene una cospicua quota azionaria nell'A22 ed è rappresentata nel suo CDA?
5. Qual è la posizione della Giunta sul prolungamento della 3 corsia "dinamica" fino a Bolzano sud?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Ich möchte zu dieser Anfrage Folgendes sagen. Wir haben darauf bereits einige Male und auch in der letzten Sitzung geantwortet. Deshalb möchte ich wieder dieselbe Antwort geben. Sie wissen, dass heute Projekte bis nach Bozen vorhanden sind, die zunächst am 8. Mai 2008 und am 28. Mai 2010 vom Verwaltungsrat der Autobahn genehmigt wurden, wo vorgesehen ist, dass die zwei Fahrspuren bis nach Bozen 3,75 Meter ausmachen sollten. Dann ist gesagt worden, dass die heutige Notspur von 2,50 auf 3,50 Meter angehoben werden sollte. Dies soll erreicht werden, indem die mittlere Hecke entfernt wird. Die Außenmessungen der Fahrbahn sollen gleich bleiben wie es heute ist. Die mittlere Hecke wird entfernt und auf diese Art und Weise ist es möglich, dass die Notspur um einen Meter verbreitert wird.

Ich sage noch einmal – wir haben es schon x-Male gesagt -, dass es keine dritte Fahrspur ist. Eine dritte Fahrspur gibt es nur zwischen Rovereto und Trient Süd, wo man testet, wie es wäre, weil dort keine Notspur mehr vorhanden ist. Bei der Autobahn brauchen wir doch eine Notspur und deswegen soll die Notspur so verbreitert werden, damit man dort die Sicherheit garantieren kann, aber ich möchte noch einmal sagen, dass es keine dynamische Fahrspur gibt, denn diese könnte jederzeit für den Verkehr geöffnet werden. Die Notspur bleibt Notspur und wird nur dann eventuell für das Ableiten des Verkehrs verwendet, wenn es irgendeinen Unfall, eine bestimmte Situation oder eine besondere Stockung gibt, dass man einfach sagt, es ist im Interesse, dass der Verkehr schnell abgeleitet wird, aber nicht in der Form, dass die dritte Fahrspur, wenn man sie braucht, dass man sie öffnet, praktisch eine dritte Fahrspur darstellt. Das gibt es nicht und soll es auch nicht geben. Deshalb wird jetzt vor allem der Großteil der Gelder nicht so sehr für die Verbreiterung der Notspur, sondern für die Installation eines genauen Systems verwendet, damit man sagen kann, dass die Notspur nur dann verwendet werden kann, wenn besondere

Bedingungen eintreten. Ich glaube, dass es im Interesse der Sicherheit und auch im Interesse der Anrainer und der Umwelt ist, wenn der Verkehr nur kurzfristig über die Notspur abgeleitet werden kann. An dieser Situation hat sich also nichts geändert.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Interrogo. È chiaro che per fare una terza corsia dinamica ci vogliono anche altre condizioni, per esempio ci vuole tutta la segnalazione elettronica per poter gestire il traffico ecc. Le volevo chiedere ancora questo: nel maggio 2008 e nel maggio del 2010 Lei mi ha detto che nel cda della A22 è stato deciso comunque l'allargamento materiale dell'autostrada con queste operazioni che ha spiegato. Come si sono espressi i rappresentanti della Provincia di Bolzano in quel momento, eravate informati e avete dato l'assenso a questi lavori?

La seconda domanda è: se il tratto di terza corsia dinamica Trento-Rovereto che è il progetto pilota, la prova, funzionasse, quale sarebbe l'orientamento politico della Giunta provinciale? Cioè sareste disposti a portare il progetto della terza corsia dinamica di cui già viene predisposto il sedime stradale fino a Bolzano sud o la vostra posizione politica è quella che la terza corsia dinamica resta a Trento?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Ich habe Ihnen bereits gesagt, dass wir als Südtiroler Landesregierung uns immer gegen die dritte dynamische Fahrspur ausgesprochen haben, und das wird auch so bleiben. Wohl haben wir uns aus Sicherheitsgründen für die Verbreiterung der Notspur ausgesprochen, und das werden wir auch in Zukunft tun, und zwar dort, wo es möglich ist, denn im Eisacktal wäre es nämlich nicht möglich. Ich muss Ihnen sagen, dass die Untersuchungen ergeben haben, dass zwischen Trient und Rovereto Nord, in diesem Teilstück, durch die Verbreiterung der Notspur die Unfälle insgesamt auf die Hälfte zurückgegangen sind. Ich muss Ihnen das sagen, wie es mir die Autobahnverwaltung mitgeteilt hat, denn die entsprechenden Forschungen habe nicht ich gemacht. Das heißt also, wenn die Notspur so ist, dass man dort ein Rad usw. wechseln kann, dann bedeutet dies, dass mehr Sicherheit geboten wird. Ich möchte Ihnen noch einmal sagen, dass wir für die Verbreiterung der Notspur, aber gegen eine dynamische Fahrspur in dem Sinne sind, dass man, wenn die anderen Fahrspuren besetzt sind, einfach die dritte nimmt. Nein! Wenn aber besondere Situationen auftreten, dann ist es im Interesse der Sicherheit und auch der Umwelt.

PRESIDENTE: Prima di procedere con la prossima interrogazione, chiedo all'aula un momento di attenzione, perché mi è giunta la notizia della morte di un altro militare italiano, un ragazzo di 28 anni in Afghanistan. Credo che sia corretto che il Consiglio esprima il proprio cordoglio alla famiglia per questo ennesimo incidente.

Passiamo all'**interrogazione n. 6/07/11** del 4.7.2011, presentata dalle consigliere Unterberger e Hochgruber Kuenzer, riguardante donne nel cda della Laimburg. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

UNTERBERGER (SVP): Bei der Landtagssitzung vom 04. Mai 2011 ist der Abg. Arnold Schuler in den Verwaltungsrat der Laimburg gewählt worden. Da laut Art. 10 Abs. 5 des Gleichstellungsgesetzes in Gesellschaften, deren Ordnung in die Gesetzgebungsbefugnis des Landes fällt, wie z. B. die Laimburg, beide Geschlechter vertreten sein müssen, war dies nur möglich, weil die Landesregierung das Rücktrittsschreiben eines männlichen Mitglieds vorlegte und versicherte, den Verwaltungsrat mit einem weiblichen Mitglied nach zu besetzen. Dies vorausgeschickt, stellen die unterfertigten Abgeordneten Julia Unterberger und Maria Hochgruber Kuenzer folgende Fragen an die Landesregierung:

1. Wurde der Verwaltungsrat der Laimburg inzwischen nachbesetzt?
2. Mit welchem weiblichen Mitglied wurde der Verwaltungsrat nachbesetzt?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Diese Angelegenheit ist, glaube ich, in der Zwischenzeit schon geregelt worden. Es ist so, dass anstelle des verstorbenen Sepp Lamprecht Herr Arnold Schuler in den Verwaltungsrat der Laimburg gewählt worden ist. Außerdem ist Frau Dr. Barbara Piazza Ponte als stellvertretende Amtsdirektorin in den Aufsichtsrat gewählt worden, weil Dr. Magnago zurückgetreten ist. Somit sitzt eine Frau in diesem Gremium. Aufsichtsrat und Verwaltungsrat werden immer zusammengezählt. Deshalb, glaube ich, haben wir dieses Problem gelöst.

Wenn das nächste Mal der Verwaltungsrat neu bestellt wird, dann wird man sehen, ob man auch eine andere Besetzung vollziehen kann.

UNTERBERGER (SVP): Habe ich es jetzt richtig verstanden, Herr Landeshauptmann, dass im Aufsichtsrat eine Frau sitzt und im Verwaltungsrat keine?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Wir machen immer die Summe zwischen beiden.

UNTERBERGER (SVP): Das steht aber nicht im Gleichstellungsgesetz. Der Aufsichts- und Verwaltungsrat sind zwei verschiedene Organe und in jedem dieser Organe muss eine Frau vertreten sein.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Am 4. Mai 2011 hat es der Landtag beschlossen. Dr. Magnago war nicht im Verwaltungsrat, sondern im Aufsichtsrat oder war er im Verwaltungsrat? Anstelle von Dr. Magnago ist Frau Dr. Barbara Piazzì Ponte ernannt worden.

UNTERBERGER (SVP): Also doch im Verwaltungsrat! Dann ist alles in bester Ordnung!

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 8/07/11 del 4.7.2011, presentata dal consigliere Leitner, riguardante dichiarazione unificata di reddito e patrimonio (DURP). Prego di dare lettura dell'interrogazione.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Es ist sicher eine gute Absicht, wenn die Landesverwaltung ihre Leistungen (sprich: Beiträge, Zuschüsse, Dienste, Hilfen) bedarfsgerecht vergeben will und dass nur jene diese Leistungen bekommen, die sie auch wirklich brauchen. Bekanntlich wird derzeit bei den verschiedenen Leistungen nicht selten geschwindelt, sodass die "Schlaunen" belohnt und die Fleißigen und Anständigen bestraft werden.

Es ist erwiesen, dass die Ausländer bei den Sozialleistungen unverhältnismäßig viele Mittel beanspruchen können. Während bei ihnen der Einkommensstand (sofern sie sich dauerhaft in Südtirol aufhalten) ebenso sicher zu ermitteln ist wie bei den Einheimischen, sieht es beim Vermögensstand anders aus. Wenn ein Ausländer in seinem Herkunftsland Besitz und Vermögen hat, ist das für die Landesverwaltung wohl kaum überprüfbar. Andererseits drohen im Lande jene bestraft zu werden, die hart gearbeitet und sich ein bescheidenes Vermögen erspart haben.

An die Landesregierung werden folgende Fragen gerichtet:

1. Wie gedenkt die Landesregierung den Besitz- und Vermögensstand von Ausländern zu errechnen?
2. Sieht die Landesregierung nicht die Gefahr eines sozialen Konflikts, sollten die Einheimischen gegenüber Ausländern benachteiligt werden?
3. Wird auch die Erstwohnung bei der EEVE berücksichtigt oder ist diese befreit?
4. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass durch die EEVE nicht die Fleißigen bestraft und die "Schlaunen" belohnt werden?
5. Ab wann soll die EEVE in allen Bereichen greifen, nachdem sie vorerst ab 1. September 2011 für Leistungen in den Bereichen Gesundheit und Soziales gilt?

THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP): Zuerst zur Aussage, dass die Ausländer unverhältnismäßig viel beanspruchen. Das stimmt so nicht. Die Ausländer, nämlich die Nicht-EU-Bürger, hatten im Jahr 2010 einen Bevölkerungsanteil von 5,5 Prozent und was die Sozialleistungen anbelangt, haben sie 5,02 Prozent erhalten. Sie erhalten also weniger als ihr Bevölkerungsanteil.

Zur Frage Nr. 1. Das Dekret des Landeshauptmannes Nr. 2 vom 11. Jänner 2011, also das EEVE-Dekret legt genau fest, wie das Vermögen im Ausland bei der EEVE-Erklärung errechnet werden muss. Der Artikel 22 hält fest, dass der Wert der im Ausland befindlichen Gebäude auf 550 Euro pro netto Quadratmeter festgelegt wird. Dieser Betrag wird von der Landesregierung alle zwei Jahre angeglichen, auch mit der Festlegung unterschiedlicher Werte je nach geographischer Zone.

Zur Frage Nr. 2. Die Landesregierung sieht keine Gefahr eines sozialen Konflikts, da sich das neue System nicht wesentlich von den bereits heute existierenden Systemen unterscheidet. Das System an sich wurde in Zusammenarbeit mit vielen Bereichen, wie Sozialpartnern, Verbänden erarbeitet und hat immer das Ziel, ein gerechtes System, das keine Gruppierung benachteiligen soll, zu kreieren.

Zur Frage Nr. 3. Bei der Erfassung des berücksichtigten Vermögens wird, wie bereits heute, die Erstwohnung der Familie, welche nicht in eine Luxus-kategorie fällt, nicht berücksichtigt, also die Erstwohnung ist frei.

Zur Frage Nr. 4. Wenn die Abgabe und die Erstellung der EEVE-Erklärung beim KVV oder Bauernbund gleichzeitig mit der Steuererklärung erfolgt, lässt dies bereits eine erste Kontrolle zu. Einige Daten, die es zur Er-

klärung gibt, werden automatisch von bereits existierenden offiziellen Datenbanken, wie zum Beispiel Kataster, geführt. Ansonsten unterliegt die EEVE-Erklärung in den vom Gesetz vorgesehenen Kontrollen, welche jeweils von den zuständigen Stellen durchgeführt werden müssen. Ebenso bietet der Zugriff vieler Bereiche auf ein gemeinsames System eine bestimmte Sicherheit, denn so werden einzelne Daten von verschiedenen Anwendungsbereichen hereingezogen, jedoch nach den dort geltenden Kriterien für die Leistungserbringung unterschiedlich verarbeitet. Dies könnte eventuell zur Folge haben, dass die Schlaunen, wie Sie sie nennen, sollten sie eine Angabe vergessen, in einem Bereich zwar einen Vorteil, jedoch in einem anderen Bereich dafür einen Nachteil hätten. Außerdem handelt es sich bei der EEVE um ein flexibles System, das durch laufende Analysen der erhobenen Daten die verwendeten Kriterien ständig überprüft und weiter entwickelt.

Herr Leitner! Sie haben sicherlich Recht, wenn Sie sagen, dass es auch Kinderkrankheiten geben wird. Man kann nicht sagen, dass es von vornherein ein perfektes System ist. Wir haben eine eigene Steuerungsgruppe eingesetzt, die nur versucht, mögliche Missbräuche oder Fehlzugriffe zu verhindern.

Zur Frage Nr. 5. Ein genauer Zeitplan wurde bisher nicht festgelegt, weil zuerst evaluiert wird, wie sich dies in diesen beiden Abteilungen, nämlich Sozial- und Gesundheitswesen auswirkt, sodass es dann schrittweise auch auf die anderen Bereiche ausgedehnt wird.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich erkenne die gute Absicht an, die dahinter steckt, denn das ist auch zu teilen. Aber ich befürchte, dass die Auswirkungen so sein werden – ich nenne es ganz bewusst so -, dass wieder einmal in diesem System Südtirol jene, die schwindeln können, die Schlaunen sind und belohnt werden und die Fleißigen bestraft werden. Herr Landesrat Theiner! Wir haben hier eine grundverschiedene Auffassung, was die Transfers an Ausländer anbelangt. Wir warten immer noch auf die Studie, die wir anlässlich des Haushaltes beschlossen haben, die nicht vorliegt. So eine Studie wird schon noch drinnen sein. Es kommt darauf an, wo man einspart, Herr Landeshauptmann. Die Beschlüsse sind schon umzusetzen, damit nicht spekuliert werden kann. Wir haben immer gesagt, solange Ihr uns nicht den Beweis bringt, dass die Einwanderung mehr bringt als sie kostet, wie Ihr behauptet – wir behaupten das Gegenteil -, ... Man kann natürlich beides behaupten. Damit ist aber niemandem gedient. Tatsache ist, dass in einigen Bereichen, wie beispielsweise beim Wohngeld, beim sozialen Wohngeld die Gelder, die ausgezahlt werden, nicht nur unverhältnismäßig, sondern unverschämt ungleich sind, denn dort kassieren die Ausländer 40 Prozent. Bei einem Anteil von 7 Prozent wird niemand sagen, dass dies nicht zugunsten der Ausländer geht. Darüber könnte man lange diskutieren.

Ich möchte nur, dass dieses Instrument, das hier eingeführt wird, vom Prinzip her richtig ist, dass dies auch in der Anwendung kontrolliert wird, damit nicht diese Ungerechtigkeiten entstehen, denn sonst haben wir wirklich einen sozialen Konflikt.

PRÉSIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 18/07/11 del 6.7.2011, presentata dai consiglieri Klotz e Knoll, riguardante precedenza ai residenti nell'assegnazione dei posti di lavoro. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Die EU- Kommission hat 2010 angeblich die Bestimmung des Autonomiestatuts beanstandet, welche den ansässigen Bürgern den Vorrang bei der Arbeitsvermittlung innerhalb des Gebietes der Provinz einräumt. Beanstandet wurde auch die Durchführungsbestimmung, in der für Wettbewerbe eine Ansässigkeitsklausel von zwei Jahren vorgeschrieben ist.

Die Landesregierung hatte angekündigt, darauf beharren zu wollen, dass diese Bestimmungen in Geltung bleiben.

Hat Brüssel die Beanstandungen mittlerweile fallen gelassen oder was ist sonst in dieser Sache geschehen?

Vorsitz der Präsidentin | Presidenza della presidente: DDr.ⁱⁿ Julia Unterberger

PRÉSIDENTIN: Herr Landeshauptmann, Sie haben das Wort für die Stellungnahme seitens der Landesregierung.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Wir müssen hier schon Klarheit schaffen. Oft wäre es ganz gut, wenn, bevor die Anfrage gemacht wird, die Angelegenheit ein bisschen besser studiert würde, damit nicht Dinge behauptet werden, die nicht ganz stimmen.

Es stimmt, dass die EU hergegangen ist und gesagt hat, dass wir die Durchführungsbestimmungen in Bezug auf die Anerkennung der Zweisprachigkeit neu regeln müssen, weil es nicht möglich ist, dass nur wir feststellen, ob jemand zweisprachig ist oder nicht, sondern wir müssen alle Gremien zulassen, die auf EU-Ebene die betreffenden Voraussetzungen haben. Es wurde aber nie behauptet, dass die Arbeitsvermittlung nicht in Ordnung wäre, das stimmt nicht, sondern es ist lediglich gesagt worden, dass die Wohnsitzbescheinigung für den öffentlichen Dienst nicht festgelegt werden kann. Es wird gesagt, wenn jemand innerhalb der EU arbeitet, dann darf es nicht auf die Staatsbürgerschaft ankommen, sondern ob jemand EU-Bürger ist oder nicht. Wir haben dem mit dem Gesetz Nr. 16/1995 auch Rechnung getragen und haben dies der Regierung auch mitgeteilt. Die Regierung weiß nicht, ob sie ihrerseits die betreffenden Abänderungen oder Weiterleitungen gemacht hat. Die Regierung müsste diese Bestimmung dann abändern, die Zweisprachigkeit und Arbeitsvermittlung. Die Zweisprachigkeit ist bereits geregelt und die Arbeitsvermittlung ist nie beanstandet worden. Deshalb bleibt sie aufrecht, wenn es auch in der Praxis kaum angewendet wird.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Sie haben gesagt, dass das Land das Gesetz Nr. 16 gemacht hat mit dem Einwand, dass es dem EU-Wohnsitz Recht geben muss und nicht dieser zweijährigen Ansässigkeitsklausel, beschränkt auf Südtirol. Sie haben gesagt, sie wüssten nicht, ob die römische Regierung diese Bestimmung weitergeleitet hat. Herr Landeshauptmann! Das habe ich nicht erfunden, denn ich habe hier einige Notizen aus damaligen Zeitungen. Ich zitiere wörtlich: *"Die in der Provinz Bozen ansässigen Bürger haben das Recht auf Vorrang bei der Arbeitsvermittlung innerhalb des Gebietes"* und das sei beanstandet worden. Es ist nicht eine Erfindung. Ich habe mir das gedacht, weil wir davon nichts mehr gehört haben. Dann hat es damals die Zeitung falsch vermittelt. Die Frage ist dann Folgende: Gibt es momentan keine offene Frage mit der EU betreffend Ansässigkeit? Ist alles in Ordnung? Gehen Sie dann davon aus, dass Rom dies alles in Brüssel geklärt hat?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Frau Klotz! Es ist nicht so, dass sie es falsch wiedergegeben haben, nur hat sich der Einwand von Brüssel nicht auf beide Sachen bezogen. Man sagt, bei der Arbeitsvermittlung, was die vierjährige Ansässigkeit angeht. Das Zweite stimmt, aber nicht die Arbeitsvermittlung ist angefochten worden, sondern nur das Zweite. Das haben wir, wie ich gesagt habe, mit dem Gesetz Nr. 16/1995 geregelt und wir haben es letztes Mal, nämlich am 3. Juli 2010 dem Ministerratspräsidium noch einmal mitgeteilt, dass wir eine Nachfrage aus Brüssel bekommen haben. Jetzt müsste wenschon das Ministerratspräsidium eine Abänderung machen oder sie haben es Brüssel mitgeteilt. Jedenfalls haben wir seit diesem Datum von Brüssel keine Nachfrage mehr erhalten.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zur **Anfrage Nr. 27/07/11** vom 7.7.2011, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend Zweitsprachenunterricht in den Schulen. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

ARTIOLI (Lega Nord): L'insegnamento della seconda lingua non è meramente un fatto linguistico ma racchiude anche un aspetto culturale. Inoltre la storia della scuola italiana ha visto molti laureati in lingue avviarsi all'insegnamento delle lingue negli istituti scolastici. Ciò significa che laureati in lingue e letteratura straniera seguivano corsi in lingua italiana ma ottenevano l'abilitazione all'insegnamento di altre lingue.

Si interroga il presidente della Giunta e l'assessore competente se esistono ancora insegnanti di L2 nelle scuole provinciali che non siano di madrelingua.

Quanto sono attualmente ancora in servizio? In base a quali normative vengono ancora inseriti nelle graduatorie provinciali?

TOMMASINI (Assessore alla scuola italiana, alla cultura e formazione professionale italiana e all'edilizia abitativa – Partito Democratico/Demokratische Partei): Essendo una questione molto specifica, vado a leggere la risposta preparata direttamente dalla Sovrintendente scolastica, in modo da rispondere in maniera puntuale e precisa.

Tutti gli insegnanti di tedesco L2 di ruolo hanno dichiarato all'atto della partecipazione al concorso o dell'inserimento nelle graduatorie provinciali degli abilitati di essere di madrelingua tedesca. La dichiarazione è personale e ha la forma della certificazione sostitutiva dell'atto notorio.

Analogamente tutti gli insegnanti non abilitati ma in possesso di titolo di studio valido (laurea o diploma magistrale) e inclusi nelle graduatorie provinciale o di istituto) ai fini delle supplenze hanno presentato analoga dichiarazione. Chi rifiuti di presentare tale dichiarazione viene escluso dalle graduatorie.

Tutti gli insegnanti di tedesco L2 di ruolo o inclusi nelle graduatorie provinciali e di Istituto sono in possesso di patentino del grado richiesto.

All'atto dell'inclusione nelle graduatorie provinciali i docenti di tedesco seconda lingua abilitati delle scuole secondarie, hanno necessariamente conseguito l'abilitazione in lingua tedesca o attraverso un concorso locale svolto solo il tedesco o attraverso la frequenza delle SSIS che ora sono state soppresse dalla nuova riforma della ministra Gelmini comunque attivate a Bressanone in lingua tedesca. La classe di abilitazione è "tedesco L2" ed è distinta dalla classe di abilitazione "Tedesco lingua straniera" prevista nel resto del territorio nazionale, quindi tedesco L2 e non tedesco lingua straniera. L'abilitazione conseguita per "tedesco lingua straniera" per il resto del territorio nazionale non consente in nessun caso di inserirsi nelle graduatorie per insegnare "tedesco L2" a Bolzano. Quindi rispetto al passato oggi tutti devono essere dichiarati di madrelingua tedesca per insegnare il tedesco.

ARTIOLI (Lega Nord): Replico. Questa interrogazione dimostra quanto la nostra dichiarazione etnica sia una truffa, perché sappiamo benissimo che si dichiarano tedeschi ma non lo sono e non sanno nemmeno insegnarlo. Avrei voluto solo sapere da quando non possono più insegnare il tedesco in lingua straniera, da che anno, perché non ha risposto alla domanda di quante persone sono ancora di ruolo di quelli che potevano insegnare qui con l'abilitazione. L'assessore mi dice che sono andati tutti in pensione. Va bene.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zur **Anfrage Nr. 9/07/11** vom 4.7.2011, eingebracht vom Abgeordneten Leitner, betreffend Zweitsprachenlehrer. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Frau Rita Franceschini, ehemalige Rektorin und nunmehrige Professorin an der Freien Universität Bozen, bestätigte jüngst in einem Interview die seit Jahren von den Freiheitlichen vorgebrachte Kritik bezüglich der mangelnden Ausbildung der Zweitsprachenlehrer.

Frau Professor Franceschini ist ebenfalls der Überzeugung, dass die Zweitsprachenlehrer an deutschen und italienischen Schulen unbedingt die Muttersprache ihrer Schüler beherrschen sowie Kultur und Herkunft ihrer Schüler kennen müssen, um erfolgreich zu sein.

An die Landesregierung werden folgende Fragen gerichtet:

1. Teilt die Landesregierung die Überzeugung von Frau Professor Rita Franceschini?
2. Wenn ja, wie gedenkt sie die entsprechende Empfehlung bzw. Forderung umzusetzen?
3. Wie kann sichergestellt werden, dass auch an den peripheren Schulen gut ausgebildete Zweitsprachenlehrer eingesetzt werden?

KASSLATTER MUR (Landesrätin für deutsche Schule, Denkmalpflege, Bildungsförderung, deutsche Kultur und Berufsbildung – SVP): Lieber Pius Leitner! Die Landesregierung teilt die Ansicht von Frau Prof. Franceschini über die mangelnde Ausbildung der Zweitsprachlehrpersonen und die Notwendigkeit, dass Zweitsprachlehrpersonen die Muttersprache der Schülerinnen und Schüler beherrschen und deren Kultur kennen sollten. Seit zwei Jahren bietet beispielsweise das deutsche Schulamt sozusagen Geschichte- und Heimatkundekurse für Zweitsprachlehrpersonen an. Ich war letztes Jahr selbst einmal dort präsent und habe die 70 Lehrpersonen begrüßt, die an solchen Kursen teilnehmen und mich für ihre Bereitschaft bedankt, weil das Ganze kein Muss ist, denn es beruht immer auf freiwilliger Basis. Ich teile die Ansicht der Frau Professorin und die Landesregierung ebenso.

Wir fordern von unserer Uni – dazu haben wir sie auch – qualitativ hochwertige Angebote, und zwar hochwertiger als die bisherigen. Die Gelegenheit ist jetzt eine gute, weil die Ausbildung des Lehrpersonals auf Staatsebene neu geregelt ist und wir uns dem anpassen haben, weil unser Lehrpersonal der Grund-, Mittel- und Oberschulen staatsangestellt ist und der Staat die Zugangsvoraussetzungen zum Beruf festlegt und damit auch die Ausbildung. Das ist also kein normales akademisches Studium in Brixen, sondern eine Berufsausbildung an der bildungswissenschaftlichen Fakultät. In diesem Zusammenhang wird eine bessere Ausbildung für Zweitsprachlehrpersonen im Rahmen der neuen Grundschullehrpersonenausbildung vonstatten gehen, die ab kommenden Herbst erstmals startet. Dies zum Ersten.

Zum Zweiten wollen wir im Rahmen der neu zu errichtenden universitären Ausbildungslehrgänge, der sogenannten TFA "tirocini formativi attivi", die im Anschluss an ein Studium zu absolvieren sind, für den Unterricht der Mittel- und Oberschule Zusatzlehrgänge für Zweitsprachlehrpersonen anbieten und die eigentlichen Ausbildungslehrgänge eben auch verbessern. Wir denken auch daran, sollte die Personalnot im Schulbereich der Ein-

richtungen mit deutscher Unterrichtssprache für den Zweitsprachunterricht anhalten, eventuell Zusatzlehrgänge für den Zweitsprachunterricht in Form eines einjährigen Kurses oder zweijähriger Masterstudien an der Uni anzubieten. Darüber diskutieren wir derzeit.

Selbstverständlich müssen wir uns parallel auch um die Abänderung entsprechender Beschlüsse und kollektivvertraglicher Rahmenbedingungen bemühen, um die rechtliche und finanzielle Anerkennung dieser zusätzlichen Ausbildung sicherzustellen. Da braucht es dann wieder die Verhandlungen und die Mehrheitsunterschriften der Gewerkschaften.

Das nächste Problem ist die Kontinuität des Unterrichtes in ländlichen Gebieten, die uns zu schaffen macht, besonders der Vinschgau ist derzeit davon betroffen. Ich halte nicht viel davon, Lehrpersonen eines bestimmten Faches besser zu honorieren, besser zu entlohnen als die eines anderen Faches. Ich denke, das ist innerhalb der Kategorie kein kluger Schachzug, wohl wissend, dass der Italienischunterricht einer Verbesserung bedürfe, aber dass die Italienischlehrerin bei gleichem Arbeitspensum mehr verdient als die Deutsch- oder Geschichtelehrerin, das hat meine Zustimmung bisher nicht gefunden. Ich lasse mich gerne eines Besseren, und zwar mit guten Argumenten belehren. Ich habe sie nicht. Wir wollen allerdings versuchen, rechtliche Anreize zu schaffen, abgesehen von Zulagen und Fahrtspesenvergütungen, wie etwa Zusatzpunkte in den Ranglisten bei längerer Verweildauer. In der Peripherie ist dies auch nicht unproblematisch, weil diese Lehrpersonen damit automatisch als Italiener und Italienerinnen jene auf der Rangordnung des italienischen Schulamtes für den Klassenunterricht überholen. Wer sich im Lehrerinnenarbeitsrecht ein bisschen auskennt, der weiß, dass alles voller Havarien ist. Auch darüber sind wir mit den Gewerkschaften in Verhandlung und wir brauchen deren Zustimmung, andernfalls werde ich mir erlauben, im Finanzgesetz im kommenden Winter dem Südtiroler Landtag Maßnahmen vorzulegen, aber wir sind uns dessen bewusst, dass wir da aktiv zu werden und zu sein haben.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Nur zwei Sätze. Die Diagnose ist gestellt. Jetzt braucht es die Maßnahmen, die Symptome nicht nur zu beheben, sondern die Krankheit, wenn man es so will. Wir haben diese Analyse immer schon gemacht. Jenseits aller Tagungen, Kommissionen und Sonderkommissionen, die sich auch mit diesem Thema befassen, muss man einfach das, was man erkennt, irgendwann einmal umsetzen. Diese Erkenntnis ist ja nicht neu. Man hat es nicht so geglaubt oder nicht so ernst genommen. Jetzt wird es aus berufenem Munde bestätigt und vielleicht trägt es dazu bei, dass hier wirklich konkrete Schritte gesetzt werden. Wir wissen, dass beispielsweise in der Peripherie in Landgemeinden Italienischlehrer einen Job ausüben, aber nicht unbedingt den Beruf des Lehrers. Man findet keine, das ist so. Da braucht man sich nicht wundern, wenn Schüler die zweite Sprache nicht besser erlernen. Umgekehrt wird es auch Beispiele geben. Ich bringe immer das, was die ehemalige Schulamtsleiterin gesagt hat, nämlich dass viele Deutschlehrer an den italienischen Schulen keine Deutschen sind. Das Wesentliche, was sie hier auch gesagt hat, ist, dass die Zweitsprachenlehrer unbedingt die Muttersprache ihrer Schüler beherrschen. Die Zweisprachigkeit ist bei den Lehrern zwar nicht vorgeschrieben, aber wie will ein Lehrer/eine Lehrerin die Kinder in der zweiten Sprache unterrichten, wenn man die Mentalität, die Geschichte usw. nicht kennt?

Apropos Geschichte: Es gibt ein neues Buch von Norbert Parschalk über den Geschichtsunterricht an Südtirols Schulen. Ich habe es erst gestern in die Hand bekommen. Dieses sollten Sie, Frau Landesrat, auch lesen. Dies hat aber jetzt nichts mit diesem Thema zu tun.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zur **Anfrage Nr. 10/07/11** vom 5.7.2011, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba und Heiss, betreffend Asbest im Gebäude in Bozens, das für den Mittelstand bestimmt ist? Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Nel programma di alloggi destinati al cosiddetto ceto medio, la Provincia ha individuato il palazzo degli ex telefoni di stato come un edificio da destinare a questo scopo. Risulta tuttavia che il palazzo sia fortemente inquinato da amianto in diverse parti. Si chiede di sapere:

1. E' confermata la presenza di amianto nel palazzo? Se sì, in quali quantità e in quali punti?
2. Quanto costerà la bonifica e la rimozione del materiale inquinato e chi la pagherà?
3. Quali sono i tempi di realizzazione del nuovo edificio per il ceto medio? Quando si prevede la consegnare gli appartamenti?

TOMMASINI (Assessore alla scuola italiana, alla cultura e formazione professionale italiana e all'edilizia abitativa – Partito Democratico/Demokratische Partei): Nel palazzo ex Telefoni di Stato in corso Italia a Bolzano è confermata la presenza di amianto, ma le rilevazioni effettuate non evidenziano nel dettaglio in quali punti sia presente l'amianto. Stime della ripartizione edilizia e servizio tecnico prevedono costi di circa 500 mila euro per la demolizione del palazzo e la bonifica dell'amianto. Come più volte anche qui dichiarato la Provincia, in qualità di ente proprietaria del palazzo, ha chiesto al Comune una variante urbanistica per poter destinare l'immobile ad uso residenziale conservando l'attuale cubatura. Ma considerata anche la lunga tempistica necessaria per la realizzazione in questo caso di alloggi per il ceto medio, la Giunta provinciale ha valutato l'idea di alienare l'immobile tramite gara pubblica. La gara dovrà essere concepita come una sorta di permuta in quanto il corrispettivo per il palazzo ex Telefoni di Stato non dovrà consistere in denaro, bensì nella messa a disposizione di alloggi. Quindi l'idea è di non costruire direttamente ma di fare una gara per uno scambio di cubatura di alloggi, ma non è una novità, è già stato deciso nei mesi precedenti.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Faccio una domanda per chiedere dei chiarimenti. Dunque assessore, quel palazzo verrebbe alienato a privati i quali metterebbero a disposizione cubatura per realizzare alloggi per il ceto medio. Allora la domanda è: gli alloggi per il ceto medio non verrebbero in quel palazzo, e in quel palazzo cosa ci verrebbe? Perché in questo momento la destinazione d'uso è uffici. Quale sarebbe la destinazione di questo palazzo?

TOMMASINI (Assessore alla scuola italiana, alla cultura e formazione professionale italiana e all'edilizia abitativa – Partito Democratico/Demokratische Partei): Ripeto, la Provincia ha chiesto al Comune una variante urbanistica per poter destinare l'immobile ad uso residenziale, però visti anche i costi complessivi dell'operazione abbiamo pensato di esperire una gara che non è stata ancora esperita per alienare l'immobile e chiedere in cambio non denaro, ma alloggi altrove alloggi già realizzati. Questa è l'idea di fondo che l'amministrazione ha già comunicato. Lì non verranno realizzati alloggi direttamente dall'Ipes, quell'idea è stata accantonata, anche valutando i costi dovuti alla bonifica che non la rendevano compatibile con la realizzazione di alloggi popolari.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 13/07/11** vom 5.7.2011, eingebracht von der Abgeordneten Hochgruber Kuenzer, betreffend Mitteilungspflicht bei Enteignungen von Landesinteresse. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Für die Weiterführung der bäuerlichen Betriebe ist die Erhaltung und Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen unabdingbar. Öffentliches und privates Interesse wird leider allzu oft über den Erhalt der landwirtschaftlichen Nutzflächen gestellt. Grundeigentümer und aktive Landwirte werden oft viel zu spät über die Beschlussfassung einer Änderung der Nutzungsbestimmung informiert.

Bei einer Neuweisung von Wohn- bzw. Gewerbegebieten hat der Bürgermeister die Mitteilungspflicht gegenüber den Eigentümern, über die neue Zweckbestimmung zu informieren. So haben Grundeigentümer die Chance, vor einer Enteignung mit den zuständigen Amtspersonen ins Gespräch zu kommen. Im Gegensatz zu den Gewerbegebieten von Gemeindeinteresse ist bei jenen von Landesinteresse die Mitteilung über die Einleitung des Verfahrens zur Abänderung des Bauleitplanes nicht vorgesehen. Die Rechte und der Schutz des Privateigentums werden bei der Ausweisung von Landesinteresse nicht eingehalten. Fehlende Transparenz bewirken beim Grundeigentümer Unverständnis und Ablehnung.

Deshalb stellt unterfertigte Abgeordnete folgende Fragen an den zuständigen Landesrat:

1. Was sind die Gründe, bzw. warum werden die Grundeigentümer bei einer Bauleitplanänderung von Landesinteresse im Vorfeld nicht informiert?
2. Gibt es Bestrebungen (so wie auf Gemeindeebene) bei Änderungen der Zweckbestimmungen auch auf Landesebene die Grundeigentümer zu informieren, bevor der Entwurf einer Bauleitplanänderung von der Landesregierung genehmigt wird.

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Umwelt und Energie – SVP): Es stimmt, dass bei der Abänderung eines Bauleitplanes durch die Gemeinde in eine Zone, welche der Enteignung unterliegt, im Vorfeld die Grundeigentümer entsprechend informiert werden müssen. Dies ist bei der Abänderung des Bauleitplanes von Amts wegen nicht im Gesetz so vorgesehen. Die Gründe dafür liegen auch nicht vor. Es ist dies eine Bestimmung, die schon seit vielen Jahren in Kraft ist. Wahrscheinlich hat sie damit zu tun, dass es sehr große Projekte sind.

Wenn wir eine große Leitung hernehmen, die sehr, sehr viele Grundeigentümer betreffen würde, dann hat es wahrscheinlich auch mit der Geschwindigkeit zu tun. Auf jeden Fall ist es derzeit im Gesetz so nicht vorgesehen, aber es steht dem auch nichts entgegen, dass wir bei der Reform des Raumordnungsgesetzes einen solchen Passus einfügen, denn es hat durchaus seine Berechtigung, dass bei einer Ausweisung von Amts wegen die Grundeigentümer auch im Vorfeld informiert werden sollten.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Danke! Ich möchte dazu sagen, dass es mir ein großes Anliegen ist, wenn die Raumordnung überarbeitet wird, dass auch hier wie auf Gemeindeebene die gleiche Transparenz eingeführt wird.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zur **Anfrage Nr. 7/07/11** vom 4.7.2011, eingebracht vom Abgeordneten Leitner, betreffend Bodenverbesserungskonsortium Freienfeld. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Als vor Jahren das Bodenverbesserungskonsortium Freienfeld eine Leitung zur Bewässerung der Felder legen ließ, wurde dies als große Errungenschaft gefeiert. Leider hat die Anlage nie wirklich funktioniert und jetzt geht davon die Rede, das Konsortium aufzulösen. Allerdings möchte man von den Mitgliedern vorher noch Gelder eintreiben (u. a. für eine Versicherung)

Mitglieder beklagen die Disfunktion der Hauptleitung und den Umstand, dass sie die Beregnung niemals nutzen konnten. Daher sehen sie nicht ein, jetzt auch noch zahlen zu müssen.

An die Landesregierung werden folgende Fragen gerichtet:

1. Wann wurde das Bodenverbesserungskonsortium Freienfeld gegründet und wie viele Mitglieder hat es?
2. Wann wurde die Beregnungsanlage errichtet und was umfasst sie?
3. Wie viel hat sie gekostet und wie wurde sie finanziert?
4. Wurden insbesondere EU-Fördergelder in Anspruch genommen? Wenn ja, in welcher Höhe und wer hat die Verwendung kontrolliert?
5. Stimmt es, dass das Konsortium nun aufgelöst werden soll?
6. Warum werden nun an Mitglieder Zahlungsforderungen gestellt, zumal für Leistungen, die nie erbracht wurden?

BERGER (Landesrat für Tourismus, Landwirtschaft, Grundbuch und Kataster – SVP): Herr Leitner! Ich verlese die Antwort so, wie sie aufgrund der vielen Fragen auch korrekt als Antwort formuliert worden ist, weil es sich um viele Zahlen handelt.

Das Bodenverbesserungskonsortium Freienfeld ist am 27. Mai 1991 mit Beschluss der Landesregierung gegründet worden. Alle jeweiligen Eigentümer der in der Gemeinde Freienfeld liegenden Grundparzellen sind Mitglieder des Konsortiums. Das Bodenverbesserungskonsortium war Antragsteller für verschiedene Investitionen. Es ist generell üblich, dass nicht Einzelgesuchsteller auftreten, sondern dass dies konsortial gemacht wird, und zwar ist im Jahre 1991 die Beregnungsanlage Fulters finanziert worden, im Jahre 1990 wurde die Erweiterung von Ried finanziert, 1993 von Stilfes und 1994 von Mauls. Das sind Investitionen, die finanziert worden sind.

Das Konsortium weist 132 Mitglieder auf. Die Beträge, die einmal als Kostenfaktor anerkannt wurden und was der Gesamtbeitrag war, sind immer im Rahmen der 60- Prozent-Regelung der anerkannten Kosten, 60 Prozent Beitragsgewährung, und zwar waren es für Fulters 360.000 Euro mit 216.000 Euro Beitrag. Für Ried waren es 82.000 Euro, also 49.000 Euro Beitrag. Für Stilfes waren es 414.000 Euro mit 248.000 Euro und Mauls 736.000 Euro mit 380.000 Euro Beitrag. Die Beitragsauszahlung wurde immer und genauestens von den Mitarbeitern des Amtes für ländliches Bauwesen kontrolliert und das wird immer sehr genau und klar gemacht, denn einmal müssen wir die Ausgabe unserer Gelder verantworten. Wir müssen aber auch gegenüber dem Staat und der Europäischen Union, wenn es um kofinanzierte Maßnahmen geht, klarerweise auch Rechenschaft geben und die Kontrollleure von dort kommen auch, um stichprobenartige Kontrollen zu tätigen. Aus dem Grund ist also das alles sehr genau, manchmal zu genau, sodass wir Beschwerden dahingehend bekommen, wir wären in der Kontrolltätigkeit bei der Abrechnung zu kleinlich.

Es geht jetzt darum, dass in Stilfes in den letzten Jahren mit der Beregnungsanlage fahrlässig umgegangen wurde, so wie man mir hier berichtet und diese funktioniert teilweise nicht mehr, weil sie beschädigt wurde, und zwar von eigenen Mitgliedern wissentlich beschädigt wurde, aus welchen Gründen auch immer. Diesbezüglich hat das Konsortium mit den Betroffenen am 10. Februar 2011 ein Treffen abgehalten, um die Probleme zu lösen. Es ist nie die Rede von einer Auflösung des Konsortiums gewesen, ganz im Gegenteil. Das Statut des Konsortiums

wurde im vorigen Jahr angepasst. Die Organe wurden ordnungsgemäß gewählt und das Konsortium kann eine laufende Tätigkeit nachweisen, die auch Projekte für die Zukunft vorsieht. Außerdem kann ein Konsortium, solange es gemeinschaftliche Anlagen betreibt, nicht aufgelöst werden. Eine Auflösung erfolgt nur mit Beschluss der Landesregierung, also in Eigeninitiative kann ein Konsortium nicht aufgelöst werden unter dieser Rechtsform, die dieses Konsortium hat.

Die Zahlungsaufforderungen wurden bereits die letzten Jahre zugestellt. Das ist nicht neu. Die Konzessionen für die Beregnung wurden seitens des Konsortiums immer ordnungsgemäß bezahlt. Auch sind die Infrastrukturen des Konsortiums über eine entsprechende Versicherungspolizze versichert. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 15 Euro pro beregneten Hektar und pro Jahr. Der Artikel 29 der Konsortialstatuten sieht vor, dass die endgültige Aufteilung des Ausgabenanteils zwischen den Eigentümern auf der Grundlage des aus den Bodenverbesserungsbauteilen oder deren einzelnen Einheiten erzielten Nutzens vorgenommen wird und die provisorische hingegen auf der Grundlage von ungefähren und voraussichtlichen Indizien des erzielten Nutzens. Also dieser Artikel 29 ist in einem Teil sehr präzise formuliert und im anderen etwas flexibler in dem Sinne, dass es bestimmte Dinge annehmen oder voraus berechnen kann.

Das sind die Beantwortungen Ihrer Fragen. Ich hoffe, dass sie ausreichend beantwortet wurden.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Nur kurz. Ich bedanke mich für die Beantwortung und ersuche, dass ich sie in schriftlicher Form ausgehändigt bekomme, damit sich diejenigen Mitglieder, die diesbezüglich Bedenken hatten, aufgrund dieser Aussage wahrscheinlich beruhigen werden. Tatsache ist, so wie es mir gesagt wurde, dass in Stilfes das Problem jenes war, dass dort – Gott sei Dank, hat es fast keine Beregnung gebraucht, weil es dort nicht so trocken ist wie anderswo – diese Leitung vernachlässigt worden ist. Ich habe gehört, dass sie sogar von Mitgliedern beschädigt wurde. Das wusste ich nicht. Nachdem Unstimmigkeiten aufgetreten sind, ist es richtig, dass man diejenigen auch sachlich informiert und beruhigt. Dann wird es wahrscheinlich auch keine Probleme mehr geben, dass sie zahlen und dass Ordnung geschaffen wird.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen jetzt zur Anfrage Nr. 21 der Abgeordneten Klotz und Knoll, betreffend den Abriss des Hotels Post in Sexten.

Das Wort hat der Abgeordnete Heiss, bitte.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Wir haben eine ähnliche Anfrage, und zwar die Anfrage Nr. 11/07/11 eingebracht. Ich wollte fragen, ob es den Einbringern recht ist, wenn wir sie gemeinsam behandeln.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Grundsätzlich sind wir damit einverstanden, aber ich sehe, dass hier zwei verschiedene Aspekte behandelt werden. Nachdem sie sicher auch zur Behandlung kommt, ist es vielleicht besser, wenn wir sie getrennt behandeln, weil unser Ansprechpartner, Landesrat Laimer, ist. Die andere Anfrage betrifft mehr den Denkmalschutz.

PRÄSIDENTIN: Gut, wir kommen also zur Behandlung der **Anfrage Nr. 21/07/11** vom 7.7.2011, eingebracht von den Abgeordneten Klotz und Knoll, betreffend Abriss des Hotel Post in Sexten. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Der Gemeinderat Sexten hat am 10.03.2011 einstimmig eine Änderung des Bauleitplanes betreffend den Ensembleschutz im Gemeindegebiet beschlossen. Die einzige Bauzone, die mit Ensembleschutz belegt wurde, ist der Kernbereich der Ortschaft Sexten-St.Veit. Der Bereich umfasst Pfarrkirche, Friedhof, Widum, alte Schule, Pfeifhoferhaus, Rathaus, den Gasthof zur Post und das Rudolf –Stolz-Museum. Der Bürgermeister hat auf Anfrage eines Vertreters der Bürgerliste bestätigt, dass ab diesem Zeitpunkt in dieser Zone nichts verändert werden kann (Sperrfrist), bis der Gemeindetechniker die Durchführungs-Bestimmungen erarbeitet hat.

Wie ist es möglich, dass in diesem konkreten Fall der Ensembleschutz nach wenigen Monaten einfach über Bord geworfen, und der Charakter des Dorfzentrums durch den Abriss des Hotels Post unwiederbringlich verändert wird?

Wird die Landesverwaltung dem auf den Grund gehen, auch um auszuschließen, dass es zu Wahrnehmung von Privatinteressen kommen kann?

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Umwelt und Energie – SVP): Die Thematik teilt sich aufgrund der Anfrage in zwei Bereiche, einmal in den Bereich Denkmalschutz und der zweite Bereich ist mehr der urbanistische und der Bereich Ensembleschutz. Ich stelle einmal fest – dazu wird Frau Landesrätin Kasslatte Stellung nehmen –, dass das Gebäude nicht unter Denkmalschutz steht.

Was den Ensembleschutz betrifft, gilt es festzustellen, dass die Gemeinden bekanntermaßen per Gesetz die Verpflichtung haben, einen Ensembleschutzplan entsprechend auszuweisen. Der sieht vor, dass der Gemeinderat einen entsprechenden Beschluss fasst und dass ab der Beschlussfassung keine bauliche Maßnahme getroffen werden kann, die im Widerspruch zu diesem Beschluss steht. Sonst wäre in dieser Zwischenphase vom Gemeinderatsbeschluss bis zum Beschluss der Landesregierung noch alles möglich. Hier greift diese Sicherheitsklausel sofort ab der Beschlussfassung des Gemeinderates.

Der Gemeinderat hat in der Tat am 10. März dieses Jahres den Ensembleschutzbeschluss gefasst. Er ist aber bis dato, 12. Juli, noch nicht dem Land übermittelt worden. Nach Rücksprache mit dem Bürgermeister ist mir dieser Beschluss bestätigt worden. Ich habe dann darauf hingewiesen, dass es eine entsprechende Bewertung aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses dahingehend geben muss, ob der Abriss zulässig ist oder nicht, denn Ensembleschutzbestimmungen heißen nicht automatisch, dass es keinen Abriss geben darf. Das hängt jeweils von der individuellen Schutzbestimmung ab. Es gibt also viele Fälle, bei denen man im Ensembleschutzbeschluss hineinschreibt, dass Abriss und Wiederaufbau sehr wohl möglich ist, aber dann in einer entsprechenden stilistischen Form mit der entsprechenden Baufluchtlinie usw. Das gibt es schon bis hin zur Maßnahme, dass man eben nicht abreißen darf, dass die Fassade erhalten werden muss und, und und. Für jedes Gebäude wird im Ensembleschutzbeschluss die jeweilige spezifische Schutzbestimmung definiert. Ich kenne diese Bestimmung nicht. Nach Rücksprache mit dem Bürgermeister ist mir bestätigt worden, dass die Baukommission sehr wohl diese Schutzbestimmung für das Hotel "Post" auf seine Kompatibilität mit der Ensembleschutzbestimmung geprüft hat. Angeblich steht dort kein Abrissverbot drinnen. Insofern hat der Gemeinderat bzw. die Baukommission der Gemeinde Sexten auch die entsprechende Konzession zum Abriss ausgestellt.

Zugleich soll erwähnt werden, dass es einen Wiedergewinnungsplan gibt, in welchem auch nicht ein Abrissverbot drinnen steht. Ich wünsche mir und würde es der Gemeinde nahelegen, dass zumindest der geplante Neubau, nachdem das Gebäude nicht mehr steht, mit dem Landesbeirat für Baukultur und Landschaft abgestimmt wird, damit der Neubau eine stimmige neue Interpretation dieses Standortes ermöglicht und gewährleistet.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Die letzte Frage ist nicht beantwortet worden. Wird die Landesverwaltung dem auf den Grund gehen – Sie haben gesagt, dass sie Rücksprache mit dem Bürgermeister gehalten haben –, auch um auszuschließen, dass es zur Wahrnehmung von Privatinteressen kommen kann? Aus den Zeitungsberichten ... Wir wissen ja, dass auch diese mit Vorsicht zu genießen sind. Immer wieder hört man durchklingen oder klingt durch, dass es hier auch um Privatinteressen gehen könnte, dass es schon länger Pläne einer bestimmten Hotelfamilie gibt, dass hier Bürgermeister und Private zusammenspielen.

Herr Landesrat! Sie haben zwar gesagt, dass es kein ausdrückliches Abrissverbot gegeben hätte, das wird schon sein, aber das beantwortet noch nicht die Frage, wie man ausschließen kann, dass es zur Wahrnehmung von Privatinteressen kommt und ob Sie in diese Richtung tätig werden können oder ob Sie auch in diese Richtung etwas unternehmen, weil es dann ja auch ein Präzedenzfall sein könnte. Wir haben, glaube ich, selten einen solchen Fall gehabt, bei dem der Ensembleschutz zwar ausgesprochen ist genau für diesen ganzen Bereich, aber ich staune jetzt, dass es heißt, dass jedes einzelne Gebäude im Grunde genommen noch einmal einen speziellen Schutz drauf haben muss, damit der Ensembleschutz greift. Dann brauchen wir eigentlich kein Ensembleschutzgesetz mehr, denn dann ist das Denkmalschutzgesetz dafür zuständig. Ensemble ist immer mehr und nicht nur ein Gebäude. Ensemble ist, wie es in die Umgebung hineingefügt ist. Ich bitte um die Beantwortung dieser Frage.

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Umwelt und Energie – SVP): Es gibt keinen generellen Ensembleschutz, der bereits einen Inhalt hat. Er muss eigens für das Gebäude für das Ensemble definiert werden, so wie beim Denkmalschutz. Der Denkmalschutz geht tiefer und geht auch in das Gebäude hinein, während der Ensembleschutz das Erscheinungsbild schützt. Es kann auch ein Einzelgebäude sein, im Normalfall aber nicht, aber für jedes Gebäude muss es einzeln definiert werden. Für dieses Gebäude könnte stehen, dass die Fassade gleichbleiben muss, dass die Farben gleichbleiben müssen. Bei einem anderen könnte stehen, dass es abgerissen werden darf, es muss aber im gleichen Stil wiedererrichtet werden. Das hängt von der Schutzbestimmung des jeweiligen Gebäudes ab und so sind auch alle gemacht worden, und dies zurecht. Nur Ensembleschutz heißt

nichts. Es muss mit Inhalt gefüllt werden. Ob es zu Privatinteressen kommt oder nicht, das ist ja nicht die Frage. Die Frage lautet: Ist dieser Abriss im Einklang mit der Ensembleschutzbestimmung der Gemeinde Sexten erfolgt oder nicht? Das ist zu prüfen, aber ich kann es nicht prüfen, weil ich die Unterlagen des Gemeinderatsbeschlusses gar nicht habe. Die Gemeinde hat seit über vier Monate den Beschluss nicht ans Land geschickt. Dennoch greift die Bestimmung der Gemeinde ab Beschlussfassung. Es gilt jetzt zu prüfen, ob der Inhalt des Ensembleschutzes mit der Abbruchkonzession übereinstimmt oder nicht. Es geht aber nicht um die Frage der Privatinteressen, denn diese haben wir nicht zu bewerten.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zur **Anfrage Nr. 24/07/11** vom 7.7.2011, eingebracht vom Abgeordneten Urzì, betreffend Bunker in der Franceso-Baracca-Straße. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertè): In tutta Europa la conservazione delle memorie della II guerra mondiale e delle infrastrutture militari sorte a cavallo fra le due guerre a difesa preventiva dei territori degli Stati europei (si pensi alle linee di difesa francesi verso la Germania, a quelle sulle coste della Normandia realizzate durante l'occupazione tedesca, ai bunker ancora rintracciabili nel reticolo urbano e sopravvissuti per la loro resistenza ai bombardamenti massicci di Berlino ed oggi trasformati in musei o luoghi pubblici) costituisce un filone di ricerca storica molto vivo. In via Baracca, a Bolzano, risulta che il Comune di Bolzano abbia rigettato l'ipotesi di conservazione dell'ultimo bunker di fondovalle ancora esistente del cosiddetto Vallo Alpino (o Littorio).

Tutto ciò premesso,

SI INTERROGA
IL PRESIDENTE DELLA GIUNTA PROVINCIALE
E/O L'ASSESSORE COMPETENTE

per sapere se la Provincia non intenda farsi carico direttamente dell'operazione di acquisizione (anche attraverso esproprio) e ristrutturazione dell'opera di fortificazione.

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: Sospendiamo al momento la trattazione dell'interrogazione n. 24/07/11 in attesa dell'arrivo dell'assessore Mussner e passiamo alla successiva interrogazione.

Interrogazione n. 28/07/11 del 7.7.2011, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante riparazione del motore del climatizzatore presso reparti dell'ospedale di Bolzano. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

ARTIOLI (Lega Nord): L'ospedale civile di Bolzano é situato in una conca notoriamente soggetta a temperature particolarmente torride nel periodo estivo.

Si interroga il presidente della giunta e l'assessore competente se é vero che il motore dell'aria condizionata é fuori uso. Se é vero che solo alcune stanze o reparti godono del condizionamento. Quali reparti o stanze non hanno l'aria condizionata.

Se é vero che non vi é intenzione di riparare il motore fino al 2011 in previsione del rifacimento della sede ospedaliera.

THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP): Wir haben diesbezüglich Rücksprache mit dem Leiter der technischen Abteilung, Arch. Dr. Heinrich Corradini, gehalten. Er hat uns mitgeteilt, dass es in den letzten Monaten keine besonderen negativen Vorkommnisse oder Mängel am Krankenhaus Bozen mit der Klimaanlage gegeben hat. Hier handelt es sich um ein sehr komplexes System. Es geht hier nicht um eine Anlage mit einem Motor, sondern um ein sehr komplexes System. Es gibt eine ganze Reihe von Sicherheitsstandards, die auf staatlicher Ebene vorgesehen sind. Die sogenannten sensiblen und delikaten Bereiche, wie beispielsweise Ambulatorien, Abteilungen oder Krankenzimmer sind hier in erster Linie betroffen, aber, wie gesagt, Dr. Corradini hat uns mitgeteilt, dass es diesbezüglich keine besonderen negativen Vorkommnisse gegeben hat und dass die Klimaanlage funktioniert.

ARTIOLI (Lega Nord): Faccio una domanda. Scusi assessore, non ho capito, Lei sostiene che l'aria condizionata funziona in tutti i reparti? Io sono stata lì ieri nel reparto di ostetricia, con le finestre al sole, e posso affermare che non c'è l'aria condizionata. Non ho capito bene quindi se Lei ha detto che l'aria condizionata in tutto l'ospedale di Bolzano sta funzionando e non avete problemi ai motori! Poi è chiaro che non è un motore, ma sono diversi.

THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP): Ich wiederhole es noch einmal. Der Leiter der technischen Abteilung, Arch. Corradini, hat gesagt, dass es diesbezüglich keine besonderen negativen Vorkommnisse gibt, dass es in den einzelnen Abteilungen immer wieder Nachbesserungen geben muss, dass ein System angepasst werden muss, aber dass es absolut im normalen Bereich abläuft und es hier keine besonderen negativen Auswirkungen gibt.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 11/07/11 del 5.7.2011, presentata dai consiglieri Heiss e Dello Sbarba, riguardante albergo Posta di Sesto in grave pericolo: questo simbolo dell'architettura alberghiera altoatesina rischia di finire sotto le ruspe dell'"ampliamento qualitativo"? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Das Hotel „Post“ in Sexten ist ein Klassiker der Hotelarchitektur der Zwischenkriegszeit. Wie das „Drei Zinnen“ von Arch. Clemens Holzmeister errichtet, ist es ein Monument des Tourismusaufschwungs nach 1920 und der stilistischen Reorientierung im Zeichen der Klassischen Moderne. Nun läuft dieser qualitätvolle, das Sextener Ortsbild prägende Bau akute Gefahr, einem Aparthotel mit dreifacher Kubatur weichen zu müssen. Der drohende Abriss ist offenbar das Resultat verhängnisvollen Zusammenwirkens von Profitmaximierung und zu zaghafter Denkmalpflege, haben doch die Landeskonservatoren Stampfer und sein Nachfolger eine Unterschutzstellung seit 2007 trotz Warnungen von Kennern wie Arch. Mayr-Fingerle offenbar nur zögerlich betrieben. Nun ist dringend einzugreifen, um ein Kernstück touristischen Kulturerbes in letzter Minute zu sichern.

Daher richten wir folgende Fragen an die Südtiroler Landesregierung:

- Warum wurde das Holzmeister-Hotel „Post“ nicht zeitgerecht unter Schutz gestellt?
- Wird in letzter Minute versucht, den Abriss doch noch zu stoppen?
- Welche weiteren Historischen Gastbetriebe von hoher Architekturqualität stehen noch nicht unter Schutz?

KASSLATTER MUR (Landesrätin für deutsche Schule, Denkmalpflege, Bildungsförderung, deutsche Kultur und Berufsbildung – SVP): Lieber Hans Heiss! Im Oktober 2007 hat der damalige Leiter der Abteilung Denkmalpflege, Herr Helmuth Stampfer, auf Nachfrage dem Eigentümer des alten Hotels "Zur Post" in Sexten schriftlich und unmissverständlich erklärt, dass nach heutigen Kriterien eine Unterschutzstellung des Hauses nicht in Frage komme - damit nehme ich jetzt einmal an, dass der Besitzer Rechtssicherheit hat, denn er wird sich schon damals überlegt haben, was er mit der Immobilie macht, das denke ich mir jetzt im Nachhinein – und dass der Denkmalschutz nicht auferlegt würde. Helmuth Stampfer empfahl in dem Brief aber auch ... Ich denke, dass dies die Grundlage für die Gemeinde war, den Ensembleschutz aufzuerlegen; dies ist die Materie, zu der vorhin Landesrat Laimer Stellung genommen hat. Helmuth Stampfer schreibt dann Folgendes: *"Die Unterschutzstellung des Hauses kommt nicht in Frage, allerdings seien die Fassaden mit den erkerartigen Anbauten im öffentlichen Interesse und als solches auch zu erhalten, da sie seltene Zeugnisse darstellen"*. Nun ja. Denkmalschutz nein, aber erhalten, denke sich dazu jeder was er wolle. Das war der Brief von Helmuth Stampfer, der dem Besitzer offensichtlich Rechtssicherheit gegeben hat.

Dem Schreiben vorausgegangen war ein Lokalausweis, der im September 2007 erfolgt war. Wenn also auch der Denkmalschutz nicht auferlegt wurde, gehört das Gebäude, wenn man die Qualitäten in seinen Proportionen sieht, doch in den Bereich des Ensembleschutzes und dieser liegt, was seine Bestimmung und Ausführung betrifft, in der Verantwortung der Gemeinde Sexten. Stampfer hatte in seinem Brief auch von einer Erhaltung geredet.

Hans Heiss! Von einem Klassiker kann nicht die Rede sein, sonst wäre der Bau auch von seiner architektonischen Valenz von der Architektenkammer erkannt worden, in deren Veröffentlichung zur Südtiroler Baukunst des 20ten Jahrhunderts er fehlt. Historisch ist belegt, dass das Hotel "Post" in Sexten vor allem das Produkt des Bauherrn Hans Stemmerberger, Ehemann von Monika Holzmeister, der Schwester von Clemens und somit Schwager des Architekten ist, der sich in der Gestaltung auch nicht von Holzmeister dreinreden ließ. Gesichert ist somit, aus heutiger Sicht, die Planung durch Holzmeister, zudem Kompromisse zugunsten des Bauherrn, nicht aber die be-

gleitete Ausführung. Da es nur Fassadenentwürfe gibt, kann nicht gesagt werden, inwieweit Holzmeister auch für den Innenbau Anregungen gab. Das ist heute der Stand der Erkenntnis.

Aufgrund der expliziten Erklärung der negativen Denkmalwürdigkeit von Seiten der Abteilung im Oktober 2007 konnte der Besitzer den Neubau planen und die Gemeinde die Abbruchverfügung ausstellen. Das Hotel "Post" in Sexten gehört zweifelsohne zu den Bauprojekten Holzmeisters, kann aber nicht, wie beispielsweise das Hotel "Drei Zinnen" mit einer durchorganisierten Gestaltung aufwarten. Zum derzeitigen Standpunkt ist das Gebäude bereits entkernt, und zwar Täfelungen, Böden und Einrichtung entfernt; dies vor einer Woche.

Von den historischen Hotels, Hans Heiss, weil Sie mich nach weiteren Unterschutzstellungen gefragt haben, des späten Historismus der Jahrhundertwende und der Frühen Moderne sind derzeit nicht weniger als 27 Objekte unter Denkmalschutz gestellt, landesweit 27, davon in Sexten das Hotel "Drei Zinnen" und das Hotel "Innerkofler". Derzeit prüft die Denkmalpflege eine Unterschutzstellung des ehemaligen Hotels "Karersee".

Ich habe gestern in der Landesregierung protokollieren lassen, dass dem Bürgermeister empfohlen werden soll, das Projekt zumindest dem Landesbeirat für Baukultur vorzulegen. Ob er dies dann macht, kann ich nicht sagen.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich würde gerne replizieren. Frau Landesrätin! Landeskonservator Stampfer ist ein verdienstvoller Mann, keine Frage, er ist auch in der Kommission zur Bewertung historischer Gastbetriebe, aber hier hat er voll daneben gegriffen. Das muss man eindeutig sagen, denn sein Vorschlag, das Gebäude nicht unter Schutz zu stellen, widerspricht eindeutig den Vorschlägen seines eigenen Amtes, sprich Zoneninspektor Außerhofer, der bereits 2006 vorgeschlagen hat, das Gebäude unter Schutz stellen zu lassen. Es ist bedauerlich, dass aus unerfindlichen Gründen der ex-Landeskonservator Stampfer - der Titel "Landeskonservator" ist inzwischen verboten – es, leider Gottes, verabsäumt hat, das Gebäude unter Schutz stellen zu lassen. Ich bedauere auch, dass dies sein Nachfolger nicht aufgegriffen hat und jetzt dieses qualitätsvolle Haus offenbar den Bach hinuntergeht, nicht ohne noch fünf Autos vorher zu beschädigen. Das ist vielleicht die späte Rache der Geschichte.

Ich möchte zusätzlich sagen, dass die Aussagen, das Ganze sei nicht original von Holzmeister, nicht stimmig, absolut nicht zutreffen. Es gibt ein Werkverzeichnis von Holzmeister, von Monika Knofler seit 1976 erstellt, das ungefähr 700 Bauwerke Holzmeisters auflistet. Monika Knofler betreut seitdem – sie ist Mitarbeiterin an der Akademie der bildenden Künste in Wien – dieses Werkverzeichnis und unter Nr. 17 ist der Holzmeisterbau in Sexten aufgelistet. Damit ist nicht genug. Ich habe Frau Knofler am Wochenende angeschrieben und sie gebeten, Auskunft darüber zu geben, ob dieser Bau auf Holzmeister zurückginge. Sie hat mir wörtlich geschrieben, dass kein Grund bestehe. Das Hotel "Post", hat sie geschrieben, wurde im Jahre 1929 von Clemens Holzmeister ausgeführt und er hat es selbst in seinen Publikationen immer als sein Werk angegeben und da wäre er sehr genau. In der Gemeinde habe ich leider nicht recherchiert. Frau Knofler ist jedenfalls voll davon überzeugt, dass es sich um einen Holzmeister-Bau handelt. Aus dem Grund bedauere ich es außerordentlich und ersuche nach Möglichkeit, weitere Bauten in dieser historischen Moderne unter Schutz zu stellen. 27 sind bereits unter Schutz gestellt, aber wahrscheinlich ist das Doppelte noch ungeschützt. In der Hinsicht mein sehr tiefes Bedauern über diese Ortsbildverunstaltung.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 12/07/11 del 5.7.2011, presentata dal consigliere Tinkhauser, riguardante scuola serale per il conseguimento dell'esame di maturità. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): Erwachsene habe seit ca. 20 Jahren die Möglichkeit die Matura in Form eines Besuches einer Abendschule nachzuholen. Die Abendkurse dauern drei Jahre, wobei das 1. Kursjahr auf die Eignungsprüfung der ersten und zweiten Klasse und das 2. Kursjahr auf die Eignungsprüfung der dritten und vierten Klasse vorbereitet. Das 3. Kursjahr bereitet die Privatistinnen und Privatisten auf die staatliche Abschlussprüfung (Matura) vor.

An die Landesregierung werden folgende Fragen gerichtet:

1. Wie viele Erwachsene holen die Matura jährlich nach?
2. Wie viele sind italienischer Muttersprache?
3. Wie viele sind deutscher Muttersprache?
4. Wie viele sind ladinischer Muttersprache?
5. Wie hoch sind die Kosten aller Abendschulen?

KASSLATTER MUR (Landesrätin für deutsche Schule, Denkmalpflege, Bildungsförderung, deutsche Kultur und Berufsbildung – SVP): Kollege Tinkhauser! Ich kann jetzt nur für mein Bildungsressort antworten, den Rest der Fragestellung müssten meine Kollegen übernehmen.

Wir bieten an mehreren Orten im Land jedes Jahr drei Kursjahre an. Das sind die Kursjahre, die erforderlich sind, um einen fünfjährigen Oberschulzyklus bis zur staatlichen Abschlussprüfung zu vollenden und haben insgesamt 270 Schüler und Schülerinnen. In den letzten sechs Jahren hatten wir 340 Schüler und Schülerinnen mit positivem Abschluss, also durchschnittlich 56 bis 57 Schüler und Schülerinnen schließen jedes Jahr positiv ab. Die Kosten der deutschen Abendschulen des Landes – ich nehme einmal an, dass unsere Abendschulen von Angehörigen deutscher Muttersprache besucht werden, denn ich kann es Ihnen nicht statistisch beweisen – belaufen sich auf 1,1 Millionen Euro. Zusätzlich müssen unsere Kursbesucher und Kursbesucherinnen, im Unterschied zum italienischen Schulbetrieb, der dies offensichtlich mit eigenem Personal abwickelt - dazu sind wir nicht in der Lage - an die 1.000 Euro, glaube ich, aus der eigenen Tasche bezahlen, um die Abendschule besuchen zu können. Im Normalfall sind es Menschen, die gewillt sind, diesen Abschluss nachzuholen. Es ist ganz schön anstrengend, berufsbegleitend über Jahre hinweg, an allen Wochentagen ab 6 Uhr abends noch einmal die Schule zu besuchen und aus der eigenen Tasche dafür Geld aufzuwenden. Wir haben in der Landesregierung einige Male über diesen Kostenfaktor und darüber diskutiert, ob wir es abschaffen sollen. Wir sind aber doch der Meinung, dass, solange es Interessierte an diesen Kursen gibt, wir sie anbieten sollten. Der Mensch soll die Gelegenheit haben, einen Studienabschluss nachzuholen, wenn er es möchte. Wir könnten eventuell die Angebote in den Orten reduzieren, dass wir in gewissen Tälern nichts mehr anbieten, was auch problematisch ist. Wenn Menschen in den Tälern wohnen und jeden Abend nach Bozen kommen müssen, dann ist dies auch sehr aufwendig.

Das ist die Situation in meinem Bildungsbereich. Ich weiß nicht, ob dies Landesrat Mussner in seinem Bereich überhaupt anbietet.

TOMMASINI (Assessore alla scuola italiana, alla cultura e formazione professionale italiana e all'edilizia abitativa – Partito Democratico/Demokratische Partei): Ho qui la pagina con i dati richiesti che sono felice di fornire ai consiglieri e sostanzialmente per quanto riguarda l'intendenza scolastica italiana per quanto attiene ai corsi serali nel 2008/2009 ci sono stati 139 scrutinati, nel 2009/2010 119 scrutinati, nel 2010/2011 106 scrutinati. Per quanto riguarda l'esame di stato nel 2008/2009 hanno superato l'esame di stato in 120, nel 2009/2010 hanno superato l'esame di stato in 1010. I costi delle scuole serali in lingua italiana rispecchiano quelli delle analoghe strutture diurne consistenti in particolare nelle spese destinate al personale insegnante. Questi sono comunque i nostri numeri, io li consegno volentieri all'interrogante.

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): Ich bedanke mich für die Antworten. Zur italienischen Schule. Wenn es 130, 119, 106 Schülerinnen und Schüler sind, dann, glaube ich, kann es nicht ganz stimmen, dass 100 jeweils den Abschluss machen oder habe ich es falsch verstanden? Vielleicht können Sie mir die Antwort schriftlich geben. Wenn es in drei Jahren insgesamt 139, 119 und 106 Schülerinnen und Schüler sind, dann, glaube ich, werden es wahrscheinlich, im Anteil auf drei Jahre aufgeteilt, 30 und nicht 100 sein, aber das macht nichts.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 29/07/11 del 7.7.2011, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante la cura del diabete. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

ARTIOLI (Lega Nord): Il diabete é una patologia che oltre a causare conseguenze sanitarie quali alto rischio e danno d'organo, provoca un sensibile carico psicologico sui pazienti affetti da tale malattia. Si interroga il presidente della giunta e l'assessore competente se il servizio sanitario provinciale preveda un affiancamento, presso i centri specialistici abilitati alla cura del diabete, di uno specialista psicologo.

THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP): In Bezug auf die Anfrage sei darauf hingewiesen, dass die psychologischen Dienste die Diabetikerzentren auf Landesebene im Falle der Behandlung von Menschen mit Diabetes unterstützen, beraten und diesen zur Seite stehen. Dieses Angebot wird sicherlich noch weiter ausgebaut, vor allem für Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern. Wir arbeiten hier auch sehr eng mit beiden Vereinigungen im Lande, dem Südtiroler Diabetikerbund und dem Verein der jungen Diabetiker zusammen. Besonders am Krankenhaus Bozen versuchen wir, auch weil dort das landesweite Bezugszentrum

besteht und die Nachfrage in heiklen Fällen am größten ist, den Einsatz von Psychologen zu potenzieren. Ich gebe Ihnen dann auch noch einen Überblick, was in den einzelnen Bezirken heute schon geschieht.

ARTIOLI (Lega Nord): Replico. Purtroppo le giovani famiglie non vengono assistite dall'assistenza psicologica quando succede un caso di diabete nelle famiglie. So che l'ospedale di Bolzano sta raccogliendo le firme nel reparto per riuscire ad avere uno psicologo anche per i bambini e le famiglie che devono affrontare questa malattia. La preghiera di approvare questo metodo, a Verona c'è già da anni, è importantissimo che anche in Alto Adige si dia sostegno alla famiglia quando il caso di diabete viene diagnosticato, perché è comunque uno shock per la famiglia, la quale deve assolutamente capirla, perché è una malattia cronica incurabile, quindi è chiaro che bisogna assistere la famiglia in questo percorso di accettazione. So che il centro diabetico in questi giorni sta facendo dei sondaggi dove chiese se si è d'accordo o meno al servizio psicologico, perché vogliono chiedere a Lei, assessore, di metterlo a regime anche in Alto Adige. Credo che sia da sostenere e sono fiduciosa che Lei intraprenderà questa strada per le famiglie.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 32/07/11 del 7.7.2011, presentata dai consiglieri Klotz e Knoll, riguardante GECT – Euregio Tirolo. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Mit der Gründung der EVTZ verknüpfen viele Bürger die Hoffnung einer intensiveren Zusammenarbeit der Tiroler Landesteile. Mit Verwunderung wurden daher die Aussagen des Süd-Tiroler EU-Parlamentariers Herbert Dorfmann zur Kenntnis genommen, welcher behauptete, dass durch die EVTZ keine wirkliche Europaregion Tirol entstehen würde, sondern lediglich eine punktuelle Kooperation, wie beispielsweise zur Errichtung einer gemeinsamen Kläranlage.

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Einschätzung des EU-Parlamentariers Dorfmann zur EVTZ?
2. Welche konkreten Projekte werden von der EVTZ umgesetzt?
3. Wann werden die ersten Projekte der EVTZ umgesetzt?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Es gibt keine EVTZ-Europaregion Tirol, sondern eine Europaregion Tirol mit dem Bundesland Tirol, Südtirol und Trentino. Es ist natürlich klar, dass es dabei nicht um ein neues politisches Gebilde geht. Sie wissen, dass in den Statuten und auch in den diesbezüglichen Vorschriften von Seiten der entsprechenden EU-Richtlinien ausdrücklich drinnen steht, dass man keine politische Aufgabe in der Form verwenden kann, dass es ein neues politisches Gebilde und somit auch keine neue Gebietskörperschaft ist, sondern im Lissabonner-Vertrag vom 10. Dezember 2007 wurde den Grenzregionen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Es wird gesagt, man sollte innerhalb dieser Gebiete zusammenarbeiten. Die Europaregion Tirol, wie Sie es bezeichnen, ist das Gebilde, innerhalb welchem die Regionen, nämlich die Länder Tirol, Südtirol und Trentino beschlossen haben, zusammenzuarbeiten. Sie haben ihren Willen zum Ausdruck gebracht, dass wir trotz der bestehenden Grenze zusammenarbeiten, und das ist durch die Richtlinie von Seiten der EU aus dem Jahre 2006 genehmigt worden. Das bedeutet, dass wir heute die Möglichkeit haben, verbindliche Beschlüsse zu machen, aber nicht, dass wir eine Gebietskörperschaft sind. Wir sind eine Einrichtung öffentlichen Rechts, aber keine Gebietskörperschaft in der Form, dass wir ein souveränes Gebilde sind, das nicht. Wir haben aber die Möglichkeit, dass wir zusammenarbeiten können.

Was die verschiedenen Aufgaben anbelangt, kann ich sie Ihnen jetzt in zwei Minuten nicht aufzählen, aber wenn Sie wollen, dann gebe ich Ihnen gerne die betreffenden Unterlagen. Wir können jetzt aber natürlich noch nicht sagen, welche einzelnen Projekte durchgeführt werden, denn Sie wissen, dass wir zunächst einmal die Zustimmung von Innsbruck und auch von Rom bekommen haben, dass wir erst jetzt die entsprechenden Unterschriften gemacht haben. Jetzt können die einzelnen Landtage die Namhaftmachung der einzelnen Mitglieder vornehmen. Wir und Nordtirol haben sie bereits gemacht. Das Trentino hat sie noch nicht vorliegen. Sobald wir die diesbezüglichen Vertreter haben, werden wir die erste Sitzung abhalten. Bei dieser Sitzung wird dann die Konstituierung offiziell erfolgen und dann werden die entsprechenden Programme erarbeitet. Wir haben entsprechende Vorschläge ausgearbeitet. Wenn Sie wollen, dann kann ich sie Ihnen gerne aushändigen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Bedeutet dies, dass die EVTZ derzeit noch keine Programme vorgesehen hat? Es gibt also noch keine Programme, bei denen man sagen könnte, dass dies in nächster Zeit als EVTZ angegangen oder umgesetzt wird. Sie haben selber gesagt, dass im Grunde genommen noch nicht einmal die Vertreter ernannt worden sind. Verstehe ich es richtig? Sie haben selber gesagt, dass die EVTZ keine Europa-

region Tirol ist. Ich möchte wissen, warum man dann hergegangen ist und gesagt hat – von den Medien ist es so wiedergegeben worden -, dass mit der EVTZ die Europaregion Tirol mit Leben gefüllt werden kann. Das war die Aussage, die von verschiedenen politischen Vertretern nicht nur in Südtirol, sondern auch in Nordtirol getroffen wurde. Deshalb möchte ich wissen, ob es die Landesregierung so sieht wie der EU-Parlamentarier Dorfmann, dass es im Grunde genommen wirklich keine Europaregion Tirol ist, die mit Leben gefüllt werden kann, sondern es hier nur um kooperative Zusammenarbeit geht. Er hat das Beispiel der Kläranlage gebracht; dies ist jetzt sicherlich nicht gerade die attraktivste Form, aber auch eine Form der Zusammenarbeit. Sieht es die Landesregierung dann auch so?

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Wir haben auf diese Art und Weise, dass wir durch diese Einrichtung der Europaregion ... Sie heißt ja nicht Europaregion Tirol, sondern durch diese Europaregion ist es nicht so, dass wir das alte Tirol wiederhergestellt hätten, die morgen vielleicht eine gemeinsame Regierung, einen gemeinsamen Landtag haben wollen, sondern wir wollen innerhalb dieses alten Tirols zusammenarbeiten. Ich glaube, dass dies ein großer Fortschritt ist. Alle Europaregionen in Grenzgebieten bilden keine neuen Gebietskörperschaften oder souveräne Gebilde und somit auch diese nicht, sondern sie ist im Sinne der EU-Richtlinien errichtet, dass wir in diesem Gebiet grenzüberschreitend zusammenarbeiten wollen, und zwar in all jenen Bereichen, in denen wir gemeinsame Aufgaben sehen. Deswegen, glaube ich, kann man nicht sagen, dass jetzt das alte Tirol wiederhergestellt worden ist, wohl aber ist es eine Europaregion im Sinne der Richtlinie aus dem Jahr 2006.

PRESIDENTE: L'interrogazione n. 14/07/11 non può essere trattata, causa l'assenza giustificata dell'assessore Widmann.

Passiamo all'**interrogazione n. 23/07/11** del 7.7.2011, presentata dai consiglieri Heiss e Dello Sbarba, riguardante centro di storia regionale: a quando i concorsi per direzione e collaboratori? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Am 20. Februar 2010 angekündigt, erfolgte am 18. Februar 2011 der operative Startschuss für das seit langem geplante „Zentrum für Regionalgeschichte“. Dieses wird, so die Bekundung von LR in Kasslatter-Mur und LH Durnwalder, an der Freien Universität Bozen angesiedelt, wie auch der anwesende Uni-Präsident Prof. Bergmeister versicherte. Bald fünf Monate nach der feierlichen Ankündigung ist das auf kurze Frist anberaumte Berufungsverfahren für die Direktion und die drei wissenschaftlichen Mitarbeiter noch nicht ausgeschrieben, geschweige denn ein Ort und Aktivitätsbeginn des künftigen Instituts fest gelegt. Im Vergleich mit anderen Forschungsinstitutionen vollzieht sich diese Gründung sehr schleppend, obwohl ihre Präsenz - wie die geschichtspolitischen Debatten zwischen „Feuernacht“ und „Landlibell“ belegen - bitter notwendig wäre.

Daher richten wir folgende Fragen an die Südtiroler Landesregierung:

- Ist die Berufungskommission für das Auswahlverfahren der Direktion und der Mitarbeiter ernannt, wann tritt sie in Aktivität?
- Ist ein wissenschaftlicher Beirat nominiert?
- Gibt es einen Starttermin des „Zentrums f. Regionalgeschichte“?

KASSLATTER MUR (Landesrätin für deutsche Schule, Denkmalpflege, Bildungsförderung, deutsche Kultur und Berufsbildung – SVP): Mit Schreiben vom 1. Juli hat Präsident Konrad Bergmeister jene Institutionen, die im Fachbeirat des Zentrums vertreten sind, nämlich die Universitäten von Innsbruck, Bozen, Trient, die Arbeitsgruppe "Geschichte Region" und das Südtiroler Landesarchiv dazu aufgefordert, innerhalb 29. Juli ihre Vertreter offiziell zu benennen. Es hat natürlich Vorgespräche gegeben. Es ist dann Aufgabe des Fachbeirates, die Rekrutierungsprofile für die Leitung des Zentrums und das wissenschaftliche Personal zu entwickeln und im Einvernehmen mit dem Rektor und dem Präsidenten der Uni das Auswahlverfahren abzuwickeln. Ich hoffe, ebenso wie Sie, dass dies noch heuer über die Bühne geht, aber solche Nominierungen, Nachfragen und Vertretungsernennungen nehmen oft an Universitäten nicht zwei Wochen, sondern zwei bis drei Monate in Anspruch. Dies ist mittlerweile meine Erfahrung. Sie nicken, also glauben wir dasselbe. Ich hoffe, dass es heuer über die Bühne geht, weil ich davon ausgehe, dass dieser Fachbeirat im Spätsommer, Frühherbst zusammen tritt. Wenn Konrad Bergmeister bis Ende Juli die Namen hat, dann hoffe ich, dass er ihn im September einberuft, nachdem im August Sommerferien sind, dass der Fachbeirat dann bei seiner ersten oder zweiten Sitzung Rekrutierungsprofile

erstellt, erarbeitet und das Prozedere, ob die Termine für das Auswahlverfahren der Leitung des Zentrums vereinbart wird, auf dass der Uni-Verwaltungsapparat übernehmen kann in seinem Verfahren. Das Zentrum muss seine Tätigkeit im nächsten Jahr aufnehmen, je früher desto besser.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Frau Landesrätin! Ich muss Ihnen noch nachholend Glück wünschen zur Ernennung der Ehrensensatorin von der Universität Innsbruck. Dies ist sozusagen auch eine akademische Verpflichtung und nicht nur eine Ehre. Jedenfalls herzliche Gratulation!

Wie Sie haben durchklingen lassen, ist das Ganze in der Vorgehensweise natürlich sehr schleppend. Ich weiß, dass sich Uni-Präsident Bergmeister der causa persönlich angenommen hat, aber er hat sehr vieles zu schultern zwischen Uni, BBT und insofern sehr viele Probleme zu meistern, aber es wäre schon ganz wesentlich, wenn er vielleicht an der Universität – regen Sie das an – jemanden operativ delegiert, der das Ganze durchzieht. Es wird wichtig sein, dass dort ein Verantwortlicher oder eine Verantwortliche das Ganze vorantreibt, denn sonst wird es bis zum Sankt Nimmerleinstag werden. Ich bin überzeugt, dass die Ausschreibung, wenn sie in dem Tempo weitergeht, vielleicht bis zum Ende der Legislatur erfolgt, weil das Ganze extrem lange dauert. Es ist angekündigt worden, die Ausschreibung erfolgt in wenigen Wochen. Jetzt haben wir bereits Sommer und jetzt soll sich der Beirat mühsamst zusammenfinden und es wäre schon wichtig, dass diese Institution ins Leben gerufen wird. Ihre Notwendigkeit ist allseits anerkannt. Ich weise auch darauf hin, Frau Landesrätin, dass an der Universität in Innsbruck der Zeitgeschichtelehrstuhl vakant ist, dass damit auch die Zeitgeschichte künftig voraussichtlich in Hände kommen wird, denen die Zeitgeschichte unserer Region Trentino/Südtirol und Tirol nicht so sehr naheliegend sein wird. Davon kann man ausgehen. Der Lehrstuhl ist mit europäischem Schwerpunkt ausgeschrieben. Ich glaube nicht, dass ein Gelehrter den Lehrstuhl annimmt, der sich unserer Region besonders annimmt. Deshalb besonderer Wert für dieses Institut, besondere Verantwortung und ich bitte Sie in Hinblick auch auf Ihre Doppel-funktion als Landesrätin und Senatorin das Ganze im Blick zu halten. Danke schön!

PRESIDENTE: L'interrogazione n. 30/07/11 non può essere trattata, causa l'assenza giustificata dell'assessore Widmann. Verrà fornita risposta scritta entro i prossimi cinque giorni.

Passiamo all'**interrogazione n. 15/07/11** del 5.7.2011, presentata dal consigliere Egger, riguardante "quale tipo di indennità ricevono l'ex sindaco Christoph Gufler e il sig. Helmut Pinggera"? Prego di dare lettura dell'interrogazione.

EGGER (Die Freiheitlichen): Am 21. März 2011 hat die Südtiroler Landesregierung zur Überraschung einiger der betroffenen Gemeinden beschlossen, die Herren Christoph Gufler und Helmut Pinggera mit der Bekämpfung einer angeblichen Abwanderung aus 23 Gemeinden zu beauftragen. Dies, nachdem bereits am 14.2.2011 ein Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer entsprechenden Stelle / eines entsprechenden Projektes gefasst wurde. Aus der Beantwortung zweier Anfragen des Unterfertigten vom 16.2.2011 bzw. 28.3.2011 ging, hinsichtlich der vorgesehenen finanziellen Entschädigung für die beiden Herren, nur hervor, dass der „entsprechende Vertrag in Ausarbeitung“ sei (Antwort LH Durnwalder vom 14.4.2011 Prot. 1./11.04.01/228784).

An die Landesregierung ergehen in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Sind die entsprechenden „Arbeitsverträge“ nun ausgearbeitet und welche finanzielle Entschädigung ist für die Herren Gufler und Pinggera vorgesehen?
2. Welchen zeitlichen Rahmen bzw. welchen genauen Arbeitsaufwand beinhaltet der Auftrag für die beiden Herren?
3. Es wird, gleichzeitig mit der Beantwortung obiger Fragen, um die Aushändigung eine Kopie der beiden „Arbeitsverträge“ ersucht.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Wir müssen bei der Erarbeitung dieser Studie zwei Dinge berücksichtigen. Es müssen die Vorarbeiten gemacht und ein Konzept erarbeitet werden, welche Gemeinden in diese Gebiete hineinfallen. Es muss auch die Abgrenzung gemacht werden, damit wir eine effektive Studie für diese 20 oder 21 Gemeinden machen können. Diese Gemeinden sind gestern in der Sitzung der Landesregierung festgesetzt worden. Der Beschluss ist aber letzten Endes verschoben worden, weil einige Mitglieder der Landesregierung wollten, dass noch einige Fraktionen mit hineingenommen werden sollten wie zum Beispiel gerade Ihre Gemeinde Pfötsch, weil man gesagt hat, dass Brenner eine Gemeinde ist, sodass auch Pflersch und Gossensaß mit hineingenommen werden, aber die Gemeinde Sterzing kann nicht als solche mit hineingenommen werden,

aber die Gemeinde Pfitsch soll mit hineingenommen werden, um die Ursachen für ihren Bevölkerungsrückgang oder die wirtschaftlichen Schwierigkeiten festzulegen. So war es auch in anderen Gebieten.

Die Vorarbeiten sind mit einem Auftrag vergeben worden und für die Machbarkeitsstudie sind an Herrn Pinggera 25.000 Euro und Herrn Gufler 10.000 Euro bezahlt worden.

Aufgrund des Beschlusses der Landesregierung wird jetzt ein offizieller Wettbewerb ausgeschrieben werden, an dem sich alle beteiligen können, um diese Arbeiten ausführen zu können. Es ist eine genaue Beschreibung gemacht worden und diese Arbeiten sind bereits abgegeben worden. Somit ist jetzt der Vertrag fertig gestellt. Jetzt wird der Wettbewerb abgehalten und dann weiß ich nicht, wer zum Zuge kommt. Ich glaube aber, dass es die richtige Vorgangsweise ist, wenn man zuerst die Ausschreibungsbedingungen und nachher, aufgrund der Ausschreibung, die Bedingungen festlegt, die erfüllt werden müssen, ob ein Wettbewerb gemacht werden soll. Dieser Wettbewerb ist jetzt im Laufen. Er beginnt mit dem Datum, sobald die Landesregierung die entsprechenden Gebiete festgelegt hat.

EGGER (Die Freiheitlichen): Ich werde replizieren. Zum einen scheint es noch immer nicht ganz fix zu sein, wie viele Gemeinden von der sogenannten Abwanderung betroffen sind. Ursprünglich sprach man von 23 Gemeinden, jetzt scheint dies aber noch nicht ganz klar zu sein. Ich möchte dies jetzt nicht bewerten, vielleicht nur soviel: Irgendwann wird man doch einmal wissen, wie viele Gemeinden von der Abwanderung betroffen sind oder nicht. Wenn man ein halbes Jahr Arbeit hat, dies zu studieren, dann scheint mir das ein wenig übertrieben zu sein.

Viel wesentlicher als die reine Anzahl sind mir die beiden anderen Punkte, die ich in meiner Replik kurz ansprechen möchte. Das ursprüngliche Konzept, Herr Landeshauptmann, sah ganz anders aus. Ursprünglich wollte man den beiden Herren, nämlich dem Altbürgermeister Gufler und Helmut Pinggera den Auftrag geben, das gesamte Feld zu bearbeiten. Jetzt haben sie nur noch den Auftrag für die Vorarbeiten sozusagen. Man hat hier offensichtlich eine Kehrtwende gemacht und alles ein bisschen abgeändert, vielleicht ist es auch gut so.

Den Wettbewerb, den man jetzt für die eigentliche Tätigkeit machen will, finde ich richtig und er war ja auch in einer meiner ersten beiden Anfragen so vorgeschlagen. Ich habe nämlich gefragt, warum man keinen Wettbewerb mache. Mir wurde damals geantwortet, weil ich den Verdacht hatte, dass wieder einmal ein pensionierter Politiker, Altbürgermeister und Arbeitnehmerchef Gufler, wenn man es so will, zum Handkuss kommt. Ich habe den Vorschlag gemacht bzw. die Frage gestellt, warum man keinen Wettbewerb mache. Mir wurde damals dahingehend geantwortet, dass man hier zwei so qualifizierte Personen haben, weshalb beide den Auftrag bekommen. Ich stelle fest, dass man die Sache noch einmal gründlich überdacht hat, dass man die beiden Herren nur mit den Vorarbeiten beauftragt hat, die dafür recht ordentlich, und zwar mit insgesamt 35.000 Euro entschädigt wurden und dass man jetzt die Ausschreibung für die eigentliche Arbeit macht. Ich finde das richtig, nur hatte ich es bereits einmal vorgeschlagen und mir wurde es dann negativ beschrieben.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 31/07/11 del 7.7.2011, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante climatizzatore del centro anziani di Salorno. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

ARTIOLI (Lega Nord): Considerato l'arrivo della stagione estiva e delle punte massime di temperatura. Considerata la situazione che la scorsa estate constatava la mancanza di un impianto per l'aria condizionata nel centro anziani di Salorno;

si interroga il presidente della giunta e l'assessore competente se la situazione attuale preveda un impianto di aria condizionata già in funzione e come si intenda procedere per garantirlo in futuro.

THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP): Die sozialen Einrichtungen werden nicht direkt vom Land geführt, sondern von den jeweils zuständigen Trägerkörperschaften. Diese haben die besten Möglichkeiten abzuschätzen, welche Einrichtungsgegenstände, wie zum Beispiel die Klimaanlage für das Wohlergehen der Besucher und Bewohner gebraucht werden, um die entsprechenden Entscheidungen zu treffen.

In Ihrer Anfrage beziehen Sie sich auf das "Centro Anziani Salorno", wobei aufgrund einer entsprechenden Presseaussendung zu vermuten ist, dass es sich in Wirklichkeit um das Altersheim in Salurn handelt; das glauben wir. In diesem Fall ist das Altersheim und nicht das Land zuständig, das die Entscheidungen trifft, wenn solche Investitionen getätigt werden. Wenn sich die Trägerkörperschaft entscheidet, dann spricht sie sich in der Regel mit dem Land ab und dann gibt es auch entsprechende Beiträge.

ARTIOLI (Lega Nord): Replico. Le voglio ricordare che l'anno scorso mi è stato risposto che l'aria condizionata non c'era, che state aspettando di fare il nuovo centro anziani a Salorno, gli anziani in questo momento hanno i ventilatori e veramente muoiono di caldo, dato che tutte le finestre sono esposte al sole. Bisogna assolutamente trovare una soluzione, perché non c'è nulla.

PRESIDENTE: A questo punto i 120 minuti riservati per la trattazione delle interrogazioni su temi di attualità sono scaduti. Alle interrogazioni non trattate verrà fornita risposta scritta entro i prossimi cinque giorni.

Faccio presente che non essendovi punti istituzionali iscritti all'ordine del giorno inizia ora il tempo riservato all'opposizione che in base alla ripartizione proporzionale dei tempi fra opposizione e maggioranza durerà fino alle ore 15.15 della giornata di mercoledì. Di seguito verranno trattati i punti della maggioranza.

Passiamo al punto 2) dell'ordine del giorno, mozione n. 221/10.

Ricordo che la trattazione della mozione è stata sospesa nella seduta del 30.6.2010 e che è appena stato presentato un emendamento che deve ancora essere tradotto. Pertanto sospendo temporaneamente la trattazione della mozione.

Punto 3) dell'ordine del giorno: **"Voto n. 19/11 del 3.6.2011, presentata dai consiglieri Leitner, Egger, Mair, Stocker S. e Tinkhauser, riguardante riconoscimento nei contratti collettivi del periodo di maternità come periodo di lavoro"** (continuazione).

Punkt 3 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 19/11 vom 3.6.2011, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Egger, Mair, Stocker S. und Tinkhauser, betreffend Mutterschaft als Dienstzeit in Kollektivverträgen anrechnen"** (Fortsetzung).

Ricordo che su questo punto c'è già stato un ampio dibattito e che è stato ora presentato un emendamento sostitutivo da parte dei consiglieri Leitner, Tinkhauser, Egger, Mair e Stocker S. di cui do lettura:

"Riconoscimento della maternità ai fini pensionistici

Sempre più donne cadono in povertà, ma sono poche le misure efficaci che vengono adottate. Delle circa 18.000 persone che in Alto Adige devono tirare avanti con una pensione di meno di 400 euro, 15.000 sono donne. Anche fra le donne che lavorano cresce il numero di coloro che sono vicine alla soglia di povertà o addirittura sotto.

Le quote rosa nei consigli di amministrazione e nei collegi sindacali non aiutano veramente le donne e interessano solo una piccola parte di esse. Negli ultimi tempi la politica a favore delle donne non ha compiuto passi fondamentali.

Molti lavori tipicamente femminili sono mal retribuiti ed è da qui che si dovrebbe iniziare a intervenire per migliorare concretamente la condizione delle donne minacciate dalla povertà. Proprio le professioni del terziario e quelle socio-sanitarie, che sono quelle svolte prevalentemente da donne, offrono basse prospettive di reddito, pur essendo particolarmente importanti per la nostra società.

Un altro problema è costituito dal fatto che il congedo per maternità è riconosciuto ai fini pensionistici per un massimo di undici mesi. Per questo motivo servono norme che favoriscano il ritorno al lavoro delle donne dopo il periodo di assenza per maternità.

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
sollecita

il Governo e il Parlamento a creare le basi giuridiche, affinché vengano riconosciuti ai fini pensionistici due anni di congedo per maternità per figlio.

Anrechnung der Mutterschaft für die Rente

Immer mehr Frauen sind von Armut betroffen, wirksame Maßnahmen dagegen werden jedoch kaum gesetzt. Von den rund 18.000 Personen, die in Südtirol mit einer Rente von weniger als 400 Euro auskommen müssen, sind 15.000 Frauen. Auch bei den berufstätigen Frauen driften immer mehr an oder unter der Armutsgrenze dahin.

Frauenquoten in Verwaltungs- und Aufsichtsräten helfen den Frauen nicht wirklich und betreffen eine geringe Anzahl. Meilenstein in der Frauenpolitik wurde in letzter Zeit keiner gesetzt.

Viele typische Frauenberufe sind sehr schlecht bezahlt. Dort müsste man ansetzen, um eine echte Verbesserung für genau jene Frauen zu erreichen, die von Armut bedroht sind. Gerade Dienstleistungs- und Pflegeberufe

rufe, in denen überdurchschnittlich viele Frauen arbeiteten, bieten schlechte Einkommenschancen, obwohl sie besonders wichtig für unsere Gesellschaft sind.

Ein weiteres Problem ist, dass Mutterschaftszeiten höchstens elf Monate für die Rente angerechnet werden. Daher sind Regelungen nötig, die Frauen nach der Karenz die Rückkehr in den Arbeitsprozess erleichtern.

Der Südtiroler Landtag
fordert

die Regierung und das Parlament in Rom auf, die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass zwei Jahre Mutterschaftszeit pro Kind für die Rente angerechnet werden."

Apro il dibattito su questo emendamento sostitutivo. La parola al consigliere Leitner.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Wir haben bereits das letzte Mal über diesen Begehrensantrag diskutiert. Aufgrund der Diskussion und aufgrund von Vorschlägen vor allem aus den Reihen der Südtiroler Volkspartei haben wir einige Argumente aufgegriffen und einen Ersetzungsantrag eingereicht. Nachdem ich mir vorstellen kann, dass es in Bezug auf die Prämissen Einwände geben wird, möchte ich jetzt schon eine getrennte Abstimmung über die Prämissen und den beschließenden Teil beantragen.

Hauptsächlich geht es natürlich um den beschließenden Teil. Das Parlament und die Regierung sollen aufgefordert werden, die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass zwei Jahre Mutterschaftszeit pro Kind für die Rente angerechnet werden. Wir haben gerade in den letzten Wochen sehr viel über Familien- und Frauenpolitik geredet. Die Studie über die Armut hat ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass Frauen in besonderer Weise von Armut betroffen sind. Wir kennen die gesamte Rentensituation, die mehr als unbefriedigend ist, wobei in besonderer Weise jene Frauen benachteiligt sind, die viele Kinder aufgezogen haben und nicht berufstätig waren bzw. nicht die notwendigen Versicherungszeiten nachweisen können, um eine angemessene Rente zu bekommen. Es sollte doch möglich sein, dass die Politik hier einen Ausgleich schafft und jenen hilft, die sich in besonderer Weise für die Allgemeinheit nützlich gemacht haben. Wenn es schon nicht möglich ist, Hausfrau als Beruf anzuerkennen, sollte man zumindest jene Maßnahmen setzen, die möglich sind, um den Familien, vor allem aber den Frauen entgegenzukommen. Es ist natürlich schwierig, diesen Staat zu etwas zu verpflichten, und die Landesregierung wird nicht zugeben, dass der Staat pleite ist. Deshalb ist klar, dass man aus diesem Staat nicht viel Geld herauspressen kann, aber die Anerkennung der Mutterschaftszeiten ist eine Notwendigkeit, die natürlich auch Geld kostet. Es geht um das richtige Einsetzen von Geld und darum, in die Zukunft zu investieren. Wenn Mutterschaftszeiten anerkannt werden, dann werden eher die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich Familien überhaupt noch Kinder leisten können. Wenn wir Studien Glauben schenken können, so sagt der Großteil der jungen Leute, dass Familie wichtig ist und Kinder wünschenswert sind, aber man muss es sich leisten können. Deshalb ersuche ich um Zustimmung zu diesem Begehrensantrag.

UNTERBERGER (SVP): Sie haben auf meine Anregung hin einige Korrekturen vorgenommen, sodass der beschließende Teil des Begehrensantrages jetzt rechtlich korrekt formuliert ist. Wir haben das letzte Mal darauf bestanden, dass der Seitenhieb auf Frauenquoten und auf die sonstige Frauenpolitik, die mit diesem Thema eigentlich nichts zu tun hat, aus den Prämissen entfernt wird. Sie sind diesem Wunsch nicht nachgekommen, weshalb wir den Prämissen nicht zustimmen werden. Dem beschließenden Teil stimmen wir hingegen zu, weil es auch ein Anliegen der Südtiroler Volkspartei und der gesamten Frauenbewegung ist, dass mindestens zwei Jahre der Mutterschaftszeiten für die Rente angerechnet werden.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich verzichte auf die Replik, möchte aber noch einmal den Vorschlag einer getrennten Abstimmung über Prämissen und beschließenden Teil unterbreiten.

PRESIDENTE: Va bene.

Allora votiamo prima le premesse: respinte con 12 voti favorevoli e 16 voti contrari.

Votiamo la parte impegnativa: approvata all'unanimità.

Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: DDr.ⁱⁿ Julia Unterberger

PRÄSIDENTIN: Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

Punkt 4 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 254/10 vom 11.10.2010, eingebracht vom Abgeordneten Minniti, betreffend experimentelle Behandlung der Multiplen Sklerose**".

Punto 4) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 254/10 dell'11.10.2010, presentata dal consigliere Minniti, riguardante sperimentazione contro la sclerosi multipla"**.

In Italien leiden nahezu 60.000 Menschen an Multipler Sklerose, eine Invalidität verursachenden Krankheit, für die es keine Heilung versprechende Therapien gibt. Leider sind auch in Südtirol mehrere Menschen, von dieser Krankheit betroffen, die auch die Familienangehörigen der Erkrankten hart trifft.

Die für MS-Patienten bestimmten Therapien (es handelt sich dabei um Palliativ- und nicht um Heiltherapien) erfordern sehr teure Medikamente, die für jeden einzelnen Kranken mit monatlich 1200 € für Interferon bzw. 3000 € für Tysburt zu Buche schlagen. Das Land Südtirol hat für MS-Kranke das Medikament Sativex zur Verfügung gestellt, wobei dessen Beschaffung eher problematisch ist. Schlussendlich werden in Italien rund 400 Millionen Euro für Therapien ausgegeben, die leider zu keiner Heilung führen.

Prof. Paolo Zamboni, Gefäßchirurg an der Universität Ferrara, hat bei seiner ebenfalls an MS erkrankten Frau Schwierigkeiten bei der Blutzirkulation an der Halsvene festgestellt, weshalb der normale Blutfluss vom Gehirn zum Herz behindert wird. Diese Blockade führt zu einer Eisenansammlung an den Wänden der verstopften Vene, die zur Entstehung von freien Radikalen führt, die dann eine Entzündung des Gehirns bewirken und ausschlaggebend für die Ablagerungen der Multiplen Sklerose sind. In der Tat sind die Ablagerungen immer rund um die Vene vorzufinden. Anscheinend ist der Eingriff zur Wiederherstellung des normalen Blutflusses, der auch "the liberation procedure" (Befreiung) genannt wird, ein minimalinvasiver gefäßchirurgischer Eingriff, der im Day Hospital durchgeführt wird und rund 3.100 € kostet; besagte "liberation procedures" haben immer zu einer Verbesserung der Lebensqualität von MS-Patienten geführt. Vorteilhafte Nebenwirkungen des Eingriffs sind eine bessere Gesichtsfarbe, geringere Müdigkeit sowie bessere Kontrolle der Schließmuskel (Blase und After), eine Verbesserung der Motorik und der Sinnesorgane, besseres Sehvermögen und Gedächtnis. Diese Therapie kommt schon heute in Polen, Jordanien, den USA, Kuwait, Bulgarien, Frankreich, Deutschland, Indien, Nordirland und Serbien häufig zum Einsatz. In Italien hat die Region Sizilien am 25. Februar 2010 Prof. Zamboni um seine Einverständnis ersucht, damit den sizilianischen Medizinern das erforderliche Wissen vermittelt wird, um in ihren Einrichtungen diese Eingriffe vornehmen zu können; auch die Region Apulien hat sich am 25. März 2010 mit Prof. Zamboni in Verbindung gesetzt, um ein Therapieprojekt in ihren Gesundheitseinrichtungen durchführen zu können.

All dies vorausgeschickt,

verpflichtet der
SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung, jedwede Initiative zu ergreifen, die darauf abzielt, in Südtirol ein Protokoll, das sogenannte "Zamboni-Protokoll", zur Anwendung zu bringen, das die Angioplastie bei chronisch zerebrospinaler venöser Insuffizienz als experimentelle Behandlung der Südtiroler MS-Patienten vorsieht.

In Italia risultano essere quasi 60.000 le persone affette da sclerosi multipla, malattia invalidante per la quale non esistono percorsi terapeutici che portino alla cura. Anche il Alto Adige purtroppo diverse sono le persone colpite da questa malattia che coinvolge pesantemente anche le famiglie dei pazienti.

Le terapie (di fatto palliative e non curative) offerte ai malati di sclerosi multipla, prevedono farmaci costosissimi, dai 1200 euro dell'interferone ai 3000 euro del Tysburt al mese, per malato. In questo contesto, la Provincia di Bolzano ha messo a disposizione delle persone affette da tale patologia il Sativex, con le molte problematiche che il reperimento del farmaco comunque comporta. In definitiva si stimano in circa 400 milioni di euro in Italia i costi per cure che purtroppo non porta alla guarigione. Il prof. Paolo Zamboni, chirurgo vascolare dell'università di Ferrara, per cercare di curare la moglie affetta da sclerosi multipla, ha individuato dei problemi di circolazione alle vene del collo, che bloccano il normale percorso del sangue dal cervello al cuore. Tale blocco, provoca un accumulo di ferro sulle pareti della vena occlusa, che a sua volta genera radicali liberi, che infiammano il cervello e determinano le placche della sclerosi multipla. Infatti tutte le placche si localizzano sempre intorno ad

una vena. A quanto risulta, l'intervento per ripristinare il normale flusso sanguigno, denominato "liberazione", è un intervento mini invasivo di angioplastica dilatativa da eseguirsi in day hospital, con costi di circa 3100 euro; tali "liberazioni" hanno portato sempre a una migliore qualità di vita dei malati di sclerosi multipla. Tra i benefici riscontrati si registrano una diversa colorazione in volto, una sostanziale diminuzione della fatica e un maggiore controllo sfinterico (viscicale e anale), un miglioramento delle funzioni motorie e sensoriali, una ripresa dell'acutezza visiva e della memoria. Questa terapia è già praticata su larga scala in Polonia, Giordania, Usa, Kuwait, Bulgaria, Francia, Germania, India, Irlanda del Nord e Serbia. Sul fronte nazionale, la regione Sicilia, in data 25/02/2010, ha richiesto al prof. Zamboni un protocollo d'intesa per trasferire il know how necessario ai professionisti siciliani, per operare presso le proprie strutture sanitarie, mentre la regione Puglia, in data 25 marzo 2010, si è attivata presso il prof Zamboni per avviare un progetto di cura presso le proprie strutture sanitarie.

Tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna

la Giunta provinciale a intraprendere ogni iniziativa volta a elaborare nella Provincia autonoma di Bolzano il protocollo per la sperimentazione del trattamento di angioplastica dilatativa per la CSVI, meglio conosciuto come "protocollo Zamboni", nella cura della sclerosi multipla per i pazienti altoatesini affetti da tale patologia.

Herr Abgeordneter Minniti, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

MINNITI (Il Popolo della Libertà): La tematica che si sottopone con questa mozione è stata più volte affrontata dal Consiglio provinciale e in diverse occasioni è stata anche affrontata con molta serietà dall'assessore competente e dal suo assessorato. Questo lo devo sottolineare. Il problema della sclerosi multipla è stato "nascosto" per tanti anni, nel senso che molti nostri concittadini hanno subito l'aggressione di questa patologia in maniera per tanto tempo silenziosa. È poi emersa grazie anche al coraggio di tutte le persone che sono state colpite da questa patologia e che in più occasioni è stata al centro del dibattito proprio in quest'aula. Di recente non possiamo dimenticare l'interesse del Ministero della salute e dell'assessorato competente nel fornire agli affetti da questa patologia quel farmaco, Sativex, che viene dato loro per alleviare i dolori prodotti dai crampi che la malattia provoca, così come la possibilità comunque di creare una qualità della vita certamente migliore per quanto riguarda tutte queste persone.

Di recente la medicina anche privata ha individuato in un metodo definito "metodo Zamboni" non una soluzione, perché purtroppo non vi è soluzione liberatoria alla malattia, che non può essere allo stato attuale curata, ma comunque come soluzione per allungare la possibilità di vita e la drammaticità stessa della malattia nell'individuo. Il "metodo Zamboni" non lo spiego, visto che tutti coloro che hanno avuto in qualche maniera relazione con gli organi di informazione soprattutto nel settore medico sanno benissimo di cosa si tratta, viene purtroppo utilizzato poco nel nostro Paese, anche se bisogna ammettere che in alcune aziende sanitarie ciò viene adottato come sistema, come protocollo in prova. La stessa organizzazione mondiale della sanità è interessata ad una soluzione di questo genere, senza ovviamente creare ufficialmente quelle aspettative che non solo i parenti dei malati ma gli stessi malati hanno nei confronti di questo ulteriore protocollo.

Conosco diversi altoatesini che sono "costretti" a farsi adottare questo protocollo magari dalle parti di Reggio Emilia dove appunto viene svolto questo metodo Zamboni. È un protocollo che peraltro ha i suoi costi se svolto privatamente come in questi caso, senza riuscire ad avere dei rimborsi anche solo parziali per un intervento di questo genere.

Con questa mozione si propone di adottare questo metodo o comunque di intraprendere una iniziativa per elaborare anche nella nostra provincia l'adozione di questo protocollo Zamboni. Sarebbe anche interessante, in alternativa, che si potesse prevedere che quegli altoatesini che in assenza di questa possibilità in Alto Adige si recano fuori provincia, possano in qualche maniera vedere rimborsati, almeno in parte, il tipo di intervento che viene fatto loro. Ovviamente per questa seconda soluzione sarebbe necessaria una modifica alla parte impegnativa della mozione, nel qual caso sarei disposto ad accettarla, per dare una possibilità in più a questi nostri conterranei di poter migliorare e allungare la propria aspettativa di vita.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Im Grunde genommen ist der Beschlussantrag sehr klar formuliert und zielt darauf ab, im Falle von Multipler Sklerose eine bestimmte Therapieform nahezulegen bzw. eine Vergütung für jene herbeizuführen, die die Therapie in einer anderen Provinz anwenden. Ich kann mir gut vorstellen, dass diese Form der Therapie durchaus hilfreich sein kann, aber mir ist nicht ganz klar, inwieweit wir als Landtag in der Lage sind, ein ärztliches Team in eine bestimmte Richtung von Therapie zu verpflichten. Den Ärzten die Anwendung einer bestimmten ärztlichen Praxis zu empfehlen, erscheint mir problematisch zu sein, denn da greift man in die Freiheit der ärztlichen Praxis ein. Deshalb möchte ich schon fragen, was damit gemeint ist. Ich kann das Grundanliegen des Kollegen Minniti sehr gut teilen, aber dass der Landtag eine bestimmte medizinische Therapie empfehlen soll, kann ich nicht ganz nachvollziehen bzw. dies scheint mir fragwürdig zu sein.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Es ist sicher schwierig, das Thema Multiple Sklerose von seinem medizinischen Terminus auf einen Nenner herunterzubrechen, der für alle verständlich ist. Ich habe mich ein bisschen mit den Forschungsberichten auseinandergesetzt. Prof. Zamboni sieht in diesen Ablagerungen die Ursache der Multiplen Sklerose, und das allein ist zu berücksichtigen. Meines Wissens gibt es in Amerika Studien, die Untersuchungen an MS-Patienten machen, um zu sehen, ob diese Ablagerungen bei allen vorhanden sind. Für das nächste Jahr ist eine Studie mit 100 Patienten in Aussicht gestellt, wobei man anhand dieser Therapie beobachten möchte, ob sie Wirkung zeigt oder nicht. Ich möchte aber auch darauf verweisen, dass es eine parallele Studie gibt, die Therapien mit sogenannten D-Zellen macht, um die Ursache der Multiplen Sklerose zu bekämpfen. Es gibt also mehrere Ansätze, um eine medizinische Lösung für diese Krankheit zu finden. Ich weiß also nicht, ob es sinnvoll ist, wenn man jetzt von Südtiroler Seite hergeht und sich auf diese eine Linie einlässt. Für die Landesregierung wäre es aber sicher interessant, sich diese Studienergebnisse zu besorgen, um dann festzustellen, wie das effektiv aufgenommen wird. Es ist ja nicht auszuschließen, dass diese Therapie erfolgreich ist, aber ich wäre vorsichtig, mich auf etwas einzulassen, was bisher nur eine Hypothese ist, so sehr es für die Patienten wünschenswert wäre, dass diese Methode greift. Deshalb würde ich anregen, dass sich die Landesregierung die Forschungsergebnisse anschaut und dann entscheidet, ob diese Behandlungsmethode in Südtirol zur Anwendung gebracht wird.

THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat so, dass in diesem Bereich umfangreiche Forschungen anstehen. Der Südtiroler Sanitätsbetrieb und die Abteilung Gesundheitswesen beabsichtigen ebenfalls, sich an einer solchen Studie zu beteiligen. Deshalb stelle ich den Antrag um Vertagung der Weiterbehandlung dieses Beschlussantrages. Wir möchten nämlich die konkreten Ergebnisse abwarten.

MINNITI (Il Popolo della Libertà): Io chiedo di poter formulare una nuova parte impegnativa attraverso un emendamento per verificare se vi possono essere altre strade, visto e considerato che il metodo Zamboni viene adottato in altre province, citavo prima Reggio Emilia, e che vi sono diversi altoatesini che decidono di andare ad affrontare il questo tipo di terapia, per vedere se la Provincia in qualche maniera può intervenire a favore di questi altoatesini.

Chiedo quindi di sospendere la discussione per predisporre un emendamento, e chiedo se si può discuterla a settembre.

PRÄSIDENTIN: In Ordnung. Die Behandlung des Beschlussantrages wird ausgesetzt.

Punkt 5 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 309/11 vom 18.4.2011, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend Elektrosmog durch Mobilfunkantennen auf öffentlichen Gebäuden – Aufklärung der Anwohner über die Folgen von Elektrosmog".**

Punto 5) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 309/11 del 18.4.2011, presentata dal consigliere Seppi, riguardante elettrosmog creato da antenne su coperture di palazzi pubblici. Creare le condizione per rassicurare i residenti sugli effetti dell'elettrosmog".**

Es ist unannehmbar, dass man sich für eine Elektrosmogmessung in Wohnhäusern, die sich gegenüber öffentlichen Gebäuden befinden, auf denen neue Mobilfunkantennen angebracht wurden, an die Landesverwaltung wenden und diese dann selbst bezahlen muss, wobei sich die Kosten für eine solche (nicht gerade billige) Messung auf 77 Euro pro Raum belaufen.

Da diese Antennen neu angebracht werden, sollte das Land diese Messungen in den angrenzenden Mehrparteienhäusern durchführen und nicht verlangen, dass die Bewohner derselben für ein ihnen zustehendes Recht bezahlen.

Denn ungeachtet des Elektrosmogs und der negativen Folgen desselben für die menschliche Gesundheit, stellt das Land weiterhin die Dächer seiner zahlreichen Gebäude für die Installation neuer Mobilfunkantennen und Umsetzer zur Verfügung und führt nur gegen Bezahlung Messungen in den angrenzenden Wohnhäusern durch.

Dieser unerhörten und schlicht inakzeptablen Vorgehensweise muss auch aus Sicherheitsgründen ein Ende gesetzt werden, damit die Anrainer, die sehr empfänglich für diese Problematik sind, endlich Gewissheit erhalten. Elektrosmogmessungen sind nämlich nur dann sinnvoll, wenn alle Mobilfunkantennen und Umsetzer auf vollen Touren laufen, wobei diese Messungen unserer Meinung nach nicht immer unter diesen besonderen Bedingungen durchgeführt werden.

Aus diesen Gründen

wird die Landesregierung verpflichtet,

- bei der Neuanbringung von Mobilfunkantennen oder Umsetzern die Durchführung von Elektrosmogmessungen in den angrenzenden Wohnhäusern verpflichtend einzuführen;
- diese Messungen bei höchster betrieblicher Anlagenauslastung durchzuführen, wobei die Messinstrumente für eine bestimmte Zeit in den Wohnungen verbleiben müssen;
- auf Kosten des Landes diese Messungen vorzunehmen und nach Abschluss derselben den Anrainern dieser Anlagen die gemessenen Werte schriftlich mitzuteilen.

È inaccettabile che per richiedere una rilevazione della quantità di elettrosmog esistente all'interno di alloggi prospicienti a palazzi pubblici in cui sono inserite nuove antenne si debba richiedere l'intervento provinciale pagando di tasca propria la verifica pari, (fra il resto alla non modica cifra) a 77 euro per locale!

Nel momento in cui sorgono nuove installazioni dovrebbe essere la Provincia a provvedere ai controlli direttamente negli alloggi dei condomini confinanti e non pretendere che siano gli inquilini degli stessi a pagare per un loro diritto.

Intanto, alla faccia dell'elettrosmog e dei nefasti effetti che esso provoca sulla salute umana la Provincia continua imperterrita a prestare i tetti dei suoi numerosi palazzi per installare nuove antenne e nuovi ripetitori e non provvederebbe, se non a pagamento, a verifiche negli alloggi confinanti.

È un fatto inaudito e francamente non accettabile al quale va posto un limite di sicurezza che preveda certezze per i residenti particolarmente sensibili alla problematica. Perché vero è che l'efficacia delle misurazioni dell'elettrosmog risulta credibile solo quando tutte le antenne e i ripetitori risultano al massimo delle loro potenzialità e non sempre, riteniamo, le analisi si svolgono in quella particolare situazione.

Si impegna la Giunta provinciale

- a obbligare il controllo del livello di elettrosmog all'interno dei locali abitati adiacenti a ogni nuovo insediamento di antenna o ripetitore;
- a eseguire la misurazione nei momenti di massimo carico funzionale e quindi a lasciare gli strumenti di controllo per qualche tempo all'interno degli alloggi;
- a provvedere con spese a carico della Provincia a questi controlli e, a verifiche eseguite, a rendere noto per iscritto ai residenti della zona limitrofa alle installazioni i dati rilevati.

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: Sospendiamo brevemente la mozione in attesa dell'assessore Laimer.

ORE 12.43 UHR

ORE 12.44 UHR

PRESIDENTE: L'assessore Laimer è arrivato, quindi do la parola al consigliere Seppi per l'illustrazione, prego.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Ringrazio l'assessore Laimer per la Sua presenza! A parte i problemi di contorno, questo dell'elettrosmog è un problema veramente grosso, perché si sta sviluppando la presenza di ripetitori di diverse aziende, dalla Vodafone, alla Tim, alla Wind, alla Tre ecc., che sono stati posti non solo sopra edifici privati ma anche su edifici di proprietà della Provincia. Al di là del fatto che non capisco perché la Provincia abbia bisogno di andare a speculare su cose di questo tipo - e su questo annuncio la presentazione di una interrogazione in cui chiederò di sapere su quanti edifici pubblici della provincia sono presenti ripetitori di impianti telefonici e quanto incassa la Provincia - vorrei segnalare il fatto che sempre più famiglie hanno abbandonato in casa l'uso del telefono fisso e stanno usando i telefonini. Proprio oggi sul giornale si parla di una grande presenza di gente che naviga su internet su chiavette, quindi tutto via radio. Non c'è quasi più il segnale fisso. Questo comporta un grande aumento di elettrosmog sugli impianti a ripetizione posti in diversi luoghi della provincia. Questo porta a superare in tante occasioni i limiti consentiti dalla legge in vigore, limiti che so essere circoscritti nel numero sei - adesso non ricordo l'unità di misura - ma quando a livello nazionale abbiamo questa prescrizione, in altri stati è più alta, per esempio in Germania e in America. Ma ciò non toglie che in questa fase di incremento esponenziale della richiesta di impianti radio, di telefonini e impianti di computer la questione deve essere monitorata in maniera più precisa e dettagliata di quanto non lo si stia già facendo, anche se devo dire che l'Appa in questa direzione si sta muovendo. Io non sto accusando l'Appa di non fare ciò che deve, io sto solamente prendendo atto di due situazioni. La prima è che la Provincia non avrebbe necessità di andare a speculare su cose di questo tipo. La seconda è questo aumento esponenziale di potenzialità che sta creando delle condizioni nelle quali riteniamo ci possano essere veramente dei seri aumenti della presenza di elettrosmog rispetto al passato. Cosa si sta facendo? Si sta solamente affittando qualche tetto della provincia per andare ad impiantare nuovi ripetitori, e questo non sarebbe consentito dal punto di vista etico per lo meno. Certo è che se una persona ritiene che vicino a casa sua ci sono dei ripetitori che possono in qualche modo superare determinati livelli o comunque sapere quali livelli ci sono, deve chiedere interventi privati, perché ovviamente l'Appa non è sempre in grado di poterlo fare, e questo si può capire, però non abbiamo sicurezza. In certe zone di Bolzano si sta espandendo il panico per questi motivi. Ci sono inquilini arrabbiatissimi, perché su alcuni tetti di palazzi della Provincia ci sono addirittura tre ripetitori, uno di Wind, uno della Vodafone e uno di Tim, con delle produzioni di elettrosmog che si sviluppano in situazioni particolari, perché è ovvio che se vado a misurare questi dati in questo momento saranno il 90% più bassi che se vado a misurarli da mezzanotte alle 1 dell'ultimo dell'anno, quando tutti gli impianti vanno al massimo della loro potenza e quando c'è uno sviluppo di elettrosmog. Ho fatto due esempi che sono i due esempi più eclatanti, ma nella media ci dobbiamo stare.

Ritengo che per quanto riguarda questo problema sempre più importante, si deve avere un monitoraggio sempre più severo, preciso e dettagliato, e comunque chiedo all'assessore seriamente una cosa: nel momento in cui ci sono delle zone in cui sono particolarmente presenti questi ripetitori specialmente su palazzi provinciali e c'è un movimento di opinione, almeno le risposte devono essere precise e dettagliate. Devono essere date delle sicurezze ai cittadini che non si possono lasciare nell'ombra dicendo loro che è tutto a posto. Ma è tutto a posto come? Voi capite che la presenza di questo elettrosmog sta provocando una serie di malattie che sono da collegare a questa situazione. I tumori al cervello stanno aumentando in maniera esponenziale e allora bisogna andare a cercare le ragioni di questo. Se oggi si dice 6 come massimo di quell'unità di misura che non ricordo, nessuno al mondo può dire che fino a 6 fa bene alla salute e oltre fa male. Bisogna stare attenti, perché sta aumentando in maniera esponenziale la presenza di telefoni cellulari e computer nelle case con la chiavetta, che provocano un aumento serissimo di questo elettrosmog. Cosa si sta facendo? Quale sicurezza diamo ai cittadini? Quali risposte dà la Provincia? E specialmente: ritiene giusto la Provincia usare propri edifici per dar modo alla Vodafone o a qualche altra società di installare i suoi ripetitori?

LEITNER (Die Freiheitlichen): Wir werden diesem Beschlussantrag zustimmen. Das ist natürlich eine Geschichte, die sehr schwer zu beurteilen ist. Letzthin ist ja erst wieder eine Studie auf den Markt gekommen, die offensichtlich nachweist, dass die Bedenken der Bürger berechtigt sind und Elektrosmog sehr wohl gesundheitliche Auswirkungen haben kann. Es fällt auf, dass bei uns in Südtirol viele dieser Anlagen auf öffentlichen Gebäuden installiert werden, weil der Widerstand dort natürlich geringer ist als bei den einzelnen Bürgern. Ich erinnere mich daran, dass vor zwei Jahren auf dem Dach der Grundschule in Spinges ein Umsetzer angebracht wurde, und die Eltern haben sofort geklagt, dass die Kinder Kopfweg haben. Die Schulverantwortlichen und Elternvertreter haben dies dann vorgebracht, aber die Landesregierung hat ihnen nicht geglaubt. Es gibt internationale Kriterien - Italien ist in diesem Fall sogar strenger -, aber damit kann man die Menschen nicht beruhigen. Alle wollen telefo-

nieren, aber niemand will die Umsetzer. Wenn man solche Einrichtungen schafft, dann soll den Menschen von vorneherein klar gesagt werden, dass die Bedenken nicht berechtigt sind bzw. die zulässigen Parameter nicht überschritten werden. Da hat der Kollege Seppi schon Recht. Im Brixner Raum hat es ja auch die Vermutung gegeben, dass die Strahlungen der Grund für Erkrankungen sind, die sich in einer bestimmten Zone offensichtlich gehäuft haben. Ich war am letzten Samstag auf der Plose beim Wandern und bin dort am Hauptumsetzer, einem wahren Ungetüm, vorbeigekommen. Dieser Umsetzer ist natürlich weit weg von den Wohnorten der Menschen, aber wenn man so etwas in einem bewohnten Gebiet aufstellen würde, dann würden die Leute in hohem Maße erschrecken. Wenn man die Häufigkeit der Handy-Benutzer in Südtirol unter die Lupe nimmt, so wissen wir, dass wir hier weit über dem Durchschnitt liegen. Das Handy gehört zum Lebensstandard und auch zu den Lebensgewohnheiten dazu, aber auf der anderen Seite reklamieren dieselben Bürger die Gefahren, die davon ausgehen. Das unter einen Hut zu bringen, ist natürlich schwierig, aber die Vorinformation, die hier verlangt wird, finde ich auf jeden Fall richtig, vor allem dann, wenn diese Umsetzer auf öffentlichen Gebäuden angebracht werden.

Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: DDr.ⁱⁿ Julia Unterberger

PRÄSIDENTIN: Wer möchte noch das Wort zu diesem Beschlussantrag? Herr Abgeordneter Schuler, bitte.

SCHULER (SVP): Ich möchte zu diesem Thema Stellung nehmen, auch aus einer bestimmten Erfahrung heraus. Schließlich war ich für einige Jahre Präsident des Gemeindenverbandes. Das Thema der Funkantennen war natürlich auch innerhalb des Gemeindenverbandes, aber auch innerhalb der Gemeinden ein sehr kontrovers diskutiertes Thema. In diesem Saal wird es wohl niemanden geben, der kein Handy hat, und auch in der Bevölkerung wird der Anteil jener, die kein Handy besitzen, immer kleiner. Damit die Handys funktionieren, braucht es natürlich auch entsprechende Umsetzer, die dann aber nirgends sein sollten. Das ist natürlich ein schwieriges Thema. Eine andere Frage ist jene nach den Grenzwerten. Hier streitet sich die Wissenschaft bzw. die Meinungen gehen weit auseinander. Es gibt unterschiedliche gesetzliche Regelungen, wobei zu sagen ist, dass alles, was man nicht sieht, von Haus aus suspekt ist. Strahlungen sieht man nun einmal nicht.

Wir beschäftigen uns heute mit der Frage, ob im Falle von Umsetzern auf öffentlichen Gebäuden Messungen in den anliegenden Wohnhäusern verpflichtend vorgesehen werden sollen. Jede neue Sendeanlage und jede Änderung an derselben wird von der Dienststellenkonferenz für Kommunikationsinfrastrukturen begutachtet. Hier gibt es genaue Kriterien, wobei die Betreiber die notwendigen Daten zur Verfügung stellen müssen. Es werden genaue Simulationen gemacht, und zwar unter den schlimmstmöglichen angenommenen Bedingungen. Wenn man wir von den Südtiroler Qualitätsstandards reden, so geht man von der Hälfte der gesetzlichen Grenzwerte aus. Wenn die Antennen montiert sind, dann werden entweder auf Anfrage von Privaten oder Gemeinden, aber auch auf Eigeninitiative Kontrollen durchgeführt. Das hat das Amt für physikalische Chemie so erklärt. Die Anfragen seitens Privater sind kostenpflichtig. Wenn Gemeinden Anfragen stellen, so gibt es keine Kosten.

Was spricht dagegen, solche verpflichtende Messungen in anliegenden Wohnhäusern vorzusehen? Es hängt stark davon ab, wie die einzelnen Wohnhäuser exponiert sind, weil die Antennen ja unterschiedliche Strahlungsrichtungen haben. Des Weiteren ist zu sagen, dass es in Vergangenheit von der Stiftung "Bordoni" finanzierte Ad-hoc-Kontrollen gegeben hat, wobei keine Unregelmäßigkeiten festgestellt worden sind. Auf jeden Fall wäre eine solche Auflage sehr aufwendig, denn entsprechende Kontrollen in den Wohnhäusern durchzuführen, wäre mit dem heutigen Personal, das das Land zur Verfügung hat, in keinstem Fall möglich.

PRÄSIDENTIN: Ich unterbreche die Sitzung bis 15.00 Uhr.

ORE 13.00 UHR

ORE 15.03 UHR

Namensaufruf – appello nominale

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren mit der Behandlung des Beschlussantrages Nr. 309/11 fort. Wer möchte noch das Wort? Herr Abgeordneter Minniti, bitte.

MINNITI (Il Popolo della Libertà): A scanso di equivoci tengo subito a sottolineare come sono d'accordo con la mozione presentata dal collega Seppi. Il problema dell'elettrosmog è un problema che tutti conosciamo, su cui anche l'Organizzazione mondiale della sanità ha adottato il principio di cautela, proprio per testimoniare come non si sa esattamente quali possano essere i pericoli che l'elettrosmog produce.

Il collega Seppi giustamente ha sottolineato come l'incidenza di tumori al cervello sia emersa laddove si avverte forte l'esistenza di questo pericolo. Io aggiungo come l'incidenza di leucemie sia emersa nella nostra provincia, così come in altre, proprio per effetto, si presume, della presenza dell'elettrosmog.

Quanto propone la mozione è condivisibile, anche se io avrei aggiunto un ulteriore punto, che peraltro è alla base di una mozione che proprio qualche giorno fa ho presentato anch'io al riguardo, e non lo dico in tono polemico o comunque di rimprovero verso il consigliere Seppi, tutt'altro, ma perché bisogna stare attenti anche alle furberie della legge sull'elettrosmog. E mi spiego meglio. La normativa nazionale prevede che i limiti dell'elettrosmog possano essere rispettati laddove esiste una presenza di 6 volt/metro come incidenza delle onde elettromagnetiche. Nella nostra provincia ogni antenna deve produrre non più di 3 volt/metro, quindi apparentemente si assume la metà di quello che è il valore a livello nazionale. C'è un problema di fondo sulla legge nazionale, sulla quale io auspicherei che prima o poi intervenisse anche la Provincia, che è il controllo che viene fatto di questo limite sulla singola antenna. Se noi prendiamo la singola antenna il più delle volte accertiamo che quel limite non viene superato. Il problema è che molto spesso un determinato sito non ce n'è una singola, ma ci sono più antenne, la cui sommatoria supera sicuramente il limite, che può essere provinciale o nazionale, di emissioni di onde elettromagnetiche. E spesso questi siti sono anche nei pressi delle scuole. Ma indipendentemente dal fatto di dove essi siano posizionati, il problema che dobbiamo risolvere è proprio quello di considerare la sommatoria delle emissioni dei siti dove sono presenti le antenne della telefonia mobile. L'elettrosmog non si può misurare sulla singola emissione, si deve misurare sulla sommatoria, altrimenti chi di dovere non avrebbe fatto il suo mestiere nella maniera compiuta, ma avrebbe accettato che la furbizia della normativa presente non riconoscesse la presenza dell'elettrosmog quando invece questo inquinamento elettromagnetico è ben presente.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Auch wir stimmen diesem Beschlussantrag zu. Wir sind der Überzeugung, dass die Informationspflicht vor allem von öffentlichen Trägern bei der Errichtung von neuen Anlagen wesentlich ist. Der Landesfachplan sieht zwar Einschränkungen und bestimmte Schutzvorkehrungen vor, aber er müsste auch die Pflicht der öffentlichen Träger zu einer umfassenden Information vorsehen. Das wäre grundlegend, denn die Belastung durch Elektrosmog nimmt dauernd zu. Natürlich existiert, wie der Kollege Schuler hervorgehoben hat, der Widerspruch zwischen der überzogenen Handy-Benutzung und der sich steigenden Abwehr gegenüber den Anlagen. Praktisch ist es so, dass die Grenzwerte, die staatlich gelten, weit über dem liegen, was gesundheitlich zuträglich ist. Aus diesem Grund glauben wir, dass dieser Beschlussantrag mit seiner Informationspflicht und den anderen Maßnahmen richtig ist, weshalb wir ihm zustimmen.

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: Ha chiesto intervenire il consigliere Knoll, ne ha facoltà.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Das ist sicher ein Beschlussantrag, den man grundsätzlich unterstützen kann. Das einzige, was ich beanstanden würde, ist, dass sich das Thema Elektrosmog nur auf die Mobilfunkantennen beschränkt. Elektrosmog wird schließlich nicht nur von Mobilfunkantennen, sondern von jeder Form elektrischer Energie produziert. Wenn Sie in einem Haus wohnen und der Nachbar neben Ihnen eine WLAN-Anlage Tag und Nacht am laufen hat, werden Sie im Grunde genommen von allen Seiten bestrahlt, und auch diese Belastung ist nicht unbedingt klein. Vielleicht sollte man also die Gesamtheit dieses Problems berücksichtigen. Es gibt ja bereits Schulen, die auf WLAN-Anlagen verzichten und auf den Drahtempfang zurückgehen. Es ist sicher ein Problem, dass die Medizin hier noch keine schlüssigen Beweise dafür liefern konnte, dass Erkrankungen auf Elektrosmog zurückzuführen sind. Elektrosmog führt zweifelsohne zu einer Belastung des Körpers, zu Stresssituationen und hormonellen Veränderungen, aber es gibt keine Beweise dafür, dass diese und jene Krebserkrankung auf die Handy-Umsetzer zurückzuführen ist. Es ist ja das Problem, dass Handy-Umsetzer immer wieder auch in bewohnten Gebieten aufgestellt werden. Die Nutzer wollen ja immer mehr und immer öfter überall mobil erreichbar sein. Landeshauptmann Durnwalder ist ja selbst vor einigen Monaten vorgeprescht, weil ihm aufgefallen ist, dass, wenn er mit dem Auto unterwegs ist, der Handy-Empfang immer wieder abbricht. Auf der einen Seite soll die Handy-Abdeckung also verstärkt werden, auf der anderen Seite fühlen sich viele Bürger übergangen, wenn plötz-

lich auf ihrem oder auf dem Dach des Nachbarhauses eine Antenne aufgestellt wird, ohne dass man gefragt worden wäre.

Wir stimmen diesem Beschlussantrag zu, wenngleich es wünschenswert gewesen wäre, den Bereich des Elektrosmogs nicht auf die Mobilfunknetze zu beschränken. Vielleicht könnte das Land hier Sensibilisierungsmaßnahmen setzen, denn es gibt ja bereits Möglichkeiten, den Elektrosmog einzudämmen. Ich denke beispielsweise daran, dass es Schalter gibt, mit denen man die Elektrizität in Schlafräumen komplett abschalten kann. Es wäre also sicher sinnvoll, Aufklärungsarbeit zu leisten, weil viele Leute nicht darüber Bescheid wissen. Hier könnte man mit geringem Aufwand viel erreichen, denn der Kampf gegen die Mobilfunk-Unternehmen wird sicher nicht so ohne weiteres aufgenommen werden können.

LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Umwelt und Energie – SVP): Der Kollege Knoll hat eine Reihe von Faktoren aufgezählt, die in diesem Kontext auch erwähnt werden müssen. Es geht nämlich nicht nur um die Handys, sondern auch um die Stromleitungen, aber auch um den vielfach völlig unterschätzten Elektrosmog im Haushalt selbst. Denken Sie nur an die Küchen mit den zahlreichen elektrischen Geräten. Da gibt es Messungen, die weit über das hinausgehen, was man den Handy-Umsetzern zuschreibt. Das Thema wird also auf die falsche Ebene verschoben. Nichtsdestotrotz gibt es die Thematik der Handy-Umsetzer, und bei dieser Gelegenheit möchte ich einige Informationen in Bezug auf die Grenzwerte mitteilen. Natürlich werden Grenzwerte immer von Menschen gesetzt, vermutlich nach bestem Wissen und Gewissen, aber wenn man dann die Unterschiede sieht, dann sind diese doch beträchtlich. In der Schweiz, in Deutschland und in Österreich liegen die Grenzwerte zwischen 40 und 42 Volt pro Meter. In Italien liegen die Grenzwerte bei 6 Volt pro Meter. In Südtirol haben wir als Zielvorgabe – obwohl diese Thematik nicht in unserer Kompetenz liegt – 2 Volt pro Meter festgeschrieben. Es ist auch zu sagen, dass in Südtirol nicht ohne weiteres Handy-Umsetzer aufgestellt werden können. Auch das soll erwähnt werden, denn anderenorts können sie von den Betreibern aufgestellt werden, ohne dass Ermächtigungen dazu eingeholt werden müssten. Wir haben diesen Bereich mit Landesgesetz geregelt, und obwohl dieses angefochten wurde, konnten wir uns hier durchsetzen. Bei uns werden die Handy-Umsetzer nämlich nach einem geregelten System gehandhabt. Der Kollege Schuler hat das Verfahren im Rahmen seiner Stellungnahme zu diesem Beschlussantrag dargelegt. Da gibt es eine technische Fachkommission, bestehend aus Vertretern der Urbanistik, des Landschaftsschutzes, der Gesundheit und der Umweltagentur, im Speziellen des Amtes für physikalische Chemie. Diese Kommission bewertet die Anträge der Betreiber, die die Pflicht haben, das Gebiet abzudecken. Es ist eine Auflage der staatlichen Konzession, innerhalb bestimmter Fristen bestimmte Prozentsätze eines Gebietes abzudecken. Wir verpflichten die Betreiber dazu, gemeinsame Standorte zu verwenden. Da sind in besonderer Weise die großen RAS-Umsetzer zu erwähnen, aber auch einzelne kleinere Umsetzer, die von den Mobilfunk-Betreibern alleine betrieben werden, wobei dabei die Auflagen eingehalten werden müssen. Dabei wird die elektrische, magnetische und elektromagnetische Strahlung bewertet. Kollege Seppi, diese Messungen werden immer gemacht. Sie werden aber nicht innerhalb, sondern außerhalb der Wohnungen gemacht. Sie fordern also weniger als heute schon Praxis ist! Die Messungen werden am nächstgelegenen Gebäude, und zwar außerhalb und nicht innerhalb des Gebäudes, gemacht. Das ist ein großer Unterschied. Wenn wir das beschließen würden, was Sie verlangen, dann würden wir einen Rückschritt machen, was sicher nicht in Ihrem Interesse wäre. Ich glaube, dass die derzeitige Praxis sehr gut funktioniert.

Wie gesagt, wir liegen zwei Drittel unter dem staatlichen Grenzwert, der weit unter dem europäischen Grenzwert liegt. Ich glaube also schon, dass wir eine gute Handhabe für die Entwicklung dieses Bereiches haben. Wir haben in guter Abstimmung und Dialektik mit den Gemeinden und betroffenen Bürgern einen Weg beschritten, der auch in Zukunft in dieser Form weitergeführt werden soll.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Ringrazio i colleghi che sono intervenuti. Vorrei rispondere prima di tutto al collega Knoll, il quale dice giustamente che le fonti di inquinamento elettromagnetico non sono solo i telefoni cellulari o gli impianti legati all'uso dei computer ecc. Questo è vero, ma le antenne dei ripetitori delle società telefoniche sono sui palazzi della Provincia! In questo ragionamento si inserisce anche la risposta che devo dare all'assessore. Quando ci sono delle famiglie nei condomini che pensano di essere particolarmente colpiti perché molto vicini, l'Appa i rilevamenti li fa all'interno degli appartamenti. Li ha appena finiti di fare in via del Ronco dove abitano parecchie persone che conosco, e hanno messo i macchinari anche all'interno degli appartamenti, quindi non è assolutamente vero che le misurazioni si fanno solo all'esterno.

Ciò detto, è un problema che va seriamente monitorato, perché se le misure che avevamo stabilito due o tre anni fa erano relativi ad un certo numero di utenze, oggi le utenze sono quintuplicate e sono continuamente in

fase di aumento, al punto tale che io riterrei opportuno che la Provincia cominciasse ad intervenire, non so in quale forma, dovremo studiarla, per sollecitare chi ha un telefono fisso negli appartamenti a tenersele. Se tutti nelle città di Bolzano, Merano, Bressanone e anche nei paesi dove ci sono dei ripetitori vicini usassero solo il cellulare e i computer solo con la chiavetta, noi avremmo dei livelli che supererebbero non solo quelli stabiliti dalla legislazione nazionale, che sono più alti di quelli della Provincia di Bolzano, ma addirittura di quelli di Austria e Germania che, come dice l'assessore, corrispondono ad un valore 4 o 5 volte superiore a quello locale. Oggi si parla di 17-18% di persone che usano il computer con la chiavetta. Noi nei giro di due anni arriveremo al 50% e queste aziende che hanno un contratto specifico con l'ufficio patrimonio della Provincia per i ripetitori installati sui palazzi pubblici, si impegnano a non superare determinati livelli. Ma questi segnali chi li controlla? Non mi risulta che li controlli l'Appa più di tanto, lo fa quando può. È un ufficio, l'Appa, che si sta dando molto da fare, ma è un ufficio sottodimensionato, perché ha il personale che è quello di dieci anni fa quando i problemi dell'elettrosmog erano irrilevanti rispetto a quelli attuali, ma quando quelli attuali sono ancora irrilevanti rispetto a quelli che ci saranno nei prossimi anni. È un problema serissimo che aumenta in maniera esponenziale con l'uso dei telefoni cellulari e degli impianti di computer a chiave in casa senza collegamenti via filo. Questo è un problema molto serio e che va sicuramente tenuto presente, perché non si può creare il panico all'interno delle famiglie. Per esempio c'è un palazzo a Bolzano dove può essere un caso, ma su 55 famiglie ci sono 5-6 persone con un tumore di cui 4-5 al cervello, ed è vicino ad un impianto di questo tipo. Io non so se dipende da questo, non faccio terrorismo, non faccio panico, però dico di andare a verificare queste situazioni, perché quando la gente poi pensa che siano i ripetitori, a quel punto l'Appa deve dare delle risposte. Non deve lasciare che sul giornale vengano pubblicate prese di posizione di comitati di cittadini che abitano a 50 metri da un tetto di un palazzo della Provincia, che è quello di via del Ronco, dove sono installati tre ripetitori di tre diverse aziende, che si organizzano, che fanno manifestazioni di protesta, che chiamano dei tecnici e li pagano per fare le misurazioni, i quali dicono che i livelli sono superati. A quel punto l'Appa tace, perché non ha un ufficio di pubbliche relazioni. C'è la necessità di calmare la gente nel momento stesso in cui si agita per niente, altrimenti si ha l'impressione davvero che se la gente si agita ha motivo di farlo. E questo non fa altro che aumentare panico al panico! Sono problemi seri che devono essere monitorati, ma nello stesso momento, come diceva il collega Knoll, vanno monitorate anche le altre fonti, quando quelle altre fonti si sommano a queste. Ci sono dei paesi dell'Alto Adige, per esempio a Chiusa passa una condotta dell'alta tensione in mezzo ad una zona residenziale nei quali se noi ci aggiungiamo l'elettrosmog provocato dai telefoni cellulari e dai computer di quella zona, non so a quali livelli arriviamo. Ma chi va a misurarli? Abbiamo un ufficio predisposto a farlo nella tempistica e nei modi che questa situazione impone? No, l'Ufficio dell'Appa dovrebbe essere quattro volte più grande, e sarebbe ancora insufficiente. È ancora con l'organico di dieci anni fa. Non va bene. Bisogna trovare una soluzione immediata che dia risposte alla gente, perché la gente è seriamente preoccupata. Il dato che l'assessore Theiner ha in mano è questo: i tumori al cervello sono moltiplicati negli ultimi anni, quando gli altri tipi di tumore sono stabili. Ci sarà pure un motivo!

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione sulla mozione: respinta con 13 voti favorevoli e 15 voti contrari. Ha chiesto la parola il consigliere Urzi sull'ordine dei lavori, ne ha facoltà.

URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): Chiedo una sospensione dei lavori per un quarto d'ora per una riunione di alcuni gruppi della minoranza politica che hanno condiviso questa esigenza.

PRESIDENTE: Va bene. La seduta è sospesa per 15 minuti.

ORE 15.25 UHR

ORE 15.40 UHR

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Punto 6) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 327/11 del 24.5.2011, presentata dai consiglieri Heiss e Dello Sbarba, riguardante lotta ai centauri: sulle strade di montagna dell'Alto Adige serve una nuova tutela dell'inquinamento acustico**".

Punkt 6 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 327/11 vom 24.5.2011, eingebracht von den Abgeordneten Heiss und Dello Sbarba, betreffend Kampf dem Biker-Terror: Neuer Lärmschutz auf Südtirols Bergstraßen!"**

La tutela dall'inquinamento acustico è una preoccupazione costante di tutti coloro che vivono e lavorano nei pressi delle vie di comunicazione dell'Alto Adige. I danni provocati dai livelli di rumore in progressivo aumento sono impressionanti. Oltre al rischio d'infarto, che cresce in maniera rilevante, e al numero di malattie cardiovascolari, aumentano i rischi psichici e l'aggressività. La situazione va peggiorando anche perché il traffico su strada e rotaia è in costante aumento.

Oltre a chi vive lungo la ferrovia, anche chi vive lungo le strade di montagna e quelle limitrofe ai passi dell'Alto Adige è gravato dal rumore, in modo particolare da quello dei motoveicoli. Il rumore di una moto in fase di accensione o accelerazione è uguale a quello di un aereo sulla pista di decollo. Su alcune strade di montagna è stato misurato un livello di rumore di 110 dB. Le misurazioni effettuate rivelano che le immissioni di rumore superano costantemente i limiti di cui al D.P.R. n. 142/2004 ovvero 70 dB (diurni) e 60 dB (notturni per la popolazione residente. Nel periodo fra marzo e novembre la situazione di chi abita lungo le strade dolomitiche o i collegamenti di montagna, come la strada della Val di Fiemme, quella della Valla Passiria o quella del Val Sarentino, è spesso insostenibile. Anche perché i centauri che arrivano in massa sanno benissimo che a differenza di quanto succede a nord del Brennero, in Alto Adige ci sono meno controlli.

Dal 2009 l'Alto Adige è parte del Patrimonio naturale dell'Umanità "Dolomiti" e con ciò ha una nuova responsabilità. La nostra Provincia ha il compito di porre nuovi standard sui passi e sulle strade di montagna importanti, come segno di rispetto nei confronti del patrimonio mondiale e per tutelare la salute degli abitanti e la natura. Nel frattempo persino nel settore del turismo si riconosce la necessità di chiudere temporaneamente i passi dolomitici. L'Unione albergatori-Val Gardena ha di recente affermato: "I passi più belli d'Europa non dovrebbero più essere aperti al transito."

Per questo motivo la Giunta della Provincia autonoma di Bolzano dovrebbe anticipare la più volte vagliata chiusura dei passi al traffico individuale, adottando misure per quanto riguarda il traffico dei motoveicoli. Ai sensi dell'articolo 9 della legge statale n. 447/1995 per tutelare la salute pubblica e l'ambiente non solo è autorizzata a farlo, ma addirittura è tenuta a farlo. Questo è anche confermato da sentenze dei TAR di Puglia (Sez. I 3340/2006) e Lombardia (Sez. IV 6819/2007). Pertanto questa importante decisione andrebbe presa ancor prima della stesura della mappa acustica strategica di cui al D. Lgs. 19/08/2005, n. 194 (entro il 30/06/2012) e del relativo piano d'azione (da redigere entro il 18/07/2013).

Una misura efficace per la tutela dall'inquinamento acustico sarebbe la chiusura a tempo determinato dei passi più importanti e delle grandi strade di montagna alle moto con cilindrata superiore a 150 cm³, per esempio dall'1 aprile al 31 ottobre, dalle ore 11.00 alle ore 17.00. Questo non toglierebbe del tutto i centauri dalla strada, ma limiterebbe efficacemente le loro immissioni di rumore. Dopo una serie di misurazioni, da effettuarsi a cura dell'ufficio aria e rumore, in collaborazione con il questore, i comuni e le forze di polizia, accompagnate da un'ampia documentazione sui superamenti dei valori limite, si potrebbe introdurre un provvedimento in tal senso. Con ciò l'Alto Adige compirebbe un passo importante per la qualità di vita dei suoi abitanti e lancerebbe un segnale importante e di sicuro effetto pubblicitario per un turismo dolce.

Per questo motivo,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica*

la Giunta provinciale

di affidare all'ufficio aria e rumore l'incarico di effettuare, entro quest'anno, una serie di misurazioni, in collaborazione con i comuni,

di informare i comuni confinanti, i servizi statali competenti e la polizia del provvedimento previsto e di coordinarsi con loro,

di prendere i provvedimenti del caso a partire dalla primavera 2012 e di emanare i divieti di circolazione a tempo determinato per motoveicoli di cilindrata superiore ai 150 cm³.

Der Lärmschutz bleibt ein ständiges Anliegen für alle, die an den Verkehrsverbindungen Südtirols leben und arbeiten. Die Schadensbilder, die der progressiv steigende Lärmpegel verursacht, sind be-

drückend. Neben der signifikant erhöhten Infarktgefahr und der Zahl der Kreislauferkrankungen erhöhen sich psychische Risiken und die Aggressivität der Betroffenen. Die Situation verschlechtert sich auch deshalb, weil die Verkehrsfrequenz auf Straße und Schiene ständig steigt.

Neben den Anwohnern an den Schienen sind besonders jene an Südtirols Pass- und Gebirgsstraßen durch Motorradlärm belastet. Der Geräuschpegel durchstartender und beschleunigender Motorräder entspricht jenem von Flugzeugen auf der Startbahn, wobei ein Pegel bis zu 110 dB an einzelnen Bergstraßen gemessen wird. Die Lärmentwicklung liegt vielfach konstant über den gemäß DPR Nr. 142/2004 gesetzlich zugelassenen 70 dB (am Tage) und 60 dB (nachts) für Anwohner, wie einzelne Messungen ergeben haben. Die Situation der Anwohner auf den Dolomitenstraßen oder an Bergstrecken wie der Fleimstaler Straße, im Passeier- oder im Sarntal ist im Zeitraum März bis November oft unerträglich. Dies auch deshalb, weil die ausschwärmenden Biker genau wissen, dass sie in Südtirol weniger stark kontrolliert werden als nördlich des Brenners.

Südtirol hat seit 2009 Anteil am Weltnaturerbe "Dolomiten" und steht damit in einer neuen Verantwortung. Unser Land hat die Aufgabe, an wichtigen Pass- und Bergstraßen neue Standards zu setzen, um den Respekt vor dem Weltnaturerbe auszudrücken und die Gesundheit der Anrainer und die Natur zu schützen. Inzwischen erkennt sogar der Tourismus an den Dolomitenpässen die Notwendigkeit zeitweiliger Pass-Schließungen an, wie vom HGV-Gröden jüngst festgestellt: "Die schönsten Pässe Europas sollten nicht länger Transitstrecke sein".

Die Südtiroler Landesregierung sollte daher der öfters erwogenen Schließung der Pässe für den Individualverkehr vorgehen und im Segment des Motorradverkehrs entsprechende Maßnahmen setzen. Sie ist dazu im Sinne des Gesundheits- und Naturschutzes gemäß Artikel 9 des Staatsgesetzes Nr. 447/1995 nicht nur berechtigt, sondern im Sinne des öffentlichen Interesses der Gesundheit der Bürger sogar dazu verpflichtet. Dies wird auch durch Urteile der Verwaltungsgerichte von Apulien (Sez. I 3340/2006) und der Lombardei (Sez. IV 6819/2007) bestätigt. Daher sollte noch vor Ausarbeitung des gemäß Leg. Dekrets vom 19.08.2005, Nr. 194, vorgeschriebenen Lärmkatasters (Termin: 30.06.2012) und des entsprechenden Aktionsplans (18.07.2013) dieser wichtige Schritt gesetzt werden.

Eine wirkungsvolle Maßnahme zum Lärmschutz wäre die Sperrung der großen Pass- und Gebirgsstraßen zu befristeten Jahres- und Tageszeiten für Motorräder über 150 ccm, etwa im Zeitraum vom 1. April bis 31. Oktober von 11.00 bis 17.00 Uhr. Damit wäre die Biker-Spezies vom Verkehr zwar nicht völlig ausgeschlossen, aber in ihrer Lärmentfaltung wirkungsvoll behindert. Nach einer Messserie durch das Amt für Luft und Lärm in Zusammenarbeit mit dem Quästor, den Gemeinden und den Polizeibehörden mit der eingehenden Dokumentation der entsprechenden Überschreitung könnte eine entsprechende Maßnahme rechtsgültig gesetzt werden. Südtirol würde damit einen großen Schritt für die Lebensqualität seiner Bewohner setzen und ein werbewirksames Signal für einen sanften Tourismus lancieren.

Daher

*beauftragt
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

das Amt für Luft und Lärm in Zusammenarbeit mit den Gemeinden mit einer entsprechenden Messserie noch 2011 zu beauftragen;

die Anrainergemeinden, die zuständigen Dienststellen des Staates und der Polizei von der geplanten Maßnahme in Kenntnis zu setzen und sich mit ihnen abzustimmen;

ab Frühjahr 2012 für Pass- und Gebirgsstraßen entsprechende Vorkehrungen zu treffen und die befristeten Zirkulationsverbote für Motorräder über 150 ccm zu erlassen.

La parola al consigliere Heiss per l'illustrazione della mozione.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Danke, Herr Präsident! Dieser Beschlussantrag wurde bereits einmal in leicht veränderter Form eingebracht, wobei er jetzt in der Sommerzeit von besonderer Aktualität ist. Das schöne Wetter lädt Motorradfahrer aus ganz Europa dazu ein, unser Land zu besuchen und vor allem die Pässe rauf- und runterzufahren. Dagegen ist prinzipiell nichts einzuwenden, denn die Freizügigkeit ist in Europa ein hohes Gut. Allerdings ist es so, dass die Lärmentwicklung durch Motorräder inzwischen ein Ausmaß

erreicht, das von den Menschen, die an den Pässestraßen leben, aber auch von den Touristen selber als kaum mehr erträglich beurteilt wird. Wir erleben beinahe jede Woche zwei bis drei Leserbriefe zu diesem Thema und hören auch aus den Medien von der wachsenden Belastung. Man merkt, dass die Belastbarkeit der Menschen in diesem Sinne zunehmend im Sinken begriffen ist. Warum? Auf den ersten Blick sollte es eigentlich nichts Schöneres geben, als mit dem Motorrad uneingeschränkt vom Glasfenster auf die Dolomiten zu blicken. Wenn jemand an den Pässestraßen lebt oder in Gastbetrieben oder anderen Unternehmen arbeitet, so hat er auf jeden Fall die Möglichkeit, im Sommer in den Genuss von 100 bis 110 Dezibel zu kommen. Das wäre ungefähr so, wie wenn hier im Landtag zwei bis drei Pressluftbohrer tätig wären. Das ist eine Entwicklung, die verheerend ist, und die Beschwerden sind ja dementsprechend. Vor allem die Gesundheitsrisiken sind außerordentlich. Denken Sie daran, dass Lärmentwicklung in dieser Dimension Herzinfarkte, Gehörstürze und dauernde Stressschäden verursacht. Wirtschaftlich ist es für einen Teil des Tourismus auf jeden Fall von einschneidender Bedeutung, denn es gibt wirklich Touristen, die sagen: "Das ist nicht mehr auszuhalten; wir können nicht mehr!" Südtirol genießt unter Motorradfahrern Kultstatus. Wenn man die einschlägigen Blogs liest, so steht dort: "Fahren Sie über den Brenner, dort sind Sie kaum behindert bzw. es gibt relativ wenige Kontrollen." Es gibt sogar Hit-Listen, aus denen hervorgeht, welche Pässe die besten sind, wo man die schönste Aussicht hat, welches die besten Kurven sind usw. Es gibt ein Verächtlich-Machen jener Leute, die gegen diesen Motorrad-Terror eingestellt sind. In der Steiermark hat es eine Initiative gegen Motorradfahrer gegeben, wobei der Chef dieser Anti-Initiative sogar mit einem Molotowcocktail beworfen wurde. Sie sehen also, dass es hier wirklich um eine wichtige Herausforderung geht, die es zu bewältigen gilt.

Fakt ist jedenfalls, dass die Belastung außerordentlich ist und nicht mehr weiter hingenommen werden kann. Die Polizei hat erklärt, die Kontrollen verstärken zu wollen, eine andere Maßnahme wäre aber, das Argument "Gesundheit" in den Mittelpunkt zu stellen und das staatliche Lärmschutzgesetz als Hebel zu nutzen. Die chronische und enorme Belastung, die die Anwohner erleben müssen, soll gemessen werden. Aufgrund dieser Werte sollen dann Maßnahmen gesetzt werden. Damit würde das Prinzip der Freizügigkeit in keiner Weise eingeschränkt und dem Prinzip der Gesundheit würde der gewünschte Vorrang gegeben. Man könnte Messungen durchführen, die evident machen, dass die Grenzwerte bei weitem überschritten werden. Im Anschluss daran könnten dann entsprechende Zirkulationsverbote erlassen werden. Wir schlagen in unserem Beschlussantrag eine Sperrung der Pässestraßen zwischen 11.00 Uhr und 17.00 Uhr vor, was natürlich heftig ist. In Österreich gibt es aber genügend Beispiele dafür, dass auf gewissen Pässen in den Nachtstunden oder am Wochenende keine Motorräder zirkulieren dürfen. Südtirol müsste in dieser Hinsicht schon ein wenig nachziehen bzw. vorausgehen, und zwar auch deshalb, weil das Weltnaturerbe "Dolomiten" hier eine wichtige Rolle spielt. Wir sind dadurch in einer besonderen Verpflichtung, und wenn Landesrat Laimer unlängst in einem Radio-Interview gesagt hat, dass man die Werte dieses Weltnaturerbes verinnerlichen müsse, so müssen wir den akustischen Rahmen des Weltnaturerbes der Schönheit der Landschaft anpassen.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Wenn man den Titel des Beschlussantrages – "Kampf dem Biker-Terror" – liest, so denkt man an Krieg. Ich bin nicht befugt, als Vertreter der Motorradfahrer zu sprechen, und das Problem ist auf bestimmten Strecken sicher gegeben. Ein Verbot erscheint mir aber doch zu weit gegriffen. Vor allem aber muss man auch hier zwischen Tag und Nacht unterscheiden, obwohl in der Nacht wohl nur wenige Motorräder unterwegs sind. Kollege Heiss, ich weiß nicht, ob ein auffrisiertes Motorrad mit weniger als 150 ccm Hubraum nicht mehr Lärm verursacht als eine größere Maschine. Das sind Kriterien, die mir nicht ganz einleuchten. Ich verstehe das Problem und ich weiß, dass die Menschen, die an diesen Strecken leben, keine Freude haben, wenn Motorräder vorbeirasen und –rasen und die zulässige Geschwindigkeit und den zulässigen Lärmpegel überschreiten. Dazu soll es Kontrollen geben, aber ein Verbot würde ich entschieden ablehnen. Dann dürfte man nämlich auch keine Motorräder mehr bauen. Ich kann doch nicht jemandem, der sich ein Motorrad kauft, sagen: "Aber fahren darfst Du damit nicht!" Es mag stimmen, dass bei uns weniger Kontrollen gemacht werden, und das spricht sich ja auch herum. Ich bin auf jeden Fall absolut dafür, dass Kontrollen gemacht werden, aber mit einem Verbot kann ich persönlich nicht viel anfangen. Wir haben über dieses Thema schon einmal gesprochen. Was die Schließung der Pässe insgesamt anbelangt, muss ich sagen, dass ich nicht viel davon halte. Wenn man eine Maut einhebt, so werden die Pässe dann erst recht zu touristischen Strecken. Da gibt es ja Erfahrungswerte aus anderen Gebieten im Alpenraum. Wen hält es ab, beispielsweise die Großglockner-Hochalpenstraße zu benutzen, wenn er dafür 15 Euro zahlen muss? Das bedeutet nicht, dass es dann automatisch weniger Verkehr gibt. Ich bin immer dafür, dass es Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen gibt. Wenn Richtlinien überschritten werden, dann

muss es auch entsprechende Strafen geben. Das ist klar, aber das Kind mit dem Bade auszuschütten, wird in dieser Sache nicht funktionieren, wie auch in anderen nicht.

Den ersten beiden Punkten des beschließenden Teiles des Beschlussantrages könnte ich noch etwas abgewinnen, aber von einem Verbot bzw. von Sperrungen halte ich nichts.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Auch ich spreche mich eigentlich gegen Verbote aus, weil es diesen gesetzlichen Rahmen gibt und es das größere Problem ist, dass die Einhaltung der Gesetze nicht kontrolliert wird. Die Motorradfahrer sind ein Aspekt, aber es ist auch so, dass es auf der Autobahn ein Überholverbot für Lkw's und Camper gibt, das aber nicht eingehalten wird. Ich habe aber noch nie eine Polizeistreife gesehen, die das kontrollieren würde! Da wäre es wirklich notwendig, den gesetzlichen Rahmen auszuschöpfen. Ich fahre relativ viel über Pässestraßen – ich bin viel auf der Jaufenpass- und Timmelsjochstraße unterwegs -, und natürlich fallen einem die vielen Motorräder auf. Hier ist sicher die Geschwindigkeit ein Problem, denn wenn auf einer Pässestraße 50 km/h vorgegeben sind und Motorräder mit 100 km/h an einem vorbeibrettern, dann steigt der Lärmpegel natürlich dementsprechend. Nichtsdestotrotz ist es nicht die Schuld der Motorradfahrer, wenn die Polizei nicht durchgreift. Das ist fast so wie beim Prinzip: "Wir verbieten es. Bedanken dürft Ihr Euch bei jenen, die es verbockt haben." Generell fallen dann aber alle in einen Topf. Es gibt viele disziplinierte Motorradfahrer, die sich an die Geschwindigkeiten halten und nicht Motorräder haben, die eine solche Belästigung darstellen, aber alle würden in diesen Topf hineinfliegen. Warum? Weil die Einhaltung der Gesetze, die eigentlich vorhanden sind, nicht von den Ordnungskräften kontrolliert wird. Das kann es einfach nicht sein! Deshalb wäre ich dagegen, dass man hier generell ein Verbot ausspricht. Man sollte Lärmkontrollen durchführen, weshalb ich beantrage, dass über die ersten beiden Punkte getrennt abgestimmt wird. Ich bin nämlich absolut Ihrer Meinung, dass man, so wie in Punkt 1 vorgesehen, Lärmmessungen durchführen und die Ergebnisse vor allem der Polizei und den Gemeinden mitteilen sollte. Man sollte auch erheben, welches die besonders belasteten Pässe oder Straßen in unserem Land ist. Anhand von diesen Daten kann man dann konkrete Maßnahmen seitens der Ordnungskräfte einfordern. Wenn man sieht, dass es in unserem Land eine Pässestraße gibt, auf der eine übermäßig hohe Lärmbelastung vorhanden ist, kann man eventuell über Maßnahmen nachdenken. Dass man aber pauschal, ohne Daten in der Hand zu haben, eine solche Maßnahme ergreift, ginge mir zu weit.

VEZZALI (IL Popolo della Libertà – Berlusconi per l'Alto Adige): Il tema sollevato è sicuramente importante, perché c'è da dare giusta tutela agli abitanti e anche agli stessi frequentanti delle zone che sono soggette a circolazione stradale. Forse il fatto che ci sono delle valli più o meno strette o più o meno scoscese ecc. amplifica i rumori. Però credo che non possa essere questo lo strumento, se non altro non come esposto nella parte impegnativa della mozione, perché individuare un limite per cilindrata per veicoli acusticamente inquinanti non mi sembra utile nemmeno alla vostra richiesta. Vi sono sicuramente delle moto con meno di 150 cc. che inquinano acusticamente molto di più di altre moto. Teniamo presente che in teoria le moto dovrebbero essere omologate prima di essere vendute con una certa emissione acustica, quindi un controllo preventivo deve essere già fatto. Dare una limitazione semplicemente per cilindrata credo non sarebbe utile nemmeno alla vostra causa. Ipotesi che potrebbe essere fatto un controllo forse all'imbocco della valle. Se passa una moto che supera un certo numero di decibel perché il conducente l'ha truccata o ha tolto "l'anima" della marmitta per fare più rumore, quello potrebbe essere fermato, ma è un'ipotesi che mi è venuta in mente adesso. Potrebbe essere una soluzione per limitare l'inquinamento acustico e contemperare le diverse esigenze di chi utilizza la moto per godersi anche i paesaggi, la moto è sinonimo di libertà, e arrivare in queste zone di montagna soprattutto per chi viene da fuori e vuole godere anch'egli di queste bellezze, è chiaro che deve farlo rispettando gli abitanti della zona, l'ambiente ecc.

Chiedo al presidente tre votazioni separate per i tre punti della parte dispositiva.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): Si vede che i colleghi Verdi, e dico subito che appoggio la mozione al di là dell'ultimo passaggio, hanno avuto un'adolescenza poco animata da situazioni motoristiche, perché, collega Heiss, Le garantisco che con una moto di 125 di cilindrata senza marmitta faccio più rumore che con una moto 1200 di cilindrata con la marmitta omologata. Il rumore non è collegato alla cilindrata. Il problema del rumore è un problema serio, che però mi pongo molto dopo che dall'inizio di stagione abbiamo già 10-12 cadaveri sulle strade! Il problema delle moto è un problema serissimo, specialmente i motociclisti che arrivano dall'estero in Italia a fare ciò che se provano a fare a Monaco, Francoforte o Zurigo li mettono in galera e buttano via le chiavi! Le nostre strade sono diventate un parco giochi e c'è un'insufficienza di controlli bestiale. Gli unici che io ho

visto fare dei controlli sono i carabinieri di Caldaro che all'inizio della strada per la Mendola fermavano proprio le moto, misuravano i decibel della marmitta e controllavano se era omologata e corrispondente a quella del libretto di circolazione. Ci sono gare dappertutto! C'è gente che viene qua a divertirsi. Andate a Sarentino a vedere se non credete! Io percorro la strada della val di Non ogni giorno e vi garantisco che a parte due volte i carabinieri di cui ho detto prima dopo Appiano fermi, non ho mai visto una pattuglia, e ci vado ad ogni ora del giorno e della notte! A Sarentino sono andato pochi giorni fa, sembrava di essere a Le Mans! Se non si danno una regolata ci saranno cadaveri ogni giorno! È una cosa micidiale quella che sta accadendo sulle strade di montagna, ma certamente la soluzione non è quella di chiuderle né quella prevista dai Verdi, cioè di vietare le moto superiori a 150 cc. Un disgraziato con una Fiat 500 può fare più danni di una persona intelligente con una Ferrari! Il problema non è la cilindrata, è il cervello di chi ci sta sopra la motocicletta!

Posso essere d'accordo su questo tema, anche se ribadisco che mi preme di più la gente che muore più che la gente che fa rumore! Mi preme di più una situazione di assoluta mancanza di controlli! Volevo dire al consigliere Pichler Rolle che quando ho fatto presente queste cose ai Carabinieri e alla Polizia stradale, mi hanno detto che lo sanno, ma che se si mettono sulle strade a fare un controllo di velocità, i motociclisti sono come i napoletani, si segnalano tutto. Nel momento in cui quelli passano e vedono i carabinieri, segnalano ai motociclisti che vengono dal lato opposto di andare piano. Io ho detto loro che è lo stesso, faremo a meno di fare le multe, ma almeno vanno piano! O il problema è quello di fare le multe? Bisogna passare da una mentalità repressiva ad una mentalità che va ad anticipare ciò che può accadere. È una cosa bestiale quello che sta succedendo, ed è sempre peggio. I colleghi Verdi vanno in questa direzione, ribadisco che mi preoccupano di più i morti che i rumori, anche perché ritengo questo documento un po' eccessivo. Non ho mai visto gente che muore di infarto per il rumore di una moto! Mi sembra un po' eccessivo. Il collega Heiss dice che il rischio aumenta, a me ci sono altre cose che mi fanno rischiare l'infarto che non il rumore!

Prendo atto della richiesta del collega Vezzali che ha chiesto tre votazioni separate per i tre punti della parte impegnativa e, anzi, consiglio al collega Heiss di stralciare l'ultimo punto, perché veramente, se collegati al rumore, i 150 cc. sono micidiali, quindi non ha senso.

PICHLER ROLLE (SVP): Dieser Beschlussantrag findet nicht unsere Zustimmung, und ich will das auch ganz kurz begründen. Einiges wurde von den Kolleginnen und Kollegen bereits vorweggenommen. Dazu kommt, dass die Landesregierung seit geraumer Zeit an einer Regelung arbeitet, um den motorisierten Verkehr auf den Passstraßen in Südtirol einzuschränken bzw. mautpflichtig zu machen. Wenn es also so wäre, dass die Landesregierung ohnedies versucht, gemeinsam mit den Gemeinden eine Regelung für die Passstraßen zu treffen, dann hätte es keinen Sinn, eine zusätzliche, restriktive Regelung zu treffen. Die Kontrolltätigkeit ist unterlässlich. Ich hoffe, dass sich ein Großteil der politischen Vertreter hier im Landtag dieser Linie anschließen kann. Wenn wir ein Problem haben, so wie es der Kollege Seppi geschildert hat, dann sind die Kontrollen, die ausgeübt werden, erzieherisch. Vor allem aber muss es Kontrollen geben. Die Kollegin Thaler hat heute zu mir gesagt, dass eine Untersuchung ergeben hätte, dass die Hälfte der Motorräder nicht in Ordnung sei, was natürlich entsprechend gehandelt werden sollte. Deshalb muss es entsprechende Kontrollen geben. Man kann heute im Handel Autos erwerben, die – laut dem Tacho zumindest – 200 km/h fahren können. Wo denn? Es gibt keinen einzigen Kilometer Streckenabschnitt, auf welchem man diese Geschwindigkeit fahren darf. Man könnte das Problem ja auch dadurch schon lösen, aber das wollen wir nicht. Man gewährt Freiheiten, schafft Regeln und, wenn es gar nicht mehr geht, dass es generell verboten ist, ein Fahrzeug zu benutzen. Wie gesagt, ich kann mich diesen generellen Verbotswünschen nicht anschließen. Auch hege ich berechtigte Zweifel daran, ob es tatsächlich die Motorräder bis zu 150 cm³ sind, die den größten Lärm verursachen. Das hängt, wie schon gesagt worden ist, vom Fahrstil und von der Fahrweise ab. Wenn jemand die Straßenverkehrsordnung einhält, dann gibt es kein Problem. Jetzt wird man sagen, dass die oft Motorradfahrer oft Rennfahrer spielen wollen bzw. mit 150 und mehr Stundenkilometern fahren. Dazu braucht es Kontrollen, aber deshalb kann man nicht ein generelles Verbot erlassen.

THALER ZELGER (SVP): In der Tat ist das mit den Motorrädern für jene, die an diesen Straßen wohnen, ein Problem. Ich gehöre selbst dazu und werde regelmäßig über Klagen von Mitbürgern informiert. Was kann man dagegen tun? Auch ich bin der Meinung, dass es Kontrollen braucht, denn es gibt ja bereits Regeln. Die Kontrolle ist natürlich schwierig. Ich wohne an der Flaimstalerstraße, und zwar an einer Stelle, wo auf circa 500 Metern eine gerade Strecke ist. Es ist mir aufgefallen, dass ein Motorrad ständig mit unendlicher Geschwindigkeit vorbeigefahren ist. Es ist wahrscheinlich also hin- und zurückzufahren, um zu schauen, welche Geschwindigkeit man zusammenbringt. Wir hatten in unserer Gemeinde ein Radargerät, das gemessen hat, dass mehr als die Hälfte der Fah-

rer – nicht nur der Motorradfahrer – die Geschwindigkeit überschritten hat. Im Ortsgebiet von Truden wurde ein Motorradfahrer mit 180 km/h geblitzt. Es war aber nicht möglich, diesen auszumachen, weil ein großer Teil der Motorradfahrer die Kenntafeln so anbringt, dass sie von den Radargeräten nicht erfasst werden können. Eine weitere Kontrolle hat ergeben, dass die Auspuffe von knapp der Hälfte der Motorräder nicht dem entsprechen, was in den technischen Daten angegeben ist. Ich weiß, dass es schwierig ist, Kontrollen durchzuführen, aber Kontrollen wirken auch abschreckend. Wir haben gemerkt, dass der in unserer Gemeinde aufgestellte Radar dazu geführt hat, dass nur mehr zwischen zwei und drei Prozent der durchfahrenden Fahrzeuge die Geschwindigkeit überschritten haben. Der Radar musste dann aber leider entfernt werden. Erst kürzlich wurde bei einem Unfall die Absperrung für einen Gehsteig überfahren, wobei zur Zeit des Unfalls zum Glück niemand auf dem Gehsteig war. Auf jeden Fall glaube auch ich, dass ein Verbot für Motorräder über 150 cm³ nicht viel nützen würde. Es kann aber auch nicht sein, dass sich alle auf unseren Berg- und Passstraßen auslassen, die sich in Deutschland und Österreich nicht auslassen können. Hier muss etwas zum Schutz der dort lebenden Bevölkerung getan werden. Die Anrainer leiden, vor allem an jenen Strecken, wo die Motorradfahrer Gas geben können.

Ich stimme dem Anliegen des Beschlussantrages zu und gebe zu, dass wir dem Problem alle etwas hilflos gegenüber stehen. Ein Verbot wäre meiner Meinung nach aber nicht der richtige Weg.

STIRNER BRANTSCH (SVP): Es hat schon vor Jahren einen ähnlichen Beschlussantrag der Grünen gegeben, bei dem es insgesamt um die Sperrung der Pässe - vor allem der Dolomiten-Pässe - gegangen ist. Ich muss sagen, dass ich sogar noch einen Schritt weitergehen würde. Im Beschlussantrag steht geschrieben, dass eine wirkungsvolle Maßnahme zum Lärmschutz die Sperrung der großen Pass- und Gebirgsstraßen zu befristeten Jahres- und Tageszeiten für die Motorräder wäre. Ich würde die Pässe auch für die Autos sperren. Das könnte man ja auch zu gewissen Tageszeiten machen, damit die Pendler auch weiterhin über die Pässe fahren können. Letztlich wurden Pässe ja für eine gewisse Zeit gesperrt und waren in dieser Zeit nur für Fahrradfahrer zugänglich. Wenn man gesehen hat, wie viele Menschen auf das Fahrrad zurückgreifen und wie sehr das auch von Einheimischen und Touristen geschätzt wird, dann muss man sagen, dass es gut ist, wenn die Pässe gesperrt werden und der Radverkehr gefördert wird. Kaum waren die Straßen dann aber wieder offen, dann ist es losgegangen bzw. es waren nur mehr Motorradfahrer unterwegs. Wir kommen da nur weiter, wenn wir ein gewisses Verbot erlassen. Anders geht es nicht, denn mit einem Appell an die Vernunft werden wir kaum etwas erreichen.

MUSSNER (Landesrat für Bauten, ladinische Schule und Kultur und Vermögensverwaltung – SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns wohl alle einig, dass Lärm unsere Lebensqualität und unsere Gesundheit beeinflusst. Wir haben uns in der Landesregierung natürlich über die anfallenden Probleme durch den Motorradverkehr beschäftigt, und dort, wo es uns gesetzlich und bautechnisch möglich ist, versuchen wir Verbesserungen zu erwirken. Für die Straßenverkehrsordnung und deren Einhaltung ist jedoch nicht die Landesverwaltung, sondern der italienische Staat zuständig. Ich kann Ihnen versichern, dass wir sehr eng mit den Ordnungskräften zusammenarbeiten, um mit deren Hilfe die Verkehrsteilnehmer zu sensibilisieren und eventuell auch zu strafen. Das waren auch wesentliche Punkte unserer Sensibilisierungskampagne "No credit", die zu einer Reduzierung der Unfälle geführt hat.

Der Straßenlärm ist ohne Zweifel eines jener Probleme, deren Lösung in Zukunft verstärkt angegangen werden muss. Das Assessorat für Bauten hat in einem entsprechenden Schreiben alle Bürgermeister über die Möglichkeiten der Lärmemissionskontrollen und entsprechende Sanktionen informiert. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass das Assessorat für Raumordnung, Umwelt und Energie am 28. April, der als internationaler Tag gegen Lärm ausgerufen worden ist, eine entsprechende Aktion gemacht hat. Weniger Lärm erreicht man auch mit weniger Geschwindigkeit, und deshalb haben wir auf mehreren Straßen eine Geschwindigkeitsbegrenzung angebracht.

Ich komme zum Beschlussantrag zurück und kündige an, dass wir dagegen stimmen werden. Das Problem kann nicht durch ein generelles Verbot gelöst werden. Wir müssen eine Gesamtregelung treffen, bei der beispielsweise auch über die Problematik der Abgase gesprochen wird.

Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: DDr.ⁱⁿ Julia Unterberger

PRÄSIDENTIN: Herr Abgeordneter Heiss, Sie haben das Wort für die Replik.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich danke dem Landesrat und den Kolleginnen und Kollegen für die ausführlichen, sehr differenzierten Stellungnahmen. Nun, ich kann all jenen, die dieses Problem zu minimieren oder herunterzuspielen versuchen, nur einmal empfehlen, sich einmal an der Flaimstalerstraße oder am Würzjoch – dort hält die SVP Ladinia ja jedes Jahr ihr Sommerfest ab – auf die Terrasse der jeweiligen Gasthöfe zu setzen und sich anzuhören, was dort abgeht. Sie haben wirklich das Gefühl, in Monaco oder Silverstone zu sein, wobei Sie dafür nicht einmal Eintritt bezahlen müssen. Leider fährt kein Vettel oder Alonso vorbei, sondern lauter mittelalterliche bis ältere Herren, deren ganze Kraft zwischen den Beinen bzw. im Motorrad steckt. Es sind nicht unbedingt die Grünen, die hier vorbeirattern, sondern alle Kaliber. Sie fahren nach Südtirol, wie es die Kollegin Thaler gesagt hat, weil es hier relativ wenige Kontrollen gibt. Man kann natürlich sagen, so wie es der Kollege Knoll oder Kollege Leitner getan haben, dass die Ordnungskräfte nicht auf der Höhe bzw. nicht in der Lage sind, das Ganze zu kontrollieren. Warum also soll man diesem Verbotsstaat auch noch unter die Arme greifen? Im Sinne der Süd-Tiroler Freiheit oder der Freiheitlichen ist das natürlich ein liberalistischer Standpunkt, aber aus unserer Sicht müssen wir auch hinzufügen, dass wir das Problem im Rahmen der Kontrollen, die wir machen können, beispielsweise mit einer Reihe von Messungen, dingfest machen können. Ich bin davon überzeugt, dass während der Sommermonate anstelle der 60 oder 70 Dezibel 110 oder 120 Dezibel durchgehend über viele Stunden erreicht werden. Das muss man sich einmal vor Augen führen, und da ist unser technischer Unverstand, Kollege Seppi – 150 cm³ auf oder ab, Motorrad aufgebohrt oder nicht – nur ein relatives Hindernis. Wir sind davon überzeugt, dass dieser Beschlussantrag ein Thema aufgreift, das in den nächsten Jahren immer wieder gehandelt werden wird und vor allem von den Leuten, die an den Pässen leben und arbeiten, wirklich gespürt wird. Es ist nun einmal so, dass die Motorradfahrer unsere Pässe mit großem Lärm heimsuchen. Es geht nicht darum, eine Gruppe zu stigmatisieren, aber in dieser Kategorie konzentrieren sich diejenigen, die den negativen Geist des fossilen Zeitalters perfekt verkörpern. Wir würden uns freuen, wenn dieser Beschlussantrag zumindest von einem Teil der Kolleginnen und Kollegen unterstützt würde.

PRÄSIDENTIN: Wir kommen zur Abstimmung, und zwar getrennt, wie vom Abgeordneten Vezzali beantragt.

Zunächst stimmen wir über die Prämissen ab: mit 2 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen abgelehnt.

Wir stimmen über Punkt 1 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages ab: mit 8 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

Wir stimmen über Punkt 2 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages ab: mit 5 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

Wir stimmen über Punkt 3 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages ab: mit 2 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt 7 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 330/11 vom 7.6.2011, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend Wegschilder aus Holz".**

Punto 7) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 330/11 del 7.6.2011, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante cartelli segnaletica di montagna in legno".**

*Es gehört zu unserer Tradition, dass die Wegschilder im Gebirge aus Holz sind.
Aus diesem Grund*

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

den Landeshauptmann und die Landesregierung, für die Wegschilder im Gebirge in Südtirol Holz zu verwenden und diese Schilder weder jetzt noch in Zukunft durch Metallschilder zu ersetzen.

Premesso che l'uso del legno nei cartelli per la segnaletica dei sentieri di montagna é parte integrante della nostra tradizione.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
impegna

il presidente e la Giunta provinciale a utilizzare il legno quale materiale per i cartelli della segnaletica di montagna in Provincia di Bolzano e di non sostituire ne ora ne in futuro i suddetti i cartelli con altri in materiale metallico.

Frau Abgeordnete Artioli, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

ARTIOLI (Lega Nord): Ho depositato questa mozione perché su Facebook si è creato un gruppo per la difesa dei cartelli di indicazione dei sentieri in legno. A questo gruppo hanno già aderito più di 1000 persone, le quali vedranno cosa fare se si continuasse sulla strada di mettere cartelli di metallo. Ho avuto la fortuna di incontrarli e chiedere loro se potevo depositare questa mozione, perché sono assolutamente convinta che questa sia la strada giusta. È bello vedere sui nostri sentieri i cartelli di legno. I cartelli di plastica gialli sono stati adottati in Germania e Austria, ma noi non dobbiamo copiare le cose brutte, possiamo mantenere le cose che ci piacciono, che fanno parte del nostro essere. Nei parchi naturali sappiamo che i cartelli vengono sostituiti ogni tre mesi. In Alto Adige non esistono cartelli rovinati e illeggibili. Anche l'associazione dell'Alpenverein appoggia questa cosa, perché anche se i cartelli gialli sono più sicuri, secondo me non si può mettere la sicurezza davanti alla tradizione, perché i nostri cartelli si vedono benissimo. I cartelli gialli non è che alla notte siano catarifrangenti! La scritta è in bianco, quindi sul legno si vede benissimo. Ci tengo particolarmente, e so che parte della SVP è d'accordo con me con il fatto che i cartelli di legno vadano mantenuti. Quindi sono dell'idea che si troverà una strada per bloccare questi cartelli.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Vielleicht zur Präzisierung. Die Schrift auf den Schildern ist nicht weiß, sondern schwarz, aber das nur nebenbei. Darauf kommt es ja nicht an.

Ich habe mich auch schon mehrfach für die Beibehaltung der Holzschilder ausgesprochen. Landeshauptmann Durnwalder wird jetzt sagen: "Wenn wir sie in einer andere Farbe gemacht hätten, dann hättet Ihr wieder gemeckert. So sind sie gleich wie in Nord- und Osttirol." Ich kenne dieses Spiel, Herr Landeshauptmann, aber wir sollten uns schon die Frage stellen, ob es solche Regelungen braucht. Das ist doch ein bisschen so wie die Diskussion auf EU-Ebene, wonach die Marmelade plötzlich Konfitüre heißen muss. Da gibt es etwas, was sich gut bewährt hat, was gut funktioniert und auch geschätzt wird, und, Herr Landeshauptmann, wenn Sie ehrlich sind, dann gefallen Ihnen die Holzschilder auch besser. Da frage ich mich schon, was der Grund dafür ist, warum Metallschilder so viel besser als Holzschilder sein sollen. Als Argument wurde ins Feld geführt, dass die Metallschilder länger halten würden. Ich habe mich beim Alpenverein informiert, wobei man mir gesagt hat, dass die Schilder im Schnitt nach 15 Jahren ausgetauscht werden. Wenn wir uns vor Augen führen, dass Straßenschilder alle sieben Jahre ausgetauscht werden, dann darf ein Holzschild nach 15 Jahren durchaus behaupten, seinen Dienst erfüllt zu haben, und auch einmal ausgetauscht werden. Ich denke nicht, dass ein Metallschild irgendwo länger als 15 Jahre stehen wird. Südtirol möchte sich immer als bodenständiges Land präsentieren, das viel Wert auf Traditionen legt. Da gehört doch auch das äußere Erscheinungsbild dazu. Auch der Umgang mit natürlichen Rohstoffen bzw. Ressourcen ist doch eigentlich ein Aushängeschild. Schauen Sie sich einmal die Tourismuskataloge an. Dort sind immer wieder auch diese Wegschilder abgebildet. Warum? Weil sie neben ihrem informativen Wert im Vergleich zu anderen Wegbeschilderungen in Österreich, Deutschland und der Schweiz auch einen optisch wertvollen Aspekt darstellen. Sie sind, wie man so schön sagt, ein Hingucker! Da frage ich mich einfach, warum man so etwas mutwillig zerstören muss.

Auch die Lesbarkeit wurde als Argument ins Feld geführt. Natürlich ist eine Schrift auf einem gelben oder weißen Hintergrund immer deutlicher sichtbar. Solche Wegschilder werden normalerweise an Weggabelungen oder Kreuzungen aufgestellt und geben Orientierung. Ich habe noch niemanden getroffen, der vor einem Wegschild stand und den falschen Weg gegangen wäre, weil er das Schild nicht mehr lesen konnte.

URZI: *(interrompe)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Das hatten wir hier schon einmal. Ich habe eine entsprechende Anfrage gestellt und zur Antwort bekommen, dass sich kein einziger italienischer Tourist verirrt hat.

Wie gesagt, warum muss man dieses bewährte System zerstören bzw. warum glaubt man, hier etwas besser machen zu müssen, was man eigentlich nicht besser machen kann? Wir sprechen uns auf jeden Fall mit aller Überzeugung für die Beibehaltung der Holzschilder aus.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Das Thema der Holzschilder wird natürlich emotional verspürt. Man muss es nicht gerade wie die Facebook-Gruppe zum Ersatzsymbol der Tiroler Fahne erheben, aber man muss schon sagen, dass sich die Holzschilder – entschuldige, Kollege Stocker – doch als alpines Corporate Identity bewährt haben. Warum? Weil sie diese relativ bescheidene und zurückhaltende Größe haben. Sie passen sich der Gegend an und zeigen das an, was Natur verkörpert, das heißt sie altern. Zu Beginn sind sie relativ gut lesbar, verändern dann später ein wenig die Farbe, sind aber noch immer gut lesbar und haben damit ein Stück Naturnähe in ihrer Ausdruckform. Das ist sehr ansprechend und ein Vorbild, das auch in anderen Regionen zur Nachahmung empfohlen wird. Wenn man sich in Deutschland ein wenig umschaute, so habe ich letzthin gesehen, dass die Wege in der Oberpfalz nach Südtiroler Vorbild beschildert worden sind, weil sie besonders gut gefallen. Es ist also schon eine Form der alpinen Kommunikation, die für unsere Region typisch zu sein scheint. Die Hinweise darauf, dass man sie austauschen müsse, sind von Landesrat Berger zwar technisch gut argumentiert vorgebracht worden, aber der emotionale Bindewert bzw. der typische Ausdruck Südtirols bzw. des zentralen Alpenraums ist in diesen Schildern sehr gut aufgehoben. Es wäre schade, sie jetzt systematisch auszutauschen. Landesrat Berger, nach dem Ende des Wegeprojektes des Alpenvereins Südtirol ist man ja daran gegangen, die Schilder auszutauschen. Ist damals eigentlich kein entsprechender Hinweis erfolgt, dass sie künftig in Metall aufgestellt werden sollen? Mich wundert schon, dass gerade jetzt ein systematischer, wenn auch langsamer Wechsel erfolgen soll.

Der Beschlussantrag der Kollegin Artioli ist zwar lapidar bzw. steinern in seiner Kürze, aber wir werden ihm trotzdem zustimmen.

URZì (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertè): Partiamo da alcuni punti fermi. Il primo è che c'è stata una straordinaria partecipazione non solo popolare ma anche ad un livello diverso di responsabilità della politica e anche di taluni rappresentanti delle istituzioni a questo movimento che si è spontaneamente messo in moto per alzare questo grido di dolore, per dire: fermatevi finché siete in tempo, evitiamo questa iattura per la provincia di Bolzano. Giustamente la collega Artioli ha ricordato il gruppo su face book. Anch'io sono venuto a conoscenza di questa tematica attraverso il social network, ho aderito anch'io come cittadino di questa provincia a questo gruppo, mi sento anch'io in un certo qual modo responsabilizzato nel dire: fermiamoci finché siamo in tempo. Questo è il primo punto fermo. C'è un'adesione trasversale che va oltre le appartenenze politiche, le sensibilità particolari, le simpatie. Qui c'è una comunità di cittadini dell'Alto Adige che, a prescindere dalla propria collocazione politica, personale, sociale, dice: noi vogliamo conservare un aspetto originale, positivo, naturale del nostro territorio e dei nostri boschi con la classica segnaletica in legno che trasmette quella calda atmosfera di accoglienza che un freddo metallo non riuscirà mai a trasmettere. Questo è il primo punto fermo: la trasversalità.

Il secondo punto fermo è che io non sono assolutamente dell'idea che sia stata assunta una decisione in questo senso. Se ne sta facendo un gran parlare ed è giusto che questo accada, ma il tutto va fatto risalire ad una seduta della Giunta provinciale del 21-22 aprile, la seduta di chiusura, nel corso della quale il tema è stato indubbiamente dibattuto, al termine della quale c'è stata la redazione di un verbale. Non è stata assunta una deliberazione, e domando a chi può darmi una risposta, al presidente della Giunta provinciale in primis che fa tutt'altro che ascoltarmi, a questa domanda: un verbale della Giunta provinciale può avere lo stesso valore vincolante di una deliberazione della Giunta provinciale? Permettetemi di avere molti dubbi. Per me no. Allora credo che siamo a maggior ragione ancora in tempo, perché una deliberazione non è stata assunta, ma è giusto, nel momento in cui la Giunta provinciale ha inteso sondare il terreno facendo un comunicato stampa, facendo parlare di questo, dire: fermatevi finché siamo in tempo. Io voglio che rimanga in legno e non voglio che il legno venga sostituito dalla ruggine. All'interno di quei lavori la Giunta provinciale si è divisa, perché c'è stata una parte, e non voglio fare nomi, che ha dichiaratamente detto di non essere d'accordo. Allora fermatevi finché siamo in tempo! Credo che questo dubbio attraversi anche il gruppo di maggioranza all'interno di questo Consiglio: fermatevi finché siamo in tempo!

Voglio aggiungere ricordando che in quella seduta il tema è stato sfruttato per accennare anche alla questione dell'uso dei pittogrammi. Mi sembra quasi che sia stato colto questo pretesto per trovare un modo per uscire da quell'impasse politico in cui si è avvitata la Giunta provinciale in relazione allo scandalo "Alpenverein", come dire: tagliamo la testa al toro, tagliamo tutto e sostituiamo tutto il patrimonio della segnaletica di montagna con della segnaletica che imponiamo noi e che deve essere nuova. Veramente credo che ci siano tutte le condizioni per dire: fermiamoci finché siamo in tempo. Auspico che il Consiglio questa indicazione la voglia dare. Io voterò convintamente a favore della mozione presentata dalla collega Artioli.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Hier geht es wieder um ein Thema, das mit Regionalität zu tun hat. Landesrat Berger, ich glaube, dass Sie nicht die Aluminiumschilder bevorzugen würden, wenn Sie gewusst hätten, dass dieses Thema bei den Menschen tiefer im Herzen verankert ist, als man vielleicht geglaubt hat. Davon bin ich überzeugt. Die Holzschilder sind eine Eigenheit unseres Landes. Sie haben einen Kult-Charakter bekommen, und wenn wir sie durch Metallschilder ersetzen, dann betreiben wir eine Art Globalisierung, die man sich zur Zeit nicht wünscht. Ich möchte daran erinnern, dass bei diesen Facebook-Seiten vor allem jüngere Leute mitmachen. Man spürt also, dass diese Generation für diese Schilder ist. Wir predigen immer das regionale Essen und wollen, dass regionale Produkte gekauft werden. Wir predigen immer wieder, dass wir ein Holzland sind und sind jetzt dabei, dieses Holzprodukt durch ein anderes zu ersetzen. Hier stehen wir in einem Widerspruch. Mir kommt es fast vor wie das Weiße Kreuz. Auch das Weiße Kreuz ist für unser Land etwas Typisches geworden. Man könnte morgen ja auch sagen: "Machen wir eine Vereinheitlichung." Argumentativ ist das natürlich nicht gleichzustellen, aber trotzdem geht es immer um das Typische. Herr Landesrat, ich ersuche Sie höflich, hier zurückzurudern und die Holzschilder beizubehalten. Sie sind schön anzuschauen und gehören zu unserem Land. Wieso also sollten wir sie austauschen? Das wäre wirklich schade, auch touristisch gesehen. Der Kollege Knoll hat richtigerweise gesagt, dass sie auch Werbeschilder sind. Ich möchte fast schon sagen, dass sie unsere "Freistaat-Schilder" sind. Deshalb werden wir diesem Beschlussantrag zustimmen, und ich danke Harald Tschörner, der auf der Tribüne sitzt und diese "Gesichts-Seiten", Kollege Heiss, initiiert hat.

PÖDER (BürgerUnion): Der Antrag ist kurz – das stimmt –, aber er beinhaltet eine wesentliche Forderung. Die Problematik geht natürlich wesentlich tiefer, aber dass man die bisherigen Wegweiser verteidigt, ist sicher ein Anliegen, das der Landtag unterstützen sollte. Es gibt Einheimische, aber auch Touristen, die sagen: "Ja spinnst Ihr! Ihr werdet doch nicht so schöne und eingebürgerte Wegweiser durch andere Wegweiser ersetzen, die überhaupt nicht in die Landschaft passen bzw. nicht dem Charakter der Landschaft entsprechen." Wir alle sind die bisherigen Wegweiser gewohnt. Das wäre ja dasselbe, wie wenn wir Holzzäune durch blecherne Zäune ersetzen würden. Es gibt keinen schlüssigen Grund für einen Wechsel.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Mein Kollege Sigmar Stocker hat bereits einiges zu diesem Thema gesagt. Ich möchte daran erinnern, dass er am 18. Mai eine Anfrage zu dieser Angelegenheit eingereicht hat. Wir verstehen nicht, warum man eine gängige Praxis, die auf sehr viel Zustimmung stößt und eigentlich allen – Einheimischen und Gästen - lieb geworden ist, ändern will. Das Ganze hat meiner Meinung nach auch einen anderen Hintergrund. Wir dürfen nicht den Streit um die Wegeschilder in deutscher oder italienischer bzw. in beiden Sprachen vergessen. Es war ja auch ein Vorschlag der Landesregierung, durch Piktogramme oder irgendwelche Zeichen die Zweisprachigkeit zu umschiffen, um das eigentliche Problem nicht lösen zu müssen. Das ist der Hintergrund, und dieser wird bei dieser Angelegenheit ein bisschen vergessen. Die Holzschilder haben sich nicht nur etabliert, sondern sie sind den Menschen ans Herz gewachsen. Die Volksseele kocht, wenn man ihr diese Schilder nimmt. Das ist nun einmal so! Bestimmte Dinge, Herr Landesrat, werden emotionalisiert, aber das gehört auch dazu. Es ist ein Trend, dass die Leute mehr wandern bzw. mehr auf den Berg gehen. Vielleicht haben sie zu wenig Geld, um andere Sportarten zu betreiben. Es ist auf jeden Fall eine Tatsache, dass die Leute wieder mehr unterwegs sind und somit diese Dinge auch sehen. Vielleicht sind sie jetzt vielen auch stärker ins Bewusstsein getreten. Personen und Vereine, die sich immer schon mit dieser Materie beschäftigt haben, wissen schon, wovon sie reden. Ich habe neulich irgendwo gelesen, dass eine italienische Region – ich weiß nicht mehr welche es war - den Antrag um Lärchenholz gestellt hat, damit sie solche Hinweisschilder herstellen kann. Das muss man sich einmal vorstellen! Und wir gehen her und möchten sie entfernen. Offensichtlich gefallen diese Schilder auch den italienischen Gästen. Ich möchte nicht, dass man hier einen Justament-Standpunkt einnimmt und nur emotional argumentiert, aber man möge mir einen einzigen Grund nennen, warum diese Schilder nicht mehr dem entsprechen, für was sie eigentlich gemacht worden sind. Sie gehören zum Landschaftsbild Südtirols dazu, und deshalb unterstützen wir diesen Beschlussantrag mit Überzeugung.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wir haben heute alle das Heft der SMG auf unserem Tisch gesehen, und ich kann mir vorstellen, dass der Herr "Marketing-Engl" auch zuhört, was hier so gesagt wird. Wenn wir hier lesen "*Emotionen festigen das Gedächtnis*" oder "*Objekte, die keine Emotionen auslösen, sind für das Gehirn de facto wertlos*", so sind das schon interessante Erklärungen, und zwar dafür, dass die Leute - nicht nur die Einheimischen – an dieser Art der Wegbeschreibung hängen. Diese Schilder lösen Emotionen aus und sind Heimat. Oft sind es Kleinigkeiten oder unscheinbare Dinge, die Heimat bedeuten. Kein Mensch hat je darüber nachgedacht,

aber wenn man die Schilder mit etwas anderem, unbedingt nicht lieb gewordenem ersetzen will, dann würde man sie vermissen. Deshalb wehrt man sich dagegen, und auch das ist interessant.

Herr Landeshauptmann, ich hätte noch eine Frage. Staatsanwalt Rispoli hat ja vor einiger Zeit angekündigt, auch wegen der rot-weiß-roten Markierungen ermitteln zu wollen, weil sie angeblich vielen Bürgern nicht zumutbar seien. Was ist hier Sache bzw. gibt es diese Ermittlungen? Was weiß man darüber?

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Die Holzschilder lösen bei vielen Menschen Emotionen aus, und das ist anscheinend erst jetzt richtig bewusst geworden. Von diesen Emotionen hat man vor einigen Jahren nichts gehört bzw. nichts gespürt. Wenn ein Land nachhaltig wirtschaften will, dann sollte es die Rohstoffe des eigenen Landes hernehmen. Wenn Straßen gebaut werden und die Steine für die Gehsteige aus China importiert werden, so ist das aus meiner Sicht nicht richtig. Ein Land wirtschaftet nur dann gut und nachhaltig, wenn es versucht, die eigenen Rohstoffe einzusetzen.

Was die Metallschilder anbelangt, so haben diese sicher Vorteile. Nachteile sehe ich darin, dass sie, wenn sie verbogen werden, sehr unschön ausschauen und nicht mehr ihren Zweck erfüllen. Natürlich stimmt es, dass Holzschilder schneller verwittern als Metallschilder. Ich hätte da aber einen Vorschlag, über den man vielleicht nachdenken könnte. Wenn wir in unserem Land bis zur Waldgrenze Holzschilder und oberhalb der Waldgrenze Metallschilder verwenden würden, dann wäre das meiner Meinung nach eine Möglichkeit, die wir uns überlegen sollten, vor allem von der praktischen Seite her. Oberhalb der Waldgrenze sind die Schilder nämlich ganz stark dem Wetter ausgesetzt. Ich würde vorschlagen, dass man sich diese ganze Sache noch einmal überlegt. Die Nachhaltigkeit ist für mich sehr wichtig und sollte auch hier mitbedacht werden.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): È un problema di fondo, interessante, che è molto meno importante del bi- e trilinguismo sulle tabelle, perché bisognerebbe far vedere cosa c'è scritto. Mi ritengo poco interessato a questo tipo di problematica. Il legno deperisce prima, il metallo deperisce dopo, la plastica dura in eterno, ma quello che mi preme è cosa c'è scritto. Il problema è sicuramente di altra natura. La segnaletica nei sentieri di montagna è importante che sia fatta in maniera tradizionale, ma è altrettanto importante però che, prendendo atto di quanti soldi ha speso l'Alpenverein e in che modo li ha avuti per andare a rifare tutte quelle tabelle che potevano restare come erano... Penso che se le facciamo di legno e ogni 6-7 anni dobbiamo cambiarle, francamente il costo diventa eccessivo. Quindi fatte anche bene di metallo e di plastica possono andare bene. Non voterò contro la mozione ma mi asterrò, perché non è la madre delle problematiche. Se vogliamo nasconderci dietro le tabelle di legno, nascondiamoci pure. Qualcuno diceva prima che se sono di legno bruciano meglio, si segano anche meglio con una motosega, con la plastica si fa più faticata! Mi asterrò dal voto, perché è una mozione strumentale.

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: Ha chiesto intervenire la consigliera Thaler Zelger, ne ha facoltà.

THALER ZELGER (SVP): In der Tat ist das eine Thematik, die die Gemüter sehr bewegt. Oft ist es so, dass gerade die kleinen Dinge die Menschen sehr bewegen. Vieles wird dann nicht mehr rational, sondern mehr emotional diskutiert, aber das gehört ganz einfach dazu. Man kann die Argumente, die Landesrat Berger für die Entscheidung für die gelben Schilder aus Aluminium angeführt hat, nachvollziehen, aber wie bei vielen Dingen gibt es auch hier Argumente dafür und Argumente dagegen. Das ist sicher nicht das größte Problem. das wir haben – da hat der Kollege Seppi schon Recht -, aber es ist trotzdem eine sehr stark empfundene Geschichte. Auch meiner Meinung nach passen Holzschilder besser in den Wald als Metallschilder. Wir sind sie gewohnt, auch wenn sie grau sind. Die Entscheidung ist bereits getroffen worden, aber in diesem Zusammenhang stehen ja noch andere Überlegungen an. Ich würde die Kollegin Artioli ersuchen, die Behandlung dieses Beschlussantrages auszusetzen. Vielleicht können wir gemeinsam nach einer Lösung suchen, die dann von einem größeren Konsens getragen werden kann. In der heutigen Situation ist es schwierig, einen Konsens zu finden. Deshalb wäre es besser, die Behandlung dieses Beschlussantrages bis September auszusetzen. Dann finden wir vielleicht einen Konsens für eine gemeinsam getragene Lösung.

SCHULER (SVP): Ich möchte vieles von dem, was bereits gesagt worden ist, unterstreichen, aber nachdem wir uns in der der Opposition zur Verfügung stehenden Zeit befinden, möchte ich ihr nicht unnötig Zeit stehen lassen. Deshalb werde ich mich kurz halten.

Es wurde viel von Emotionen gesprochen, und zwar zu Recht. Wenn man von der rationalen Ebene spricht, dann gibt es auch hier ein Für und ein Wider. Man sollte sich die Zeit nehmen, die Vor- und Nachteile abzuwägen. Meine Kollegin Kuenzer hat bereits gesagt, dass auch Schilder in Metall bzw. Aluminium nicht in alle Ewigkeit halten werden. Wir haben diese Erfahrung über Jahre hinweg auch in den Gemeinden draußen gemacht. Da ist ein regelrechter Schilderwald entstanden, den man dann vor einigen Jahren durchforstet hat. Die Schilder haben das Dorfbild gestört, weil sie verbogen waren oder sonstige Schäden aufgewiesen haben. Auch ein Metallschild kann sehr hässlich sein, wenn es älter ist. Wir haben heute die unterschiedlichen Positionen zu diesem Thema gehört. Daran sieht man, dass die Zeit für eine endgültige Entscheidung noch nicht reif ist. Auch ich würde es befürworten, wenn man sich diese Zeit nehmen und die Vor- und Nachteile abwägen würde. In einem zweiten Moment können wir dann weiterdiskutieren. Danke!

BERGER (Landesrat für Tourismus, Landwirtschaft, Grundbuch und Kataster – SVP): Ein positives Ergebnis, Frau Artioli, haben wir erreicht, nämlich jenes, dass etwas, was wir haben, geschätzt wird. Ich kann auch positiv feststellen, dass wir uns glücklich schätzen können, dass wir über solche Themen diskutieren, während anderenorts über Bankrott von Organisationen, Staaten und Staatengemeinschaft geredet wird. Wir sprechen über Schilder in Holz oder Aluminium, und seien wir froh darüber, dass wir die Möglichkeit haben, uns im Land Südtirol über solche Themen - vorwiegend emotional und unter Ausnutzung technischer Hilfsmittel – zu unterhalten. Es ist gesagt worden, dass es ein Für und ein Wider gibt. Es stimmt auch, dass die Landesregierung die Grundsatzentscheidung getroffen hat, in diese Richtung zu gehen, unter Einbeziehung des Sicherheitsfaktors. Frau Artioli, Sie haben gesagt, dass Tradition vor Sicherheit gehen solle. Dieser Satz ist schwerwiegend. Wer ist für die Sicherheit der Wanderer verantwortlich? Wenn falsch beschilddert ist, nur weil man der Tradition frönen will, und dadurch ein Unfall passiert, dann wird sicher jener zur Verantwortung gezogen, der die nötigen Sicherheitsmaßnahmen nicht ergriffen hat. Sie haben gesagt, dass sich der Alpenverein einstimmig gegen die Metallschilder ausgesprochen habe. Wir haben eine schriftliche Stellungnahme des Alpenvereins, in der er sich mit dieser Ausrichtung der Landesregierung identifiziert, denn sonst hätte sich die Landesregierung sicher nicht in diese Richtung orientiert. Dieses Ergebnis ist dadurch entstanden, dass die Schilder, die in Südtirol auf Wanderwegen und im alpinen Bereich aufgestellt worden sind, dokumentiert und fotografiert worden sind. Dabei hat man festgestellt, dass sie, mit Ausnahme jener in den Naturparks, nicht in einem optimalen Zustand sind. Der Alpenverein hat einen Teil der Schilder ausgetauscht. Von über 70.000 programmierten Schildern sind 35.000 aufgestellt worden. Aufgrund all dieser Dinge und unter Einbeziehung der Tatsache, dass außerhalb von Südtirol von allen alpinen Vereinen im Alpenbogen die Entscheidung getroffen wurde, das gelbe Aluminium-Schild zu verwenden, haben auch wir diese Entscheidung getroffen. Der Alpenverein hat 1997 gemeinsam mit dem Amt für Naturparke die Entscheidung getroffen, Holzschilder zu verwenden. Das war sicher ein guter Beschluss, aber wir haben festgestellt, dass ein großer Teil der Schilder in schlechtem Zustand ist und man die Anzahl der Schilder reduzieren kann. Mit 30 Prozent weniger Schildern wäre die Hinweisarbeit auch getan sein. Die übliche rot-weiß-rotene Markierung würde auch ausreichen, weil ja jeder Weg eine Nummer hat. Das Schild muss gesehen werden als Hinweis fungieren. Deshalb ist diese Grundsatzentscheidung gefallen. In der Zwischenzeit ist nichts getan worden. Zunächst muss durch das Abkommen der sprachlichen Anwendung der Bezeichnungen festgestellt werden, wie viele der bestehenden Schilder ersetzt bzw. ausgetauscht werden müssen. Außerdem ist man zur Zeit dabei, im Gebiet des Weltnaturerbes Dolomiten, die Management-Pläne zu erstellen. Darunter fällt auch die Beschilderung. Es gibt hier also sehr viele Unbekannte, und man wird sich überlegen müssen, welches Konzept in Südtirol grundsätzlich angewendet werden soll, damit es nicht wieder zu einem Wildwuchs an Schildern kommt. Das Ziel wäre ein einheitliches Beschilderungsmodell für die Wander-, Mountainbike-Wege usw. Deshalb erneuere ich den Antrag, der gestellt worden ist, Frau Artioli, nämlich, dass wir die Behandlung dieses Beschlussantrages aussetzen und zum gegebenen Zeitpunkt schauen, ob wir einen Modus Vivendi finden, im Interesse aller, die damit zu tun haben. Das ist mein Antrag an Sie, und ich hoffe, dass Sie ihm zustimmen.

ARTIOLI (Lega Nord): Sapete che la mia politica è quella di venire incontro e non quella dello scontro. Ringrazio tutti i colleghi che sono intervenuti. Assessore, sospendo la votazione sulla mozione fino a settembre alla ripresa dei lavori, ma a settembre chiederò la votazione per appello nominale. Senza offesa per Lei mi permetto di ricordarLe che non siamo stati noi dell'opposizione a portare questa deliberazione in Giunta provinciale,

l'avete fatto voi. Noi stiamo solo correndo ai ripari, perché avete deciso voi di parlare di cartelli. Noi non avevamo nessuna intenzione di cambiare i cartelli di legno, per cui prima di dire che noi non parliamo di argomenti seri ma di cartelli di legno, io rilancio la palla dall'altra parte del campo, perché sicuramente non siamo stati noi a portare in Giunta questa decisione.

La ringrazio, assessore, per la Sua offerta, sono d'accordo con Lei, a settembre voteremo la mozione per appello nominale, perché sono sicura che se Lei mi garantisce che fino a settembre non fate niente, mi fido della Sua parola. Quindi la sospendo.

PRESIDENTE: Le ricordo che adesso verrà inserita nel cosiddetto serbatoio dell'ordine del giorno e quindi dovrà essere riproposta l'anticipazione per la prossima seduta di settembre.

Punto 8) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 337/11 del 27.6.2011, presentata dai consiglieri Klotz e Knoll, riguardante moduli e prestampati: rispetto del bilinguismo"**.

Punkt 8 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 337/11 vom 27.6.2011, eingebracht von den Abgeordneten Klotz und Knoll, betreffend Formulare und Vordrucke: Einhaltung der Zweisprachigkeit"**.

Nonostante in passato il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano si sia già più volte occupato della perdurante mancata osservanza dell'obbligo di bilinguismo nei moduli e prestampati, approvando anche, alcuni anni fa, una mozione in merito, duole constatare che si verifica di continuo che soprattutto nelle Poste, ma anche negli uffici giudiziari vengano utilizzati ovvero forniti prestampati e moduli scritti unicamente in italiano. Lo dimostrano gli allegati alle interrogazioni degli ultimi mesi e nuovi esempi possono essere forniti in qualsiasi momento.

Non potendo pretendere che ogni cittadino vada ogni volta a protestare in quegli uffici e spenda il tempo a sollecitare finché un modulo bilingue è disponibile, sta all'amministrazione fare in modo che le norme vigenti siano rispettate senza se e senza ma, sempre e in ogni luogo, soprattutto per quanto riguarda la disponibilità di materiale stampato.

Per questo motivo,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
incarica

la Giunta provinciale

- di trovare i mezzi e il modo per individuare con precisione gli uffici pubblici che pur avendo l'obbligo del bilinguismo non lo rispettano e fare in modo che tutti gli stampati siano disponibili in versione bilingue;*
- di predisporre e tenere un apposito registro, dal quale risulti quali uffici hanno fornito o forniscono in quale data e per quanto tempo moduli non in versione bilingue;*
- di sollecitare pubblicamente le cittadine e i cittadini a segnalare a un servizio centrale l'ufficio che non fornisce moduli bilingui ovvero che non ha ancora provveduto in tal senso;*
- di fare in modo che in futuro negli uffici pubblici anche per quanto riguarda la disponibilità di materiale stampato come moduli e prestampati non si arrivi più a discriminazioni.*

Obwohl sich der Südtiroler Landtag in Vergangenheit mehrmals mit der anhaltenden Missachtung der Zweisprachigkeitspflicht im Falle von Formularen und Vordrucken befasst und vor einigen Jahren auch einen entsprechenden Beschluss gefasst hat, muss man vor allem in Post-, aber auch Gerichtssämtern immer wieder feststellen, dass nur einsprachig italienische Vordrucke und Formulare benutzt bzw. aufgelegt werden. Beweise dafür gehen aus Beilagen zu Anfragen der letzten Monate hervor und können jederzeit von Neuem erbracht werden.

Da man nicht von jedem Bürger verlangen und erwarten kann, dass er jedes Mal in solchen Ämtern protestiert und die Zeit aufbringt, so oft nachzufragen, bis ein zweisprachiges Formular auffindbar ist, muss von der Verwaltung gewährleistet werden, dass die geltenden Bestimmungen ohne Wenn und Aber jederzeit und überall eingehalten werden, vor allem auch, was die Bereitstellung des entsprechenden Druckwerkes anbelangt.

Deshalb

beauftragt
DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung,

- Mittel und Wege zu finden, auf dass genau erhoben wird, welche öffentlichen Ämter, die zur Zweisprachigkeit verpflichtet sind, sich nicht an die Vorgabe halten, dafür zu sorgen, dass auch alles angebotene Druckwerk in zweisprachiger Ausfertigung aufliegt;
- ein eigenes Register darüber anzulegen und zu führen, aus welchem ersichtlich ist, welche Ämter wann und wie lange welche Formulare nicht in zweisprachiger Fassung aufliegend haben bzw. hatten;
- die Bürgerinnen und Bürger öffentlich anzuhalten, mit einfacher Meldung an eine zentrale Stelle anzuzeigen, welches Amt nicht für die Verfügbarkeit zweisprachiger Formulare sorgt bzw. damit säumig ist;
- dafür zu sorgen, dass es in Zukunft in öffentlichen Ämtern auch hinsichtlich der Verfügbarkeit von Druckwerk wie Formulare und Vordrucke zu keinen Diskriminierungen mehr kommt.

La parola alla consigliera Klotz per l'illustrazione della mozione.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich brauche nicht daran zu erinnern, wie viele Fälle von Verletzung dieses im Verfassungsrang stehenden Gesetzes in den letzten Monaten und Jahren hier vorgebracht worden sind. Wenn hier nicht wirklich Ernst gemacht wird, dann wird sich nichts ändern. Im Gegenteil, was die Einhaltung dieses wichtigen Gesetzes anbelangt, habe ich manchmal den Eindruck, dass man gar nicht einmal zur Kenntnis nimmt, dass es dieses Gesetz gibt. Ich rede nicht einmal von entlegenen Postämtern. Wir wissen ja, dass es in Bruneck einen Fall gegeben hat, wo Bürger ein Jahr lang gewartet haben. Man hat sie immer wieder damit vertröstet, dass die Formulare ausgegangen seien.

Als ich diesen Beschlussantrag formuliert habe, habe ich mir die Mühe gemacht und mich in dem Postamt umgeschaut, das in meiner Nähe liegt bzw. das ich benütze, wenn ich Einschreibebriefe usw. aufzugeben habe. Ich habe überall nach den "raccomandate" gesucht, habe sie aber nicht gefunden. Auch den Posterlagschein für diejenigen, die noch kein Formular zur Einzahlung der Immobiliensteuer bekommen haben, habe ich nicht gefunden. Dort gab es nur Fotokopien bzw. solche Fresszettel – schauen Sie her -, und zwar nur in Italienisch. Ich habe nachgefragt und man hat mir gesagt: "Wir haben nicht einmal originale Einzahlungsscheine, sondern haben uns diese selber kopiert. Soweit sind wir." Natürlich geht es hier nicht darum, dass es nur solche "arme" Fresszettel sind. Landesrat Berger hat vorher gesagt, dass man alle Wegweiser erhoben und dokumentiert habe. Auch in diesem Bereich sollte endlich Ernst gemacht werden. Herr Landeshauptmann, hören Sie sich um! Sie haben ja viele gute Berater an Ihrer Seite. Ich bin davon überzeugt, dass wir hier klar zeigen müssen, dass wir Ernst machen wollen. Ernst zeigen kann man, wenn gesagt wird: "Wir erheben nun wirklich, welche öffentlichen Ämter, die zur Zweisprachigkeit verpflichtet sind, sich nicht an die Vorgabe halten, dafür zu sorgen, dass alles angebotene Druckwerk in zweisprachiger Ausfertigung aufliegt." Jetzt werden Sie sagen: "Ja, aber da müssen wir wieder Leute einstellen." Das brauchen Sie nicht! Wenn Sie sagen "Jetzt machen wir eine konzertierte Aktion. Meldet uns, welche Ämter sich nicht daran halten", dann werden Sie sehen, wie viele Bürger und Bürgerinnen sich melden werden. Richten Sie meinetwegen für drei, vier Monate eine entsprechende Telefonnummer ein. Die Beamten müssen aufgerüttelt werden, denn die schlafen bzw. tun nichts wegen der paar "Hansel", die nachfragen. Das ist eine Lethargie bzw. ein Skandal!

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Wir sind sicher nicht bereit zu untersuchen, wie lange es gedauert hat, bis in den Postämtern zweisprachige Vordrucke aufgelegt sind. Das ist wirklich nicht unsere Aufgabe! Unsere Aufgabe ist es, bei den verantwortlichen Stellen auf die Einhaltung der Zweisprachigkeit zu pochen, aber nicht in der Form, dass wir von Seiten der Landesregierung eine Art Polizeiwesen aufbauen und jeden Tag jemanden da oder dort hinschicken. Jeder weiß, dass die Einhaltung der Zweisprachigkeit unser Recht und für die betreffenden Beamten eine Pflicht ist. Da haben Sie Recht, Frau Klotz, und da werden Sie uns immer auf Ihrer Seite haben, aber dass wir hergehen und Polizei spielen sollen, ... Sie wissen, dass wir bereits seit längerer Zeit eine Telefonnummer eingerichtet haben, bei der entsprechende Klagen vorgebracht werden können. Ich muss Ihnen sagen, dass nur sehr wenige Klagen vorgebracht worden sind. Vielfach ist es vielleicht auch so, dass in gewissen Büros keine Bereitschaft bzw. Freude da ist, die Leute in ihrer Muttersprache zu bedienen. Das ist das Schlimme, das heißt, dass die Bereitschaft fehlt. Wenn man alles erkämpfen und mit Interventionen weiterbringen muss, dann ist das schlecht, aber wir dürfen

nicht aufgeben. Wir werden auch weiterhin dafür einstehen, dass die Zweisprachigkeitspflicht eingehalten wird, aber der Beschlussantrag kann in dieser Form nicht angenommen werden.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Landeshauptmann, das ist ein Widerspruch. Wenn Sie sagen, dass Sie dafür sorgen werden, dass es eine Statistik gibt, dann werden Sie irgendetwas unternehmen müssen.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Es nützt nichts anderes! Es gibt zwei Nummern. Etwas macht der DDr.Rainer, etwas macht die Frau Dr. Volgger. Wir haben diese zwei Namen auf unserer "gelben" Karte ganz klar und deutlich geschrieben. Herr Landeshauptmann, Sie können von einem Arbeiter, der sowieso schnell machen muss, weil ihm sonst ja die Zeit vom Lohn abgezogen wird, nicht erwarten, dass er da lang herumtelefoniert. Ich habe mir schon Gedanken gemacht, und glauben Sie mir, dass ich so etwas nicht leichtfertig hinschreibe, von Polizeistaatmethoden gar nicht zu reden, denn dazu bin ich zu freiheitsliebend. Wenn Sie Ihre Ämter anweisen und in allen öffentlichen Broschüren mitteilen, dass Sie Nägel mit Köpfen machen und wirklich erheben wollen, wo man sich nicht an die Zweisprachigkeit hält, dann werden Sie draufkommen, dass es immer dieselben Ämter sind. Sie sagen es ja selber, aber man muss sie einmal in einer Statistik oder in einem Register anführen! Das macht mich wirklich wütend! Ich kämpfe seit 30 Jahren dafür, aber gebessert hat sich offiziell nichts! Im einen und anderen Bereich ja, und auch dass mehr Beamte des Deutschen mächtig sind, werde ich jederzeit unterschreiben. Im Gegensatz zu Ihnen gehe ich selber in die Postämter und stehe dort auch Schlange, wenn es sein muss, und somit könnt Ihr nicht sagen, dass ich diesbezüglich keinen Überblick hätte. Deshalb weiß ich, was los ist! Dass sich die Bürgerinnen und Bürger diesem täglichen Kampf nicht mehr aussetzen wollen, ist mir auch klar. Dafür habe ich auch Verständnis! Wo sollen sie anrufen bzw. woher sollen sie diese Beschwerdennummer wissen? Herr Landeshauptmann, Sie können sicher sein, dass ich diesen Beschlussantrag halbjährlich einbringen werde, weil sich nichts bessert!

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ja, dann werden wir schon sehen! Irgendwann einmal vielleicht sind wir nicht mehr beim Staat Italien, dann erübrigt sich das Ganze! Wenn der Staat bankrott geht und sich nicht einmal mehr die Mühe macht, solche Fresszettel auszuteilen, dann werden auch Sie sagen: "Jetzt ist es Zeit, Mittel und Wege zu finden."

Ich ersuche die Kolleginnen und Kollegen, uns hier wirklich einmal zu unterstützen, damit diese Art von Diskriminierung aufhört. Ich bin davon überzeugt, dass auch die Italiener der Meinung sind, dass es nicht rechtens ist, dass ein Gesetz mit Verfassungsrang täglich mit Füßen getreten wird. Ich bin auch davon überzeugt, dass es kein Postamt gibt, in der die italienischen Bürger die Formulare nicht jederzeit in ihrer Sprache bekommen. Im Postamt, in das ich hingehe, finde ich immer wieder nur italienische Formulare.

URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): Chiedo la votazione separata delle premesse dalla parte impegnativa.

PRESIDENTE: Va bene.

Allora votiamo prima le premesse: respinte con 6 voti favorevoli, 15 voti contrari e 4 astensioni.

Votiamo la parte impegnativa: respinta con 10 voti favorevoli, 15 voti contrari e 3 astensioni.

Punto 2) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 221/10 dell'1.6.2010, presentata dai consiglieri Stocker S., Egger, Leitner, Mair e Tinkhauser, riguardante no a nomi di testi in inglese per istituzioni pubbliche e pubblicità della Provincia autonoma di Bolzano**" (continuazione).

Punkt 2 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 221/10 vom 1.6.2010, eingebracht von den Abgeordneten Stocker S., Egger, Leitner, Mair und Tinkhauser, betreffend öffentliche Institutionen/Werbemaßnahmen des Landes dürfen nicht in englischer Sprache betitelt/verfasst sein**" (Fortsetzung).

Vi informo che è stato tradotto e distribuito l'emendamento sostitutivo della parte impegnativa, presentato dai consiglieri Stocker S., Leitner, Mair, Tinkhauser e Egger, del quale do lettura:

"La parte impegnativa è così sostituita: 'Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano si pronuncia a favore della tutela della madrelingua e del fatto che le pubbliche amministrazioni – anche in virtù della loro funzione di modello e di sensibilizzatrici della popolazione – utilizzino per le istituzioni pubbliche in linea di principio denominazioni nelle lingue della provincia rinunciando a lingue straniere come l'inglese. Il Consiglio provinciale sollecita la Giunta provinciale a verificare se le denominazioni attualmente solo in inglese possano essere convertite nelle lingue della provincia'."

"Der beschließende Teil wird wie folgt ersetzt: 'Der Südtiroler Landtag spricht sich für den Schutz der Muttersprache und dafür aus, dass die öffentlichen Verwaltungen, auch weil diese Vorbildfunktion haben und die Bevölkerung sensibilisieren können, grundsätzlich für öffentliche Einrichtungen Bezeichnungen in den Landessprachen verwenden und dabei auf Fremdsprachen wie Englisch verzichten. Der Südtiroler Landtag fordert die Landesregierung auf, für jene Bezeichnungen, die derzeit ausschließlich in englischer Sprache geführt werden, solche in den Landessprachen zu prüfen und nach Möglichkeit einzuführen'."

La parola al consigliere Stocker.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Wir haben dieses Thema bereits in der letzten Sitzungswoche behandelt. Laut Landesrat Berger und anderen Kollegen war unser Antrag zu hart formuliert, weshalb wir ihn mit diesem Ersetzungsantrag – so glaube ich – etwas aufgeweicht haben. Man hat uns gesagt, dass wir nicht verlangen könnten, dass etwas keine englischen Bezeichnungen tragen darf. Deshalb haben wir in den Ersetzungsantrag hineingeschrieben, dass wir grundsätzlich dafür sind, dass die Muttersprache verwendet wird, wir aber nicht ausschließlich dagegen sind, dass eine englische Bezeichnung verwendet wird, sollte es nicht anders gehen. Der Landesrat hat mir gesagt, dass er möchte, dass der Schutz der Muttersprache explizit erwähnt wurde, und diesem Wunsch haben wir im Ersetzungsantrag Rechnung getragen. Der Landesrat hat uns zwar einen eigenen Textvorschlag unterbreitet, und ich möchte ihm dafür danken, dass er das getan hat und mit uns in eine rege Diskussion getreten ist, aber uns ist dieser Antrag doch wieder zu weich. Er beinhaltet eigentlich mehr eine Bekundung zur Muttersprache als zu irgendetwas anderem. Wir haben gemerkt, dass dieses Thema bei den Menschen draußen viel mehr gefühlt wird, als man vielleicht glauben möchte. Die Menschen wünschen sich, dass auch hier regional und nicht zu global gedacht wird. Wir sagen also Nein zu rein englischen Betitelungen, so weit das möglich ist. Grundsätzlich beharren wir aber nicht auf dem Verbot, wie im ursprünglichen Text des Beschlussantrages vorgesehen. Der Landtag soll die Landesregierung auffordern, die derzeitigen Betitelungen zu überprüfen und nach Möglichkeit die Landessprachen zu verwenden. Ein klassischer Fall ist das Fahrsicherheitszentrum, das in unseren Augen so heißen muss. Deshalb ersuchen wir um Zustimmung zu diesem Ersetzungsantrag.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich hätte nur eine Verständnisfrage. Ist dieser Rückschritt beabsichtigt? Im ursprünglichen Text ist es ja darum gegangen, dass in Werbekampagnen usw. nicht ausschließlich englische Namen verwendet werden. Jetzt sprechen Sie aber nur mehr von öffentlichen Einrichtungen. Im beschließenden Teil steht jetzt, dass öffentliche Verwaltungen für die öffentlichen Einrichtungen Bezeichnungen in den Landessprachen verwenden sollen. Werbemaßnahmen usw. wären also nicht mehr berücksichtigt.

Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: DDr.ⁱⁿ Julia Unterberger

PRÄSIDENTIN: Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Dann erteile ich Landesrat Berger das Wort für die Stellungnahme seitens der Landesregierung.

BERGER (Landesrat für Tourismus, Landwirtschaft, Grundbuch und Kataster – SVP): Danke, Frau Präsidentin! Ich bin das letzte Mal bei der Debatte damit konfrontiert worden, weil es auch um Werbemaßnahmen und somit um Dinge touristischer Art gegangen ist. Ich habe Ihnen einen Vorschlag unterbreitet, mit dem ich hätte identifizieren können, aber der von Ihnen eingebrachte Ersetzungsantrag kann nicht angenommen werden, Kollege Stocker. Wir werden uns aber trotzdem dafür verwenden, dass die muttersprachlichen Bezeichnungen ganz stark forciert werden. Dort, wo es machbar und sinnvoll ist, sollen auf jeden Fall die muttersprachlichen Bezeichnungen verwendet werden. Das ist die Zusage der Landesregierung, denn auch für uns ist die korrekte Verwendung der Muttersprache das oberste Gebot. Im gastronomischen und Hotelbereich gibt es sehr stark den französischen Einfluss, aber dieser hat mit der Thematik und Geschichte des Gewerbes zu tun. Wir werden uns auf jeden Fall dafür verwenden, aber der Ersetzungsantrag kann nicht unsere Zustimmung finden.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Ich möchte dem Kollegen Knoll sagen, dass er Recht hat, denn das hätte man noch hineinschreiben müssen. Da ist uns ein Fehler unterlaufen. Ich gehe davon aus, dass der Beschlussantrag bzw. Ersetzungsantrag niedergestimmt werden wird, aber wir werden ja sehen, ob die Landesregierung den Worten auch Taten folgen lässt. Auf jeden Fall ist es ein sensibles Thema, und wir werden hier sicher verstärkt nachschauen, wie mit ihm umgegangen wird.

PRÄSIDENTIN: Wir stimmen über den Ersetzungsantrag zum Beschlussantrag ab: mit 10 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt 9 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 178/09 vom 10.12.2009, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend Überprüfung der Meldeamt- und Wohnsitzangaben der Bürger, die in Südtiroler Gemeinden wohnhaft sind**".

Punto 9) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 178/09 dell'10.12.2009, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante controllo anagrafico e residenziale sui cittadini dimoranti nei comuni della provincia di Bolzano**".

Für den kontinuierlichen Strom von Einwanderern, die nach Südtirol kommen und für jene, die sich aus beruflichen oder anderen Gründen hier niederlassen wollen, besteht eine Meldepflicht. Die nicht vorhandenen bzw. fehlenden Unterkünfte lassen darauf schließen, dass es in den Wohnstätten zu einer Überbelegung kommt. Jeder Bürger, der in Südtirol wohnhaft ist, ist dazu verpflichtet, sich und seine im gemeinsamen Haushalt lebenden Verwandten und Verschwägerten beim Einwohnermeldeamt der Wohnsitzgemeinde zu melden.

Der Bürgermeister oder die von ihm dazu beauftragte Person stellt in seiner bzw. ihrer Funktion als Erhebungsbeamter zuerst die gesundheitliche Eignung und die Sicherheit der Unterkunft fest, trägt sodann den Antragsteller im Einwohnermelderegister ein und gewährt diesem schließlich den Wohnsitz.

In zahlreichen Gemeinden im Veneto und in der Lombardei wurden nach genaueren Kontrollen Fälle von Überbelegung bzw. der rechtswidrigen Unterbringung festgestellt, die gegen das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Hygiene verstoßen. Die Rechtswidrigkeiten bestanden in einer, im Vergleich zum Wohnraum, unverhältnismäßigen Anzahl von Betten bzw. Personen oder illegalen Einwanderern, wodurch die Sicherheits- und Hygienebestimmungen verletzt wurden.

Der Bürgermeister ist der örtliche Vertreter der Gesundheitsbehörde und der öffentlichen Sicherheit, der dazu befugt ist, die vorgeschriebenen Konzessionsgenehmigungen und die etwaigen und dringlichen Bescheide in den Bereichen Hygiene und Gesundheitswesen bzw. Ordnung und Sicherheit im Gemeindegebiet zu erlassen.

Aus diesen Gründen

wird der

Landeshauptmann ersucht,

sich bei den Südtiroler Bürgermeistern dafür stark zu machen, dass diese die notwendigen Maßnahmen setzen, um die Kontrollen über rechtswidrige Unterkünfte in ihren Gemeinden durchzuführen und die entsprechenden Schritte zu setzen, die ihnen per Gesetz zustehen.

Con la continua immigrazione in provincia di Bolzano e per coloro che intendono risiedervi per lavoro o altre motivazioni, vi è l'obbligo della iscrizione anagrafica. La mancanza o la scarsa disponibilità alloggiativa, fa presumere che vi siano situazioni di sovraffollamento negli alloggi residenziali. Ogni cittadino dimorante in provincia ha l'obbligo di denuncia presso l'Ufficio Anagrafe del luogo di residenza per sé e per i suoi conviventi o affini.

Il sindaco o persona da lui delegata, ufficiale accertatore, dopo avere constatato l'idoneità sanitaria e della sicurezza dell'alloggio iscrive il richiedente all'ufficio anagrafe e concede la residenza.

In molti comuni della Regione Veneto e della Lombardia, dopo accurati controlli, si sono registrate situazioni anomale di sovraffollamento e di irregolarità abitativa che contravvengono la legge sulla sicurezza e l'igiene pubblica. Infatti, le irregolarità consistevano nel rinvenimento di giacigli superiori alla capacità abitativa dell'alloggio e permanenza di persone o clandestini, creando situazioni che contravvengono alla sicurezza e l'igiene.

Il sindaco è autorità sanitaria locale, autorità locale di pubblica sicurezza avente competenza ad adottare i provvedimenti autorizzativi prescritti di concessione e adotta le ordinanze contingibili e urgenti in materia d'igiene e sanità, ordine e sicurezza nell'ambito del territorio comunale.

Ciò premesso,

si chiede

al presidente della Provincia

di intervenire presso i sindaci dei comuni della Provincia di Bolzano affinché adottino i provvedimenti necessari ai controlli sulle irregolarità abitative del comune di pertinenza e adottare le misure che sono loro concesse dalla legislazione vigente.

Frau Abgeordnete Artioli, Sie haben das Wort für die Erläuterung des Beschlussantrages.

ARTIOLI (Lega Nord): C'è un emendamento presentato da me e dal collega Vezzali. Chiedo che venga letto.

PRÄSIDENTIN: Gut. Ich verlese den Änderungsantrag: "Der beschließende Teil erhält folgende Fassung: 'die Südtiroler Bürgermeister aufzufordern, öfter Kontrollen in den Wohnungen der entsprechenden Gemeinde durchzuführen, um eine Überbelegung zu vermeiden!'"

"La parte impegnativa è così sostituita: 'Invitare i sindaci della provincia di Bolzano a eseguire con maggiore frequenza controlli negli alloggi del relativo comune al fine di evitare situazioni di sovraffollamento abitativo!'"

Frau Abgeordnete Artioli, bitte.

ARTIOLI (Lega Nord): Sappiamo che la competenza di fare i controlli delle case è dei sindaci, però sappiamo anche che il presidente è l'assessore alla sicurezza della nostra terra, è per questo che viviamo in una terra sicura! Sappiamo tutti quanto sono importanti i controlli anagrafici. L'ultima statistica diceva che in Alto Adige vi sono 15.300 extracomunitari. Sappiamo però tutti che non è un dato veritiero, perché vi sono tantissimi clandestini, basta chiedere in Questura. L'ultimo episodio di piazza Verdi a Bolzano rivela che tutti gli appartamenti erano sovraffollati. Questo succede a Salorno, a Laives, a Bolzano. Sono nelle cantine in sovraffollamento. Questo non può avvenire in un territorio come il nostro a vocazione turistica e sappiamo anche che se non facciamo i controlli, succede quello che è successo a Merano dove ci siamo accorti di aver dato 120 pensioni che potevamo tenere per la nostra gente a persone che non erano nemmeno più residenti. Sono state ritirate 60 pensioni, non una, dopo i controlli anagrafici.

L'emendamento che abbiamo fatto è per invitare i sindaci a fare ulteriori controlli in questo momento in cui sappiamo che abbiamo questo problema di immigrazione clandestina. Sappiamo che gli extracomunitari quando sbarcano buttano via i passaporti e vanno a vivere in questi alloggi. Noi chiediamo solo maggiore controllo, perché se non invitiamo i sindaci a farlo, succede quello che è successo in piazza Verdi a Bolzano, dove deve intervenire la Questura. Non possiamo pretendere che la Questura si sostituisca ai nostri sindaci in continuazione! La stessa cosa riguarda anche gli accattoni in centro città. Abbiamo degli organi competenti che sono i nostri vigili urbani che possono benissimo fare questi controlli, perché i controlli anagrafici sono di competenza del sindaco. I vigili vanno nell'appartamento e controllano quanta gente vi risiede. È chiaro che se il sindaco si rifiuta di farlo e tutto un casggiato si rivolge alla Questura, questa interviene per questioni di sicurezza, però hanno problemi a fare controlli sull'igiene. Devono rivolgersi agli uffici provinciali che facciano i controlli. E la stessa cosa accade in comune. Ogni sindaco ha la competenza di vedere chi esattamente vive negli alloggi di un determinato comune.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Mi pare che sull'argomento la collega Artioli faccia un po' di confusione. Lei ha detto che ci sono 15 mila immigrati e un sacco di clandestini. Certo che se lei ritiene che a Bolzano ci siano 15 mila immigrati, gli altri 25 mila che ci sono per l'Astat saranno certamente clandestini! Se si guardano le statistiche, se si leggono i rapporti di Polizia ecc. si vede che in provincia di Bolzano la questione della clandestinità ci riguarda in maniera marginale. Secondo le valutazioni dell'Astat e delle diverse autorità di controllo esistono alcune centinaia di persone non registrate, ma queste sono in massima parte badanti che aspetterebbero semplicemente di essere messe in regola con sanatorie ecc., ma che risiedono con la persona anziana – forse questo si intende per sovraffollamento – che assistono. Per il resto il quadro dell'immigrazione in provincia di Bolzano è largamente legale, largamente legata e impegnata in lavori regolari con un tasso di attività molto alto, essendo persone che vengono soprattutto per lavorare spesso senza la famiglia.

Per quanto riguarda l'emendamento credo sia ipocrita, perché vuole nascondere sotto questa parola "sovrappollamento" il senso vero della mozione che è un senso infondato dal punto di vista dei fatti e fondato solo su pregiudizi. La collega Artioli ci ha abituati negli ultimi tempi ad occupare questa nicchia di mercato che lei ritiene esista in provincia di Bolzano legata al pregiudizio contro gli immigrati. Fra l'altro credo che come persona e come storia personale questo tipo di atteggiamento alla collega Artioli stia neanche troppo bene, si sente che lei deve forzare per adottare certi toni. Credo sia una questione di marketing quella che lei fa, e mi meraviglia che anche il collega Vezzali abbia firmato questo emendamento ipocrita, il quale si è distinto in questa legislatura soprattutto per un atto: quello di abrogare la legge che imponeva ai proprietari di dichiarare le abitazioni sfitte. Lui ha presentato un disegno di legge per abrogare questa, secondo lui, inutile legge e adesso si presenta qui chiedendo più controlli per andare a scovare gli immigrati che vivono stipati in un appartamento. L'impegno dei colleghi potrebbe essere rivolto a cause migliori, per esempio a cercare di fare adottare dalla Provincia di Bolzano una politica abitativa che risponda effettivamente alle esigenze non solo dei vecchi cittadini ma anche dei nuovi cittadini che sono cittadini che vengono in provincia di Bolzano a lavorare, a contribuire sia al nostro stato sociale sia al nostro benessere economico e che altro meriterebbero che non essere oggetto di una campagna di marketing che fa leva sul razzismo.

VEZZALI (IL Popolo della Libertà – Berlusconi per l'Alto Adige): Collega Dello Sbarba, non è un emendamento ipocrita, si trattava di aggiustare un dispositivo che probabilmente non sarebbe stato approvato. Ho steso io l'emendamento, la collega Artioli forse l'avrebbe presentato in maniera un po' più dura, io l'ho ammorbidito, perché il fenomeno del sovrappollamento oggi, per quanto la collega l'abbia impostato solo sulla presenza degli extracomunitari, è un problema che non riguarda solo loro. I comuni hanno il compito di verificare la residenza anagrafica, questo sostengo io. È competenza del sindaco, dei vigili urbani che sono, se non sbaglio, sotto il diretto controllo della Prefettura. Non è un problema di Provincia quanto dello Stato sulla normativa sulla residenza anagrafica il problema che solleva la collega relativamente agli extracomunitari. I comuni verificano prevalentemente quando c'è il vicino di casa che denuncia, perché lì c'è un alloggio vuoto, però c'è una persona residente ecc., quindi manda il vigile per vedere se sei residente o meno. È una verifica che fanno spesso e volentieri solo in concomitanza con i censimenti, perché nel 2001 sono stati fatti questi controlli a tappeto e li fanno adesso col censimento. Questo invito ai sindaci di fare con maggiore frequenza questi controlli non vuole essere una caccia alle streghe, all'extracomunitario, certo è che è più intenso il problema relativo ad alloggi affittati ad extracomunitari dove c'è un residente, ne arrivano altri 10 che prendono la residenza in quell'alloggio, poi vanno in giro dove gli pare, e c'è anche un minor controllo sull'erogazione di pensioni, sull'erogazione di contributi ecc. Quindi è un controllo non di stampo razzista verso i nuovi cittadini, come li chiama il collega, ma è solo per cercare di fare un po' più di ordine verso chi c'è e chi non c'è, chi prende contributi, chi è residente dove o chi non è residente, perché se aspettiamo che vi sia la denuncia del vicino di casa che probabilmente, come nel caso descritto dalla collega Artioli è un altro extracomunitario, quindi non andrà mai a denunciare il suo vicino, la situazione non cambia, cioè abbiamo alloggi con 10 persone residenti quando ufficialmente ne risulta residenti uno solo.

Abbiamo richiesto solo un maggior controllo. Respingo quindi l'accusa di un emendamento ipocrita, perché non è il senso della questione.

Per quanto riguarda il fatto di essermi distinto per un disegno di legge, so che l'ha ferito molto, consigliere Dello Sbarba, ma mi sembrava una misura talmente illiberale, che poi anche quest'aula l'ha approvata.

SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale): In questo caso più che vedere la collega Artioli assieme al dott. Vezzali incamminarsi su un terreno poco consono all'apertura totale verso l'immigrazione, mi sembra pregiudiziale la presa di posizione dell'amico Dello Sbarba, al quale quando gli tocchi gli immigrati è come toccargli i figli. Su questa mozione non vedo niente di strano, e forse la collega Artioli è anche troppo buona quando dice falsamente: "La mancanza o la scarsa disponibilità alloggiativa fa presumere che vi siano situazioni di sovrappollamento..." ecc. Non fa presumere nulla, perché quando la Questura è intervenuta diverse volte in via Garibaldi ha trovato 30 persone in uno stesso appartamento, che dormivano a turno. Quindi non c'è niente da presumere, sono dati di fatto sicuri. Per questioni igienico-sanitarie ma anche per rispetto verso gli immigrati che se sono qui per lavorare sono i datori di lavoro ad avere l'obbligo di dare loro un alloggio e garantire che ce l'abbiano! Il problema è che queste persone quando vengono, se hanno lavoro, devono vivere una situazione che sia degna di una persona umana, non vivere in 26 in un appartamento! E allora quando la collega dice che queste cose vanno verificate maggiormente, bisogna che il Comune si dia una regolata nell'andare a verificarle, bisogna che le Forze dell'ordine migliorino determinati controlli, penso che non faccia altro che il suo dovere. La mozione non è contro

Kollege Pichler Rolle, wenn wir Deinem Wunsch nachkommen würden, dann würde sich der Landeshauptmann darüber aufregen, dass wir Prozesse anstreben, für die er dann wieder zahlen muss. So weit soll es nicht gehen. Leider Gottes ist es so, dass man in diesem Lande, wenn man zum Recht kommen will, manchmal auch klagen muss. Wenn man Einsicht in Verträge bekommen will und deshalb vor Gericht gehen muss, dann ist das nicht die Schuld derjenigen, die Einsicht haben wollen, sondern derjenigen, die diese verweigern.

Nun aber zurück zum Thema. Als Bürgermeister würde ich mir es auch nicht gefallen lassen, dass mir der Landtag sagt, was ich zu tun habe. Ein Bürgermeister muss das schon wissen. Im ursprünglichen Text stand: "*Sie sollen Schritte setzen, die ihnen zustehen.*" Was heißt das? Sie sind verpflichtet, bestimmte Dinge zu tun, und wenn sie sie nicht tun, dann gibt es die Möglichkeit einer Anzeige usw. Unser Land ist klein, jeder kennt jeden, und ich kenne keinen Bürgermeister, der sich traut, in eine Wohnung zu gehen, wo er weiß, dass Schindluder getrieben wird, gerade unter Alleinerziehenden. Diese Dinge sind bekannt, und warum kontrolliert der Bürgermeister nicht? Das sind ja seine potentiellen Wähler! Das ist die Realität! Es ist schade, dass man sich die konventionierten Wohnungen auch für die Ausländer ausgedacht hat. Jedes Land hätte meiner Meinung nach das Recht und die Notwendigkeit, ein bestimmtes Reservoir für die einheimische Bevölkerung zur Verfügung zu haben. Diese Diskussion gibt es beispielsweise in Österreich, wo sogenannte Gemeindebauten, die ursprünglich für eine bestimmte Kategorie von Menschen zur Verfügung standen, größtenteils von Ausländern besetzt werden. Wir werden dasselbe erleben - pecunia non olet weiß ich, dass unsere Leute zuschlagen werden. Wenn es ihnen das Gesetz erlaubt, kann man ihnen ja keinen Vorwurf machen. Deshalb müsste der Gesetzgeber, wenn schon, hier ansetzen. Wie gesagt, so eine pauschale Anschuldigung bringt nichts. Da muss man Ross und Reiter nennen. Solche Dinge sind anzusprechen, ohne dass man deshalb als der Polizist oder als derjenige gesehen wird, der jemandem etwas nicht gönnt. Kontrollen sind notwendig, vor allem dann, wenn Dinge gemeldet werden.

Noch einen letzten Satz, Herr Präsident. Dieses Rundschreiben, dass man einen Wohnsitz, auch wenn es eine Höhle ist, anmelden kann, gibt es tatsächlich. Es wurde vom Innenministerium an den Quästor verschickt. Man provoziert ja Überfüllungen von Wohnungen, weil es dafür Punkte gibt. Es ist doch nicht möglich, dass in einem einzigen Zimmer acht Menschen wohnen!

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: Ha chiesto intervenire il consigliere Egger, ne ha facoltà.

EGGER (Die Freiheitlichen): Es ist für mich schon ein seltsames Gefühl, aber ich muss dem Fraktions-sprecher Pichler Rolle mehr oder weniger zustimmen. Er hat nämlich Recht, wenn er sagt, dass in diesem Beschlussantrag, vor allem im einleitenden Teil, einiges durcheinander gebracht wird. Einmal geht es um die illegale Zuwanderung, dann geht es um die Überfüllung. Das sind zwei Sachen, die eigentlich nichts miteinander zu tun haben. Dann wurde erwähnt, dass das Landesgesetz Nr. 14 aus dem Jahr 1985 abgeschafft worden sei, was auch nichts mit dieser Sache zu tun hat. Das Gesetz bezieht sich nämlich auf die Meldepflicht für leerstehende Wohnungen, während es hier anscheinend um überfüllte Wohnungen geht.

Der Kollege Leitner hat bereits gesagt, dass es bei den konventionierten Wohnungen Handlungsbedarf gäbe, aber wir alle wissen, dass man dort kontrollieren müsste. Wer muss kontrollieren? Die Frauen und Herren Bürgermeister! Seit der Verfassungsreform aus dem Jahr 2001, mit der alle örtlichen Körperschaften auf eine Ebene gestellt worden sind, haben wir uns mit Belehrungen, Ratschlägen oder gar Vorschriften an die Damen und Herren Bürgermeister zurückzuhalten, denn diese müssen selber wissen, was sie zu tun haben, und sind für ihr Handeln verantwortlich.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! An und für sich bräuchte ich überhaupt nichts mehr zu sagen, weil die Kollegen Pichler Rolle, Egger und Leitner zum Teil bereits das gesagt haben, was auch ich sagen möchte. Wenn wir ein Schreiben von Seiten des Regierungskommissärs oder von Seiten Roms bekommen würden, in welchem man uns sagt, was wir zu tun haben, dann würden wir sagen, dass wir schon selber wüssten, was wir zu tun haben. Schließlich und endlich gibt es Gesetze, die Zuständigkeiten und Pflichten für jeden einzelnen Verwalter – in diesem Fall für die Bürgermeister – beinhalten. Ich glaube nicht, dass wir die Bürgermeister auffordern müssen, dass sie entsprechende Kontrollen durchführen. Sie wissen, dass es auch bei unseren Leuten die Überfüllung einer Wohnung gibt, denn sonst bräuchten wir nicht entsprechende Punkte für den sozialen Wohnbau zu vergeben. Zu Überfüllungen kommt es auch bei Zuwanderern, was bedeutet, dass es nicht immer so ist, dass die Überfüllung ungesetzlich ist. Ich glaube

also, dass die Bürgermeister schon selber wissen, was sie zu tun haben. Wenn es die Bürgermeister nicht tun, dann sind sie selber dafür verantwortlich, und dann machen sie es sowieso nicht, auch nicht, wenn wir sie diesbezüglich anschreiben. Es hat also keinen Sinn, hier die Saubermänner oder Vorgesetzten zu spielen, indem wir den Bürgermeistern sagen, was sie zu tun haben.

ARTIOLI (Lega Nord): Mi dispiace che soltanto l'idea di mandare una "letterina" ai vari sindaci, quando sappiamo tutti che i controlli non vengono fatti, già vi agita, perché l'idea di fare i poliziotti non vi piace. Per fortuna abbiamo ancora la Questura e la Guardia di Finanza che invece hanno controllato piazza Verdi e via Garibaldi, sostituendosi completamente al sindaco per quanto riguarda il sovraffollamento, e, presidente, ricordi che erano in 30 in una stanza e tutti clandestini! Questo è successo due settimane fa.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

ARTIOLI (Lega Nord): No, non avete ancora capito che i problemi c'erano tutti e due. C'erano 10 persone residenti in un appartamento, che già erano troppi perché l'appartamento era grande 15 metri quadri, più c'erano altre 20 clandestini, per un totale di 30 persone. Se non ci crede, legga bene il quotidiano "Alto Adige", così vedrete che ci sono due problemi, e forse ci riusciamo a capire.

Lo stesso problema di cui dicevamo prima riguarda le pensioni. Anche quello viene dalla residenza. Se io non controllo se tu sei residente, ti invio la pensione. A Merano è stata la Guardia di finanza a fermare quelle pensioni, altrimenti continuavamo a pagare 60 pensioni all'estero di gente che non era più residente qui. Anche lì i sindaci potevano accorgersene un po' prima che questi cittadini non erano più residenti in quegli appartamenti! È competenza dei sindaci, caro collega Pichler Rolle. Poi Lei può dire di no.

Mi spiace che il collega Vezzali sia stato convinto da me a firmare l'emendamento, comunque la mozione la voto anche da sola.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione sulla mozione: respinta con 4 voti favorevoli e 22 voti contrari. Il punto n. 10) dell'ordine del giorno è stato ritirato.

Punto 11) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 217/10 del 4.5.2010, presentata dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss, riguardante l'università trilingue merita il patentino"**.

Punkt 11 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 217/10 vom 4.5.2010, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba und Heiss, betreffend 'Die dreisprachige Universität verdient sich den Zweisprachigkeitsnachweis'"**.

Le nuove norme sull'attestato di bilinguismo ammettono altre certificazione europee come equivalenti i diversi gradi di "patentino", che può essere automaticamente conseguito anche da chi si diploma in una scuola superiore di lingua italiana e si laurea in un'università di lingua tedesca o viceversa. Paradossalmente, però, alla laurea presso l'università trilingue di Bolzano non è stata riconosciuta pari dignità e per questo non comporta automaticamente il conseguimento del patentino di bilinguismo. È necessario invece difendere il valore del plurilinguismo trasmesso dall'università di Bolzano, poiché esso rappresenta la sua più importante "carta di identità e di qualità", anche nel confronto internazionale.

Per questi motivi,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

impegna

la Giunta provinciale a intraprendere tutti gli sforzi possibili per garantire, attraverso le necessarie modifiche normative, che il conseguimento di una laurea presso la Libera Università di Bolzano – a condizione che il percorso di studi abbia previsto un certo numero di esami sostenuti nelle diverse lingue – consenta l'automatico conseguimento dell'attestato di bilinguismo corrispondente; a concordare con i vertici della LUB un piano di azione mirato a innalzare sempre di più il livello di bilinguismo realmente ottenuto dagli/le studenti/esse alla fine del corso di studi presso la Libera Università di Bolzano.

Die neuen Bestimmungen über den Zweisprachigkeitsnachweis stufen andere europäische Zertifizierungen als gleichwertig mit den verschiedenen Niveaus des Zweisprachigkeitsnachweises ein. Dieser Nachweis wird automatisch auch von jenen erworben, die eine italienischsprachige Oberschule und dann eine deutschsprachige Universität oder umgekehrt besucht haben. Paradoxerweise wurde das dreisprachige Studium an der Universität Bozen nicht als gleichwertig anerkannt und daher gilt ein Universitätsabschluss nicht automatisch als Zweisprachigkeitsnachweis.

Hingegen muss der Wert der Mehrsprachigkeit der Universität Bozen verteidigt werden, da dies ihr wichtigstes Marken- und Qualitätszeichen, auch im internationalen Vergleich, ist.

Aus diesen Gründen

verpflichtet

DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung, alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um sicherzustellen, dass durch die notwendigen gesetzlichen Änderungen ein Universitätsabschluss der Freien Universität Bozen, vorausgesetzt, dass der Studiengang eine Reihe von Prüfungen in den verschiedenen Sprachen vorsieht, automatisch als Zweisprachigkeitsnachweis gilt;

mit der Führungsspitze der FUB einen Aktionsplan zu vereinbaren, der darauf abzielt, das bei Abschluss des Studiums an der Freien Universität Bozen effektiv erreichte Zweisprachigkeitsniveau der Studierenden stetig zu verbessern.

La parola al consigliere Dello Sbarba per l'illustrazione della mozione.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): In quest'aula poche settimane fa si è avuta un'audizione che ha fatto il punto sulla questione del bilinguismo in provincia di Bolzano in tutti i suoi aspetti. Un elemento di valutazione era l'attestazione del bilinguismo, quindi il cosiddetto "patentino". Abbiamo scoperto su questo argomento molte cose. Il patentino classico, quello che tanti anni fa ho fatto io e avete fatto molti di voi è ormai al tramonto, perché tantissimi giovani, incentivati anche dalla Provincia, mia figlia l'ha fatto poche settimane fa e ha avuto il rimborso di una parte della tassa di iscrizione all'esame, si spostano sulle nuove certificazioni europee che non sono, rispetto al vecchio patentino, né più facili né più difficili, sono semplicemente più moderne, più adeguate. Fatto sta che per esempio nella classe di mia figlia, che è una quinta liceo scientifico, avevano tutti provato il patentino B con un solo studente promosso, poi hanno tutti provato l'esame con il Goethe Institut e sono stati tutti promossi.

Abbiamo quindi questa equivalenza delle certificazioni europee che certamente va incontro all'utenza. Poi abbiamo anche questo incrocio di possibilità per cui se una persona ha fatto la scuola in lingua tedesca in provincia di Bolzano e poi si laurea a Padova o ha fatto la scuola in lingua italiana in provincia di Bolzano e si laurea ad Innsbruck ha automaticamente il patentino di bilinguismo. In tutto questo l'università trilingue di Bolzano rischia di essere la cenerentola, perché non si capisce se l'università trilingue di Bolzano è considerata ai fini del patentino di lingua italiana, per cui non si capisce per esempio se una persona che è diplomato all'istituto Walther von der Vogelweide e poi si laurea all'università trilingue di Bolzano considerata università italiana ha automaticamente il patentino, oppure se uno che si diploma all'istituto Carducci di Bolzano e fa l'università trilingue con una grossa quota di tedesco, viene considerata università tedesca e quindi ha il patentino, oppure, e questa è la realtà, l'università di Bolzano viene messa in una specie di limbo come spesso i bilingui e i trilingui purtroppo sono costretti ad essere confinati, quindi non conta né per un verso né per l'altro. Uno può aver fatto la scuola superiore in qualsiasi madrelingua, poi va all'università di Bolzano, che è una specie di luogo neutro che non vale neanche quanto Padova, perché se uno studente dell'istituto Walther von der Vogelweide si laurea a Padova prende automaticamente il patentino. Se lo stesso si laurea a Bolzano nell'università trilingue non succede niente.

Credo che questo trilinguismo, nel caso dell'attestazione poi del bilinguismo, rischia di essere un punto in meno dell'università. È importante dal punto di vista della preparazione, fondamentale dal punto di vista dell'immagine, della qualità della nostra università, però non viene riconosciuto con quel misero attestato che ormai si dà in forme diverse, non più passando attraverso le "forche caudine" del temuto esame del patentino delle commissioni provinciali dove ti chiedono nel patentino A tutte le parti di una barca a vela, no, ormai il patentino è diventato una cosa molto più abbordabile da tutti meno che dagli studenti che frequentano e si laureano con successo nella nostra università bi- e trilingue. Soprattutto è bi- e trilingue in alcune facoltà, non certamente nella facoltà della formazione, dove uno studente può fare un corso tutto in una lingua, purtroppo, ma nella facoltà di economia e nelle altre facoltà il bi-e trilinguismo è una precondizione per arrivare alla laurea. Non si capisce perché uno stu-

dente laureato a Bolzano non debba veder riconosciuto automaticamente l'attestato di bilinguismo. Secondo noi è un elemento che quasi compromette la credibilità dell'università, perché sembra che noi stessi, se non ci battiamo che l'università almeno valga il patentino, non crediamo al carattere bi- e trilingue dell'università. Delle due l'una, o questo bilinguismo e trilinguismo dell'università di Bolzano è una finta, oppure se è vero che i nostri giovani alla fine dell'università sono persone davvero formate in due o tre lingue, allora meritano il patentino quanto quelli che si diplomano all'istituto Walther von der Vogelweide e poi si laureano a Padova, oppure si diplomano all'istituto Carducci e si laureano a Innsbruck, oppure vanno, come l'intera classe di mia figlia che due settimane fa, dopo essere stati tutti bocciati al patentino B della Provincia, al Goethe e vengono tutti promossi.

Se siamo a questo livello di "Enttabuisierung" dell'esame di patentino e ci sono diverse forme, non capisco perché la nostra università trilingue non può essere una di quei canali su cui si accede anche, una volta laureati e a certe condizioni, cioè che uno abbia fatto certi esami sia in una lingua che in un'altra, all'attestato di bilinguismo.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Kollege Dello Sbarba, von Deinen letzten Ausführungen lese ich im Beschlussantrag nichts. Ich nehme an, dass das jetzt auch nicht unbedingt zur Behandlung ansteht.

Ich hätte eine Reihe von Fragen in Zusammenhang mit diesem Beschlussantrag. Ich bin etwas später gekommen und habe deshalb vielleicht einiges verpasst. Es gibt die Sorge vieler Familien, die ihre Kinder an Schulen eingeschrieben haben, die einen mehr oder weniger experimentellen Unterricht anbieten. Welche Schulen sind gemeint? Der beschließende Teil des Beschlussantrages spricht dann ja davon, den Abschluss der Pflichtschule und die Beibehaltung der Kontinuität des Sach/Fachunterrichts in der Zweitsprache zu gewährleisten.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Sie beziehen sich auf den Beschlussantrag des Kollegen Urzì.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Entschuldigen Sie vielmals, Kollege Dello Sbarba. Ich nehme meine Wortmeldung zurück, denn ich bin davon ausgegangen, dass dieser Beschlussantrag behandelt wird.

PRESIDENTE: Va bene. Ha chiesto intervenire il consigliere Pichler Rolle, ne ha facoltà.

PICHLER ROLLE (SVP): Herr Präsident, wir haben relativ lange gebraucht, um das zu verstehen, denn die Einleitung hätte gepasst.

Nun aber zum Beschlussantrag, der meiner Meinung nach aus einem Grund kurios ist. Sie sagen in Punkt 1, dass wir alle Anstrengungen unternehmen sollen, damit der Abschluss eines Studiums an der Uni Bozen automatisch bewirkt, dass man den Zweisprachigkeitsnachweis hat. In Punkt 2 sagen Sie dann, dass wir mit der Führungsspitze der Universität einen Aktionsplan vereinbaren sollen, der darauf abzielt, das effektiv erreichte Zweisprachigkeitsniveau der Studierenden stetig zu verbessern. Wenn schon, dann müsste man das in der Reihenfolge umdrehen, aber meiner Meinung nach gibt es einen Beschluss, der besagt, dass die Voraussetzungen, damit das anerkannt wird, gegeben sein müssen. Das hängt im Wesentlichen von der Studienzzeit bzw. davon ab, dass mindestens die Hälfte des Studiums in der jeweils anderen Sprache absolviert werden muss. Wir haben bei der Universität ja das Drittel-System, also Englisch, Italienisch und Deutsch. Im Übrigen ist es so, dass wir, wenn schon, verstärkt in die Richtung arbeiten müssen, die von den Standards der Europäischen Union vorgesehen sind. Die zertifizierten Institute stellen ja auch fest, dass jemand, der eine bestimmte Fachkenntnis und somit ein Siegel erworben hat, automatisch Anrecht hat. Dieser Parameter ist richtig, aber wenn wir den Charakter der Dreisprachigkeit der Universität aufrecht erhalten wollen, dann wird es immer so sein, dass jemand in einer der drei Sprachen Schwierigkeiten hat. Perfekte Dreisprachigkeit ist zugegebenermaßen schwer erreichbar.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Ich sehe das mit Punkt 2 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages ebenso wie mein Vorredner, denn das würde Punkt 1 ja relativieren bzw. in Frage stellen. Aus meiner Sicht wäre es richtiger, wenn man sagen würde "... vorausgesetzt, dass der Studiengang eine Reihe von Prüfungen in deutscher und italienischer Sprache vorsieht." Wenn das so gemeint ist, dann habe ich kein Problem, dem Punkt 1 zuzustimmen. Wenn jemand die Universität besucht, beide Landessprachen gleichwertig unterrichtet und die Prüfungen in diesen Sprachen abgelegt werden, dann hätte ich nichts dagegen, wenn er am Schluss den Nachweis für die Zweisprachigkeit bekommt. Sonst würde er wahrscheinlich die Prüfungen nicht bestehen. Wir haben in Vergangenheit immer wieder auch dafür argumentiert, dass es eigentlich logisch wäre, die Zweisprachigkeitsprüfung an den entsprechenden Schulabschluss zu binden, sofern das Schulsystem funktioniert. Die Laufbahn A

haben wir immer ausgenommen, denn das ist natürlich eine andere Kategorie. In der Praxis mag es schon so sein, dass man die Qualität nicht erreicht bzw. die Latte nicht überspringen kann, aber von der Ausrichtung her finde ich diesen Beschlussantrag richtig, mit Ausnahme von Punkt 2 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich bin in Bezug auf die automatische Erteilung des Zweisprachigkeitsnachweises aufgrund des Besuchs einer Universität skeptisch. Das klingt natürlich gut, aber wer selber zur Schule gegangen ist, weiß, dass Prüfungen alleine kein Indikator dafür sind, ob man in einem Fach wirklich gut ist oder nicht. Es gibt verschiedene Arten, wie Prüfungsergebnisse zustande kommen, allein schon bei normalen Fächern, geschweige denn bei Sprachen, bei denen es dann ja auch ausschlaggebend ist, ob man nur für diese eine Prüfung gelernt hat oder ob man in der Lage ist, sich die Sprache über einen gewissen Zeitraum zu eigen zu machen und auch zu sprechen. Es hat hier im Landtag ja eine Anhörung gegeben, bei der Kandidaten mit dem Zweisprachigkeitsnachweis A kein Wort verstanden haben.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): *(interrompe)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Eben. Ich wäre immer dagegen, dass man so etwas als Blankoscheck ausstellt. Nur weil ich eine Universität besuche, ist das keine Garantie dafür, dass ich die Sprache auch perfekt beherrsche. Das ist in der Schule ja nicht anders! Mathematik war nie unbedingt eines meiner Lieblingsfächer, ist in meiner Schule aber unterrichtet worden. Deshalb kann man mir aber nicht einen Nachweis ausstellen, dass ich perfekt in Mathematik bin, nur weil ich eine Schule besucht habe, in der dieses Fach schwerpunktmäßig unterrichtet wurde. Also, da wäre ich sehr vorsichtig. Es gibt sicher viele Studenten, die die Sprache in dieser Zeit perfekt erlernen. Was spricht dann dagegen, sich diese Kenntnis durch eine Prüfung besiegeln zu lassen? Die Tatsache, dass ich eine Schule oder Universität besucht habe, in der schwerpunktmäßig Sprachen oder Fächer in verschiedenen Sprachen unterrichtet werden, mit einem Zweisprachigkeitsnachweis gleichzusetzen, wäre ich sehr skeptisch.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich werde diesem Beschlussantrag nicht zustimmen, denn wenn wir ihn genehmigen würden, dann müsste man als nächsten Schritt bei der Matura automatisch den Zweisprachigkeitsnachweis B vergeben. Vor zwei Wochen habe ich festgestellt, dass Maturanten nicht einen Satz in Deutsch formulieren konnten, wobei es sich sicher nicht um dumme Personen oder um Personen, die nicht willens wären, gehandelt hat. Solchen Leuten könnte man nie und nimmer den Zweisprachigkeitsnachweis B geben. Ich wollte selber einmal hören, was die Leute können, und ich war im Grunde genommen eigentlich ernüchtert.

URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà): Sono particolarmente lieto del fatto che ciclicamente si riesca a reintrodurre sul terreno del confronto e del dibattito il tema dell'adeguatezza delle strutture educative presenti sul territorio rispetto al bisogno di bilinguismo, utilizzando come strumento per aprire questo dibattito il tema del patentino di bilinguismo. E mi spiego. Nel passato con onore e piacere, uso il plurale perché è stato uno sforzo collettivo di tanti che militano nel centrodestra, pure sotto bandiere diverse, abbiamo sostenuto una fortissima battaglia per il riconoscimento automatico del patentino di bilinguismo al termine di un percorso di studi completo, mi sto riferendo in questo caso alla scuola della nostra provincia. Il dibattito si insabbiava nel momento in cui, da parte della Provincia, ci veniva detto: mi dispiace ma non possiamo automaticamente far riconoscere o sollecitare uno sblocco per il riconoscimento automatico del patentino perché i ragazzi, come ci ricordava anche la collega Klotz, escono dalla scuola che non hanno l'adeguata preparazione nella seconda lingua. Non possiamo quindi dare loro il patentino, perché sarebbe forzare le situazioni, riconoscere loro un privilegio. Da qui nasceva la nostra controdeduzione: se il sistema formativo altoatesino non è nella condizione di formare la competenza nella seconda lingua c'è un problema di fondo che va risolto, che è di garantire che questo sistema formativo sia effettivamente nella condizione di costruire giovani bilingui, che è la grande sfida della nostra terra.

Oggi parliamo di università e si reintroduce l'argomento. Sono il primo a sostenere che è giusto, così come previsto al punto 1), immaginare questo naturale percorso. Se io affronto un ciclo di studi in tedesco e in italiano e affronto anche una serie di esami in italiano e in tedesco, ma perché mi deve essere negato il diritto di essermi automaticamente riconosciuto il patentino di bilinguismo? I colleghi al punto 2) prevengono sostanzialmente l'obiezione su quanto effettivamente anche l'università di Bolzano sia nella condizione di costruire studenti preparati

perfettamente bilingui, tanto è vero che prevede la necessità di concordare un piano di azione mirato ad innalzare sempre di più il livello di bilinguismo realmente ottenuto.

Si all'impegno morale e politico nella direzione indicata al punto 1), l'obbligatorietà di passare attraverso un miglioramento dei livelli di educazione al bilinguismo anche nell'università di Bolzano per riconoscere la sua piena natura che è nata come università trilingue.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ich habe die Universität Bozen wirklich nicht ins Herz geschlossen, sondern halte sie für überfinanziert und in mancher Hinsicht für überbürokratisiert. In Sachen Sprachen geht sie aber einen guten Weg, und das möchte ich ausdrücklich anerkennen. Sie hat vor allem in den Fakultäten Wirtschaft und in der Fakultät für Design einen verbindlichen Sprachtest vorgesehen, weil die angebotenen Lehrgänge in drei Sprachen abzuwickeln sind. Das wird dort relativ konsequent durchgezogen. Die Studierenden kommen ja aus unterschiedlichen Nationalitäten, wodurch eine Sprachpraxis entsteht, die durchaus zu einem gehobenen Level an Sprachbeherrschung führt. Ausnahme ist die relativ große Sektion der bildungswissenschaftlichen Fakultät, wo das sprachlich getrennt läuft. Deshalb haben wir diesen Beschlussantrag eingebracht. Es gibt einen bereits vorgezeichneten, relativ gut entwickelten Sprachparcours der Universität, der mit den erneuerten Bedingungen der Zweisprachigkeit durchaus konform gehen kann, aber in mancher Hinsicht sind noch Verbesserungen zu machen, um den entsprechenden Aktionsplan zu vereinbaren. Deshalb halten wir unseren Beschlussantrag für relativ zielführend, mit dem Potential der Verbesserung, das hier angesprochen ist.

ARTIOLI (Lega Nord): Questo è l'unico argomento dove il verde ci accumuna. La questione delle lingue è una delle nostre battaglie, compresa i mistilingui. Mi sento quindi di appoggiare questa mozione, anche se il collega Dello Sbarba mi attacca in continuazione. Mi fa piacere che ci sia questa trasversalità di partito in queste battaglie. Ringrazio i colleghi del gruppo Verde che hanno presentato questa mozione. Sono convinta che questa sia la strada giusta da intraprendere. Visto che quella di Bolzano è una università dove è venuto perfino il nipote di Otto d'Asburgo a studiare, che ha tre lauree - ha scelto l'università di Bolzano perché la considerava di alto livello - credo sia giusto accettare di dare il patentino a chi si laurea, dato che tutte le lezioni vengono svolte in inglese, in tedesco e in italiano.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Wir alle wollen, dass Sprachen gelernt werden und dass jemand, der ein Studium an unserer Universität abschließt, nach Möglichkeit alle drei Sprachen beherrscht. Das gelingt aber nicht jedem, und auch wenn jemand die Prüfungen ablegt und die entsprechenden Vorlesungen besucht, dann bedeutet das bei weitem noch nicht, dass er die betreffende Sprache beherrscht. Der eine hat mehr Talent in dieser Hinsicht, der andere eben weniger.

Was den Unterricht anbelangt, wissen Sie, dass die Landesregierung nicht intervenieren bzw. sagen kann, wie der Unterricht gemacht werden muss. Die Universität ist diesbezüglich wirklich frei. Wir werden aber jede begleitende Maßnahme unterstützen, vor allem auch was das Sprachinstitut anbelangt, damit jemand seine Sprachkenntnisse perfektionieren bzw. die Sprache erlernen kann.

Auch ich bin der Meinung, dass bei uns nur sehr wenige Maturanten imstande wären, sofort die Zweisprachigkeitsprüfung zu bestehen, wenn sie nicht entsprechende Sonderkurse besuchen würden. Da muss die Methodik noch verbessert werden.

Was die Universität bzw. den Zweisprachigkeitsnachweis A anbelangt, haben wir eine ganz klare Abmachung. Die diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen sprechen eine klare Sprache. Diejenigen, die eine deutsche Matura haben und eine Universität in Italien besuchen bzw. diejenigen, die eine italienische Matura haben und eine Universität im deutschen Sprachraum ein Studium besuchen, bekommen den Zweisprachigkeitsnachweis A ...

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): *(interrompe)*

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): Unsere Universität ist dreisprachig, was bedeutet, dass jede Sprache zu 30 Prozent unterrichtet wird. Wohl aber bin ich der Meinung, die Leute vorzubereiten, damit sie die Kurse bestehen können. Eine automatische Anerkennung wäre aufgrund der heutigen Durchführungsbestimmungen nicht möglich, und ich wäre auch gegen so etwas. Auf jeden Fall wäre es vernünftig, wenn man hergehen und die Absolventen auf die Zweisprachigkeitsprüfungen vorbereiten würde. Das muss nicht unbedingt die Universität machen, sondern das könnte auch die Hochschülerschaft oder irgendein Verein oder Verband machen.

Wir stimmen also gegen diesen Beschlussantrag.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Questa discussione è interessante, perché se io faccio una scuola superiore in lingua tedesca a Bolzano e mi laureo all'università di Padova, prendo automaticamente il patentino. Se io faccio il Carducci qui a Bolzano e poi vado a Innsbruck e mi laureo, prendo automaticamente il patentino. So che bocciate questa mozione, però guardiamoci bene in faccia: qui c'è un inghippo su cui forse quando si è fatta la norma di attuazione non avete pensato, e cioè che con questo regolamento chi fa l'università di Bolzano si prende una fregatura, perché è l'unica università al mondo che io posso frequentare avendo fatto o la scuola superiore in italiano o in tedesco che non mi rilascia automaticamente nessun patentino di bilinguismo. Se ho fatto il Carducci o il Waltherr von der Vogelweide e vado all'università di Bolzano, non prendo niente, se invece vado a Innsbruck o a Padova prendo il patentino. Lei capisce, presidente, che è un piccolo svantaggio che noi diamo alle persone che fanno l'università di Bolzano, e questo lo dovete riconoscere, e un inghippo che ci siamo creati. Infatti Lei dice che siete obbligati, perché la norma di attuazione è stata fatta pensando a tutte le università eccetto l'università di Bolzano, perché, come diceva il collega Heiss prima, se uno ha fatto la maturità in una lingua, poi ha frequentato quattro o cinque anni facendo esami nelle due lingue, italiano e tedesco, e si laurea all'università a design, economia ecc. le lingue le deve sapere, e comunque c'è la stessa probabilità che le sappia di quanto uno che si prepara un po' e va a fare l'esame per il patentino nelle attuali condizioni. Ci sarà un 20% che prende il patentino senza meritarselo e poi incontra la collega Klotz che gli fa la verifica, e ci sarà un 70-80% che invece le due lingue le sa e si è laureato.

Credo che questo sia un paradosso, ed è lo status dei bilingui e trilingui in questa terra. Noi pensiamo sempre in termini monolingui, nel senso che il bilinguismo è la somma di più monolinguismi, e quando abbiamo l'università trilingue la consideriamo non in grado, perché non è totalmente monolingue in un senso o nell'altro, di sfornare ragazzi trilingui. È un bel paradosso! Io vi guardo in faccia e so che ci state riflettendo a questo paradosso. Quando voi parlate, anche Lei, presidente, parla di leggi e norme di attuazione che sono aride e sono burocrazia, ma quando pensate che quella persona ha fatto quattro anni di scuola in una lingua, tre anni di scuola in un'altra lingua, ma come ha fatto? Viene considerato più importante il passaggio tra due lingue sulla carta che non aver vissuto, affrontato esami ed essersi laureato in una università che in alcune facoltà è davvero plurilingue. Lei va spesso all'università, lo sa che c'è un clima plurilingue. A me sembra che ci sia veramente un "verme" come si dice nei programmi informatici. È entrato un errore nel programma e come sempre negli algoritmi di matematica quando uno mette un errore poi se lo porta dietro. Credo che questo errore vada corretto.

Noi abbiamo presentato questa mozione che rispondeva al dibattito di allora, per cui chiedo al presidente del Consiglio provinciale, per venire incontro alla richiesta del collega Leitner, di votare separatamente il punto 2), e poi chiedo che sia aggiunto "gli esami sostenuti in italiano e tedesco".

PRESIDENTE: Va bene.

Allora votiamo prima le premesse e il punto 1 della parte impegnativa della mozione: respinti con 7 voti favorevoli, 18 voti contrari e 2 astensioni.

Votiamo il punto 2 della parte impegnativa della mozione: respinto con 7 voti favorevoli e 18 voti contrari.

Prima di chiudere l'odierna seduta Vi comunico che in ordine al processo verbale della seduta precedente, messo a disposizione all'inizio dell'odierna seduta, non sono state presentate durante la seduta richieste di rettifica, per cui lo stesso, ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno, si intende approvato.

La seduta è tolta.

ORE 19.01 UHR

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:

ARTIOLI (9, 10, 16, 17, 19, 20, 23, 24, 42, 46, 52, 54, 56, 60)
BERGER (13, 46, 50)
DELLO SBARBA (5, 6, 11, 12, 52, 57, 58, 59, 60, 61)
DURNWALDER (1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 20, 21, 22, 48, 49, 55, 56, 60)
EGGER (22, 23, 55)
HEISS (2, 3, 14, 17, 18, 21, 22, 28, 32, 36, 41, 43, 60)
HOCHGRUBER KUENZER (12, 13, 45)
KASSLATTER MUR (10, 17, 19, 21)
KLOTZ (1, 2, 8, 9, 14, 15, 44, 48, 49, 58, 59)
KNOLL (20, 28, 32, 38, 42, 50, 59)
LAIMER (12, 15, 33)
LEITNER (7, 8, 10, 11, 13, 14, 25, 30, 37, 44, 54, 58)
MINNITI (27, 28, 32)
MUSSNER (2, 40)
PICHLER ROLLE (39, 54, 58)
PÖDER (44)
SCHULER (31, 46)
SEPPI (30, 33, 38, 45, 53)
STIRNER BRANTSCH (40)
STOCKER S. (44, 50, 51)
THALER ZELGER (39, 45)
THEINER (7, 16, 17, 19, 23, 28)
TINKHAUSER (18, 19)
TOMMASINI (9, 12, 19)
UNTERBERGER (6, 7, 25)
URZÌ (4, 5, 16, 34, 42, 43, 49, 59)
VEZZALI (38, 53)